

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Die
Potsdamer
Nachkriegsvereinbarungen
der
Sieger des Zweiten Weltkrieges**

Sonderheft Nr. 19



Die Potsdamer Nachkriegsvereinbarungen der Sieger des Zweiten Weltkrieges

Sonderheft Nr. 19

Die Potsdamer Konferenz

Inhaltsverzeichnis	Seite
Politische Vereinbarungen, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen zur Konferenz der Siegermächte vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam	2-93
Schlußbemerkungen	93-95
Hinweise für den Leser	96-97
Quellen- und Literaturnachweis	

Politische Vereinbarungen, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen zur Konferenz der Siegermächte vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam

Man kann den Sonnenschein nicht verbieten, aber man kann dafür sorgen, daß andere im Schatten stehen.

Sprichwort aus Afrika

Am 17. Juli 1945 begann die Konferenz von Potsdam. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill - bis zur Wahniederlage im Juli 1945 - und Attlee - ab 28. Juli 1945 - angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

Vor der Potsdamer Konferenz besaß US-Präsident Truman praktisch alle Trümpfe. Im Gegensatz zur Sowjetunion verfügte Nordamerika damals schon über einsatzfähige Atombomben, die ursprünglich gegen "Hitler-Deutschland" eingesetzt werden sollten (x041/191).

Die Nordamerikaner hatten einen Tag vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz den ersten erfolgreichen Atombombentest in der Wüste von New Mexiko durchgeführt. Die sowjetische Militärhilfe gegen Japan wurde eigentlich nicht mehr benötigt, denn Japans Armeen waren fast besiegt und hatten bereits mehrere Friedensangebote eingereicht. Der überforderte nordamerikanische Präsident Truman war jedoch trotz der japanischen Kapitulationsbereitschaft fest entschlossen, die Atombombe gegen Japan einzusetzen, um Stalin einzuschüchtern.

Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.

Die Nordamerikaner und Briten hatten vor der Potsdamer Konferenz vereinbart, "nur" die preußischen Provinzen Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an die UdSSR bzw. Polen abzutreten. Diese Gebietsabtretungen genügten den Osteuropäern jedoch längst

nicht mehr. Stalin verlangte für Polen schließlich alle deutschen Ostgebiete östlich der Oder und Görlitzer Neiße - außer Nord-Ostpreußen. Die zusätzliche Abtretung der dichtbevölkerten Provinzen Niederschlesien und Ostbrandenburg war für Churchill und US-Präsident Truman zunächst unannehmbar, deshalb ließen sie sich schließlich auf eine "Politik des Aufschubs" ein.

Die Massenvertreibung der Deutschen wurde zwar während der Potsdamer Konferenz entschieden, aber die Vertreiberstaaten hatten vorher längst entscheidende Fakten realisiert. Für Stalin waren die geplanten Gebietsabtretungen schon lange erledigt, denn er hatte die Westverschiebung systematisch vorbereiten lassen und ab Ende Mai 1945 die Austreibung von großen Bevölkerungsteilen gefördert bzw. geduldet, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen.

Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großangelegte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen geordnet und human abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.

Während der Potsdamer Konferenz behauptete Stalin mehrfach, daß die deutschen Ostgebiete menschenleer seien (x150/12). Die polnische Regierung, die zeitweise als Gast in Potsdam teilnahm, gab nur noch 1,5 Millionen Deutsche an (x150/14). Diese Deutschen würden freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei wäre.

Churchill und Truman wurden vorsätzlich getäuscht, denn in Wirklichkeit hielten sich damals noch ca. 5,7 Millionen Reichs- und Volksdeutsche östlich der Oder-Neiße-Linie auf (x001/-78E). Diese osteuropäische "Verhandlungstaktik" beeinflusste sicherlich maßgebliche Entscheidungen der Potsdamer Konferenz.

Als Premierminister Churchill nach seiner Wahlniederlage bei den britischen Unterhauswahlen die Potsdamer Konferenz verlassen mußte, waren US-Präsident Truman und die ebenfalls unerfahrenen britischen Labour-Außenpolitiker sowie ihre Berater nicht mehr in der Lage, den sowjetischen Diktator in die Schranken zu weisen, denn Stalin war ein erfahrener Machtpolitiker und knallharter Verhandlungsführer, der seine Gegner meistens in stundenlangen Debatten zermürbte (x114/2.103).

Der britische Premierminister Clement Richard Attlee und sein Außenminister Ernest Bevin konnten ihre Vorgänger nicht annähernd ersetzen. Churchills vorzeitiger Abgang stellte eine enorme Schwächung der britischen Delegation dar. Nach Churchills Rückzug konnte Stalin seine maßlosen Gebietsforderungen schließlich vollständig durchsetzen.

17.07.1945

Am 17. Juli 1945, um 17 Uhr, beginnt die erste Plenarsitzung der "Großen Drei": Josef Stalin (UdSSR, 1878-1953), Harry Truman (USA, 1884-1972) und Winston Churchill (Großbritannien, 1874-1965).

Erste Plenarsitzung vom 17. Juli 1945 (x867/...): >>**Churchill:** Wer soll auf unserer Konferenz den Vorsitz führen?

Stalin: Ich schlage den Präsidenten der USA, Truman, vor.

Churchill: Die englische Delegation unterstützt diesen Vorschlag.

Truman: Ich übernehme den Vorsitz dieser Konferenz. Ich gestatte mir, mehrere Fragen auf-

zuwerfen, die sich vor unserer Begegnung angesammelt haben und dringend einer Erörterung bedürfen. Dann wollen wir die Tagesordnung selbst beraten.

Churchill: Wir werden die Möglichkeit haben, Ergänzungen zur Tagesordnung einzubringen.

Truman: Eine der brennendsten Aufgaben ist gegenwärtig die Schaffung irgendeines Mechanismus zur Regelung des Problems der Friedensverträge, sonst wird sich die Wirtschaft in Europa in Zukunft zum Schaden der Sache der Alliierten und der ganzen Welt entwickeln.

Die Erfahrung der Versailler Konferenz nach dem ersten Weltkrieg lehrt, daß eine Friedenskonferenz, wenn sie nicht vorher von den Siegermächten vorbereitet wird, mit sehr viel Mängeln behaftet sein kann. Eine Friedenskonferenz ohne vorherige Vorbereitung tagt in der gespannten Atmosphäre miteinander im Streit liegender Parteien, was sich zwangsläufig auf die Ausarbeitung der Konferenzbeschlüsse auswirkt.

Ich schlage deshalb, ausgehend von den Erfahrungen der Versailler Konferenz, vor, gleich jetzt einen Rat der Außenminister zu bilden, dem die Minister Großbritanniens, der UdSSR, der USA, Frankreichs, Chinas angehören, das heißt die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der auf der Konferenz in San Francisco gebildet wurde. Dieser Ministerrat zur Vorbereitung der Friedenskonferenz muß so bald als möglich nach unserem Treffen zusammentreten. In diesem Geiste und auf dieser Linie habe ich den Entwurf über die Bildung des Rates der Außenminister zur Vorbereitung der Friedenskonferenz abgefaßt, der Ihnen zur Prüfung überreicht wurde.

Churchill: Ich schlage vor, diese Frage unseren Außenministern zu übergeben, die darüber beraten und uns auf der nächsten Sitzung Bericht erstatten werden.

Stalin: Einverstanden. Mir ist nur die Teilnahme des Außenministers Chinas in diesem Rat unklar. Es geht doch wohl um europäische Probleme? Inwiefern ist da die Teilnahme eines Vertreters Chinas angebracht?

Truman: Diese Frage können wir nach dem Bericht der Außenminister erörtern.

Stalin: Gut.

Truman: Über den Kontrollrat für Deutschland. Dieser Rat soll seine Arbeit so schnell als möglich, entsprechend dem bereits geschlossenen Abkommen, aufnehmen. Zu diesem Zweck lege ich Ihnen einen Entwurf zur Erörterung vor, der Grundsätze enthält, die unserer Meinung nach richtungweisend für die Arbeit dieses Kontrollrates sein sollen.

Churchill: Ich hatte keine Möglichkeit, dieses Dokument zu lesen, aber ich werde es mit großer Aufmerksamkeit und Wertschätzung lesen, und dann könnte das Dokument beraten werden. Diese Frage ist so umfassend, daß sie nicht an die Außenminister zur Erörterung überwiesen werden sollte, vielmehr müssen wir selbst sie prüfen und beraten und sie dann im Bedarfsfalle an die Minister übergeben.

Truman: Wir könnten diese Frage morgen beraten.

Stalin: Wir können diese Frage auch morgen beraten. Die Minister könnten sich damit schon vorher vertraut machen, was nicht stört, da wir selbst uns parallel mit dieser Frage vertraut machen werden.

Churchill: Für unsere Minister reichen bereits die Aufgaben aus dem ersten Dokument. Vielleicht könnte man ihnen dann morgen auch diese Frage übergeben?

Stalin: Gut, übergeben wir sie also morgen.

(Truman verliest den Inhalt eines Memorandums, in dem es heißt, daß die drei Mächte mit den Beschlüssen in der Erklärung von Jalta über das befreite Europa eine Reihe von Verpflichtungen gegenüber den befreiten Völkern Europas und den ehemaligen Vasallen Deutschlands übernommen haben. Diese Beschlüsse sehen bei der Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme im befreiten Europa eine abgestimmte Politik der drei Mächte und ihr gemeinsames Vorgehen auf demokratischer Grundlage vor.)

Truman: Nach der Konferenz von Jalta wurden Verpflichtungen, die wir in der Erklärung

über das befreite Europa übernommen haben, nicht erfüllt. Nach Ansicht der Regierung der USA wird eine weitere Nichterfüllung dieser Verpflichtungen in der ganzen Welt als Zeichen für die fehlende Einheit unter den drei Großmächten gewertet werden und das Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Einheitlichkeit der Ziele der Vereinten Nationen erschüttern. Daher schlägt die Regierung der USA vor, auf dieser Konferenz die Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung lückenlos zu vereinbaren.

Die drei großen alliierten Staaten müssen sich unbedingt für eine sofortige Umbildung der gegenwärtigen Regierungen Rumäniens und Bulgariens im völligen Einklang mit Punkt c) im dritten Absatz der Erklärung über das befreite Europa aussprechen. Es müssen unverzüglich Konsultationen erfolgen zur Ausarbeitung eines entsprechenden Verfahrens, das für die Umbildung dieser Regierungen unerlässlich ist und die Teilnahme von Vertretern aller namhaften demokratischen Gruppen gewährleistet. Nachdem die Umbildung dieser Regierungen erfolgt ist, können die diplomatische Anerkennung durch die alliierten Mächte und der Abschluß der entsprechenden Verträge erfolgen.

Entsprechend den im dritten Absatz Punkt d) der Erklärung über das befreite Europa dargelegten Verpflichtungen der drei Mächte müssen die Regierungen der drei Mächte beraten, wie man die provisorischen Regierungen am besten bei ihrer Arbeit zur Durchführung freier Wahlen ohne Beeinflussung unterstützen könnte.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die vor uns stehen, ist die Festlegung unserer Haltung gegenüber Italien. Ich hoffe, daß die Konferenz, angesichts der Tatsache, daß Italien kürzlich Japan den Krieg erklärt hat, es für möglich halten wird, sich damit einverstanden zu erklären, Italien in der Frage der Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen. Die Außenminister könnten dazu eine entsprechende Erklärung im Namen der Regierungen der Vereinten Nationen ausarbeiten.

Ist es notwendig, dieses Dokument vollständig vorzulesen? Haben Sie Zeit?

Churchill: Herr Präsident, das sind sehr wichtige Fragen, und wir benötigen Zeit, um sie zu beraten. Es geht darum, daß wir in diesen Fragen eine unterschiedliche Haltung haben. Italien hat uns im schwersten Augenblick überfallen, als es Frankreich hinterrücks angriff. Wir haben in Afrika zwei Jahre gegen Italien gekämpft, bevor Amerika in den Krieg eintrat, und wir hatten schwere Verluste.

Wir mußten sogar Kräfte des Vereinigten Königreichs aufs Spiel setzen, mußten unsere Verteidigung im Vereinigten Königreich schwächen, um Truppen nach Afrika zu entsenden. Wir hatten schwere Seegefechte im Mittelmeer. Wir hegen die besten Absichten gegenüber Italien und haben dies unter Beweis gestellt, indem wir ihm seine Schiffe beließen.

Stalin: Das ist sehr gut, aber wir sollten uns heute auf die Aufstellung der Tagesordnung samt Zusatzpunkten beschränken. Nachdem die Tagesordnung festgelegt ist, kann man zur substantiellen Erörterung jeder beliebigen Frage übergehen.

Truman: Ich bin völlig einverstanden.

Churchill: Ich bin dem Präsidenten sehr dankbar, daß er diese Diskussion eröffnet und damit einen großen Beitrag zu unserer Arbeit geleistet hat, aber ich meine, daß wir zur Beratung dieser Fragen Zeit benötigen. Ich sehe sie zum erstenmal. Ich will nicht sagen, daß ich diesen Vorschlägen nicht zustimmen kann, aber man muß die Zeit haben, sie zu erörtern. Ich schlage vor, daß der Präsident seine Vorschläge, die er noch hat, vorbringt und wir dann die Tagesordnung festsetzen.

Stalin: Gut.

Truman: Ziel der drei Regierungen im Hinblick auf Italien ist die Entwicklung zur politischen Selbständigkeit, zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Gewährleistung des Rechtes für das italienische Volk, seine Regierungsform selbst zu wählen.

Die gegenwärtige Lage Italiens, einerseits als mitkämpfende Seite und andererseits als Macht,

die bedingungslos kapituliert hat, ist anormal und behindert jeden Versuch sowohl von seiten der Alliierten als auch seitens Italiens selbst, seine wirtschaftliche und politische Lage zu verbessern. Diese ungewöhnliche Lage kann nur durch Abschluß eines Friedensvertrages mit Italien endgültig geändert werden. Die Vorbereitung des Entwurfs eines solchen Vertrages muß eine der ersten Aufgaben sein, die dem Rat der Außenminister übertragen wird.

Gleichzeitig kann eine Verbesserung der inneren Situation Italiens herbeigeführt werden, indem man Italiens Beitrag zur Niederschlagung Deutschlands anerkennt. Deshalb empfiehlt es sich, die kurzen Kapitulationsbedingungen Italiens und die ausführlichen Kapitulationsbedingungen Italiens außer Kraft zu setzen und sie durch Verpflichtungen der italienischen Regierung, wie sie sich aus der neuen Situation in Italien ergeben, zu ersetzen.

Diese Verpflichtungen sollten vorsehen: Die italienische Regierung enthält sich jeglicher feindlicher Handlungen gegen Mitglieder der Vereinten Nationen; die italienische Regierung darf keine Seekriegs- und Luftstreitkräfte und -anlagen haben, außer den von den Alliierten genehmigten, und wird alle Instruktionen der Alliierten befolgen; bis zum Abschluß des Friedensvertrages soll Italien entsprechend der Notwendigkeit einer Kontrolle unterstehen; gleichzeitig soll die Frage entschieden werden, wie lange Streitkräfte der Alliierten auf dem Territorium Italiens verbleiben; schließlich ist eine gerechte Lösung der strittigen territorialen Fragen zu gewährleisten.

Da ich überraschend zum Vorsitzenden dieser Konferenz gewählt wurde, war es mir nicht möglich, sofort meinen Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Ich freue mich sehr, Sie, Generalissimus, und auch Sie, Herr Premierminister, kennenzulernen. Ich weiß sehr wohl, daß ich hier den Platz eines Menschen einnehme, der unersetzlich ist, des früheren Präsidenten Roosevelt. Ich würde mich freuen, wenigstens teilweise dem zu entsprechen, wie Sie Präsident Roosevelt in Ihrer Erinnerung bewahren. Ich möchte die Freundschaft bewahren, die zwischen ihm und Ihnen bestand.

Die Fragen, die ich Ihnen unterbreite, sind natürlich sehr wichtig. Das schließt allerdings nicht aus, daß weitere Fragen auf die Tagesordnung gesetzt werden

Churchill: Generalissimus, wollen Sie dem Herrn Präsidenten etwas antworten, oder lassen Sie mich das tun?

Stalin: Ich überlasse das Ihnen.

Churchill: Ich möchte dem Präsidenten der USA im Namen der britischen Delegation aufrichtig dafür danken, daß er den Vorsitz dieser Konferenz übernommen hat, ich bin ihm zu Dank verbunden, daß er die Ansichten der großen Republik, die er repräsentiert, dargelegt hat, und möchte ihm sagen - ich bin überzeugt, der Generalissimus wird sich mir anschließen, - daß wir ihn herzlichst begrüßen und daß wir in diesem wichtigen Augenblick den Wunsch haben, ihm zu sagen, daß wir die innigen Gefühle, die uns mit Präsident Roosevelt verbanden, auch ihm entgegenbringen werden.

Der neue Präsident übernahm sein Amt in einem historischen Augenblick. Es ist unser Wunsch, daß die Ziele, für die wir gekämpft haben, heute im Frieden erfüllt werden. Wir empfinden Achtung nicht nur vor dem amerikanischen Volk, sondern auch vor dem Präsidenten persönlich, und ich hoffe, daß diese Gefühle der Achtung allezeit erstarken und der Verbesserung unserer Beziehungen dienen werden.

Stalin: Im Namen der russischen Delegation kann ich erklären, daß wir die Gefühle, denen Herr Churchill Ausdruck verliehen hat, voll und ganz teilen.

Churchill: Es scheint mir, wir sollten jetzt zu den einfachen Fragen der Tagesordnung übergehen und ein vorläufiges Programm unserer Arbeit aufstellen, um zu sehen, ob wir selbst in der Lage sind, diese Tagesordnung zu bewältigen, oder ob ein Teil der Fragen den Außenministern zu übertragen ist. Mir scheint, wir brauchen nicht sofort die gesamte Tagesordnung festzulegen, wir könnten uns auf eine Tagesordnung für jeweils einen Tag beschränken. Wir

möchten beispielsweise die polnische Frage hinzufügen.

Stalin: Es wäre dennoch gut, wenn alle drei Delegationen alle Fragen vortragen würden, von denen sie meinen, daß sie auf die Tagesordnung zu setzen sind. Die Russen haben Fragen zur Aufteilung der deutschen Flotte und andere. Zur Frage der Flotte gab es einen Briefwechsel zwischen mir und dem Präsidenten, bei dem eine Einigung erzielt wurde.

Die zweite Frage - das ist die Frage der Reparationen.

Dann ist die Frage der Treuhandschaftsgebiete zu erörtern.

Churchill: Meinen Sie dabei Gebiete in Europa oder in der ganzen Welt?

Stalin: Das werden wir besprechen. Ich weiß noch nicht genau, was das für Gebiete sind, aber die Russen wünschen, an der Verwaltung der Treuhandschaftsgebiete teilzunehmen.

Gesondert wollten wir die Frage nach der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu den ehemaligen Vasallen Deutschlands stellen.

Es ist auch notwendig, sich mit der Frage des Regimes in Spanien zu befassen. Wir Russen sind der Ansicht, daß dem spanischen Volk das gegenwärtige Franco-Regime von außen, durch Deutschland und Italien, aufgezwungen wurde. Es birgt eine große Gefahr für die freiheitsliebenden Vereinten Nationen in sich. Wir meinen, daß es gut wäre, dem spanischen Volk Bedingungen zu schaffen, damit es ein Regime errichten kann, das ihm zusagt.

Churchill: Wir beraten zunächst noch, was auf die Tagesordnung zu setzen ist. Ich bin einverstanden, daß Spanien als eine Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden muß.

Stalin: Ich führe nur den Gedanken aus, was unter der Frage zu verstehen ist.

Dann sollte die Tanger-Frage behandelt werden.

Churchill: Herr Eden hat mir gesagt, falls wir zur Tanger-Frage kommen, so könnten wir infolge der Abwesenheit der Franzosen nur eine Interimsvereinbarung treffen.

Stalin: Dennoch ist es interessant, die Meinung der drei Großmächte zu dieser Frage zu erfahren.

Dann ist die Frage Syrien und Libanon zu erörtern. Auch die polnische Frage ist zu erörtern, und zwar unter dem Aspekt jener Fragen, die sich aus der Tatsache ergeben, daß in Polen die Regierung der Nationalen Einheit gebildet wurde, und im Zusammenhang damit die Notwendigkeit, die polnische Emigrantenregierung zu liquidieren.

Churchill: Ich halte es für notwendig, die polnische Frage zu erörtern. Die nach der Krim-Konferenz stattgefundenen Erörterung dieser Frage hat wohl eine befriedigende Lösung der polnischen Frage angebahnt. Ich bin durchaus einverstanden, daß diese Frage und auch die sich daraus ergebende Frage nach der Liquidierung der polnischen Regierung in London erörtert wird.

Stalin: Richtig, richtig.

Churchill: Ich hoffe, daß sich der Generalissimus und der Präsident darüber im klaren sind, daß wir die polnische Regierung bei uns haben, die die Basis für die Existenz der polnischen Armee bildete, die gegen Deutschland gekämpft hat. Daraus ergibt sich eine Reihe zweitrangiger Fragen, die mit der Liquidierung der polnischen Regierung in London verbunden sind. Wie mir scheint, verfolgen wir die gleichen Ziele, aber wir haben ohne Zweifel eine schwierigere Aufgabe als die beiden anderen Mächte.

In Verbindung mit der Liquidierung der polnischen Regierung kommen wir nicht umhin, für die Soldaten zu sorgen. Aber wir müssen diese Frage im Geiste und im Lichte der Konferenz von Jalta lösen. Im Zusammenhang mit der polnischen Frage sind wir der Ansicht, daß für Polen die Frage der Wahlen eine große Bedeutung hat und daß diese Wahlen auch Ausdruck der ureigenen Wünsche des polnischen Volkes sind.

Stalin: Die russische Delegation hat zunächst keine weiteren Fragen mehr für die Tagesordnung.

Churchill: Wir haben Ihnen bereits unsere Tagesordnung vorgestellt. Wenn Sie gestatten,

Herr Präsident, möchte ich einen Vorschlag zur Verfahrensweise in der Arbeit dieser Konferenz machen. Ich schlage vor, daß die drei Außenminister heute oder morgen zusammentreten und jene Fragen auswählen, die am zweckmäßigsten von uns hier morgen erörtert werden könnten. Dieses Verfahren können wir auch bei den kommenden Sitzungstagen anwenden. Die Minister können besser die Tagesordnung zusammenstellen, indem sie drei, vier oder fünf Fragen auswählen. Sie könnten morgen früh zusammenkommen und die Tagesordnung für uns zusammenstellen.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Truman: Einverstanden.

Churchill: Ich meine, daß wir uns in groben Zügen bereits eine Vorstellung von unseren Aufgaben gebildet haben und uns der Umfang unserer Arbeit klargeworden ist. Mir scheint, jetzt müssen die Außenminister auswählen und uns unterbreiten, und dann können wir mit der Arbeit beginnen.

Stalin: Einverstanden. Womit wollen wir uns heute befassen? Wollen wir unsere Sitzung fortsetzen, ohne abzuwarten, bis die Minister uns fünf bis sechs Fragen vorgelegt haben? Ich denke, wir könnten die Frage der Bildung des Rates der Außenminister als Institution zur Vorbereitung der künftigen Friedenskonferenz erörtern.

Truman: Einverstanden.

Churchill: Einverstanden.

Stalin: Zu besprechen ist die Frage der Zugehörigkeit eines Vertreters Chinas zum Ministerrat angesichts dessen, daß der Rat sich mit Europa betreffenden Fragen befassen wird.

Truman: China wird eines der ständigen Mitglieder des in San Francisco gebildeten Sicherheitsrates sein.

Stalin: Entfällt also der Beschluß der Krim-Konferenz, demzufolge sich die Außenminister periodisch zur Beratung verschiedener Fragen treffen sollen?

Truman: Wir schlagen vor, einen Rat der Minister zu einem bestimmten Zweck zu schaffen - zur Ausarbeitung der Bedingungen des Friedensvertrages und zur Vorbereitung der Friedenskonferenz.

Stalin: Auf der Krim-Konferenz wurde festgelegt, daß die Außenminister alle drei bis vier Monate zusammenkommen und einzelne Fragen besprechen. Anscheinend entfällt das jetzt? Damit entfällt anscheinend auch die Europäische Konsultativkommission? Ich verstehe das so und bitte um Aufklärung: Ist es richtig, wenn ich es so verstehe, oder falsch?

Truman: Der Rat der Minister wird nur zu einem bestimmten Zweck gebildet - zur Ausarbeitung der Bedingungen des Friedensvertrages.

Stalin: Ich habe keine Einwände gegen die Bildung des Ministerrates, aber damit werden die Ministerberatungen, die durch Beschluß der Krim-Konferenz festgelegt wurden, offensichtlich aufgehoben, und man muß annehmen, daß auch die Europäische Konsultativkommission entfällt. Diese beiden Einrichtungen werden durch den Rat der Außenminister ersetzt.

Churchill: Die drei Außenminister sollten sich, wie auf der Krim-Konferenz vereinbart wurde, alle drei bis vier Monate treffen, um uns in einer ganzen Reihe wichtiger Fragen, Europa betreffend, zu beraten. Ich denke, wenn wir den Ministerrat der drei Großmächte noch um den Vertreter Chinas erweitern, so wird dies die Sache nur komplizieren, da der Ministerrat Fragen behandeln wird, die europäische Länder betreffen. Wenn wir den Friedensvertrag behandeln werden, der sich auf die ganze Welt und nicht nur auf Europa erstreckt, so wird man den Vertreter Chinas einladen können.

Unsere drei Minister können ihre Arbeit weitaus leichter und fruchtbarer erledigen. Die Teilnahme eines Vertreters Chinas an der laufenden Arbeit des Ministerrates kompliziert nur die Arbeit. Es ist sehr leicht, auf dem Papier Organisationen zu gründen, wenn sie aber praktisch nichts leisten, so sind sie nach meinem Dafürhalten überflüssig. Kann denn die Frage der

künftigen Verwaltung Deutschlands nicht von uns ohne die Teilnahme Chinas entschieden werden? Beschränken wir uns doch im Ministerrat auf drei Minister.

Truman: Ich schlage vor, die Erörterung der Frage der Einstellung der periodischen Treffen der Minister, die durch Beschluß der Konferenz von Jalta festgelegt wurden, zu vertagen.

Jetzt beraten wir die Frage der Bildung des Ministerrates zur Vorbereitung eines Friedensvertragsentwurfs, und das ist eine ganz andere Frage. Ich möchte Ihnen den Entwurf der USA über den Ministerrat vorlegen, in dem die Grundsätze der Organisation dieses Rates dargelegt sind.

Nach unserem Entwurf wird ein Rat der Außenminister eingerichtet, der sich aus den Außenministern der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Chinas und Frankreichs zusammensetzt. Der Rat versammelt sich periodisch zu Beratungen, und seine erste Zusammenkunft findet am Soundsovielten statt.

Jeder Außenminister wird von einem ranghohen Stellvertreter begleitet, der mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet und in der Lage ist, die Arbeit in Abwesenheit des Außenministers selbständig durchzuführen. Auch er wird von einem begrenzten Stab technischer Berater begleitet. Es ist die Einrichtung eines gemeinsamen Sekretariats vorgesehen.

Der Ministerrat wird bevollmächtigt, die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zwecks Übergabe an die Regierungen der Vereinten Nationen vorzubereiten. Der Ministerrat empfiehlt auch Wege zur Lösung territorialer Fragen, die nach Kriegsende in Europa offengeblieben sind. Der Rat soll bis ins einzelne die Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland vorbereiten, die von der künftigen Regierung Deutschlands angenommen werden, nachdem eine geeignete deutsche Regierung gebildet worden ist.

Befaßt sich der Ministerrat mit der Erörterung einer Frage, die unmittelbar einen nicht im Rat vertretenen Staat betrifft, so wird dieser Staat zur Sitzung des Rats eingeladen, um an der Erörterung der gegebenen Frage teilzunehmen. Das bedeutet jedoch nicht, daß starre Regeln für die Arbeit des Rates festgelegt werden. Der Rat legt die Verfahrensweise entsprechend dem gestellten Problem fest. In bestimmten Fällen kann der Rat zur Vorberatung einberufen werden unter Beteiligung anderer interessierter Staaten, in anderen Fällen wäre es wünschenswert, den Rat vor Einladung der interessierten Seiten einzuberufen.

Stalin: Wird das ein Rat sein, der die Fragen der künftigen internationalen Friedenskonferenz vorbereitet?

Truman: Ja.

Churchill: Die Friedenskonferenz, die den Krieg beendet.

Stalin: In Europa ist der Krieg zu Ende. Der Rat bestimmt und empfiehlt den Termin für die Einberufung der Friedenskonferenz.

Truman: Wir meinen, daß die Konferenz so lange nicht einberufen werden soll, bis wir uns entsprechend auf sie vorbereitet haben.

Churchill: Mir scheint, daß es keine Schwierigkeiten bereitet, uns über das Ziel zu einigen, nach dem wir streben. Wir müssen einen Ministerrat zur Vorbereitung des Friedensvertragsentwurfs bilden. Aber dieser Rat darf nicht an die Stelle der Organisationen treten, die bereits bestehen und die sich mit laufenden Fragen befassen - die periodischen Beratungen der drei Minister und die Europäische Konsultativkommission, an der auch Frankreich teilnimmt. Der Ministerrat ist eine breitere Organisation. Die Herren dort können festlegen, wieweit sich die Europäische Konsultativkommission und die periodischen Beratungen der Minister mit Fragen des Friedensvertrages befassen können.

Stalin: Wer wird wem untergeordnet sein?

Churchill: Der Ministerrat besteht parallel zum Sicherheitsrat, in dem auch China vertreten ist, und parallel zu den periodischen Beratungen der Minister und zur Europäischen Konsultativkommission. Bis zum Sieg über Japan wird es China schwerfallen, an der Erörterung euro-

päischer Fragen teilzunehmen. Für uns bringt es keinen Vorteil, wenn China jetzt an der Erörterung europäischer Fragen teilnehmen würde. Europa war immer ein großer Vulkan, und seine Probleme müssen sehr ernst genommen werden. Möglicherweise werden wir zum Zeitpunkt der Einberufung der Friedenskonferenz bessere Nachrichten aus dem Fernen Osten haben, und man wird auch China einladen können.

Ich schlage im Prinzip vor, daß der Friedensvertrag von den fünf Hauptmächten vorbereitet wird; was jedoch Europa betrifft, so sollten die europäischen Probleme nur von den vier Mächten beraten werden, die unmittelbar an diesen Problemen interessiert sind. Dadurch werden wir die Arbeit der Europäischen Konsultativkommission und der periodischen Ministerberatungen nicht stören. Diese beiden Organisationen können ihre Arbeit gleichzeitig fortsetzen.

Stalin: Vielleicht übergeben wir diese Frage den Ministern zur Beratung?

Truman: Ich bin einverstanden und habe keine Einwände gegen den Ausschluß Chinas aus dem Ministerrat.

Churchill: Ich meine, daß man die Sache so organisieren könnte, daß einige Mitglieder nicht ständig an den Sitzungen teilnehmen, obgleich sie die vollen Rechte wie alle anderen Mitglieder besitzen, aber nur dann an den Sitzungen teilnehmen, wenn Fragen behandelt werden, die sie interessieren.

Truman: Ich verstehe die Sache so, daß diese Frage den Außenministern zur Beratung zu übergeben ist.

Stalin: Ja, richtig.

Truman: Können wir heute noch irgend etwas besprechen?

Stalin: Da alle Fragen von den Ministern beraten werden, bleibt uns heute nichts mehr zu tun.

Churchill: Ich schlage vor, daß die Außenminister die Frage behandeln sollen, ob es vier oder fünf Mitglieder geben soll, und daß sich dieser Ministerrat ausschließlich mit der Vorbereitung des Friedensvertrages zunächst für Europa und dann für die ganze Welt befassen soll.

Stalin: Des Friedensvertrages oder der Friedenskonferenz?

Churchill: Der Ministerrat bereitet den Plan vor, den er den Regierungschefs zur Prüfung vorlegt.

Stalin: Mögen die Außenminister die Frage beraten, ob es notwendig ist, die Europäische Konsultativkommission in Europa am Leben zu erhalten, und ob es notwendig ist, die periodischen Beratungen der drei Minister, die entsprechend den Beschlüssen von Jalta eingerichtet wurden, weiterhin beizubehalten. Sollen doch die Minister auch diese Fragen beraten.

Churchill: Das hängt von der Lage in Europa und davon ab, wie die Arbeit dieser Organisationen vorankommt. Ich schlage vor, daß die drei Minister ihre periodischen Beratungen fortsetzen und daß die Europäische Konsultativkommission ebenso ihre Arbeit fortsetzt.

Truman: Wir müssen konkrete Fragen für die Beratung auf der morgigen Sitzung festlegen.

Churchill: Ich hätte es gern, wenn wir jeden Abend, bei der Rückkehr nach Hause, irgend etwas Konkretes in der Tasche hätten.

Truman: Ich möchte, daß die Außenminister uns jeden Tag etwas Konkretes zur Beratung vorlegen.

Stalin: Ich bin einverstanden.

Truman: Ich schlage vor, unsere Sitzungen um vier Uhr statt um fünf zu beginnen.

Stalin: Um vier? Nun gut.

Churchill: Wir fügen uns dem Vorsitzenden.

Truman: Wenn dies angenommen ist, vertagen wir die Behandlung der Fragen bis morgen vier Uhr nachmittags.

Stalin: Vertagen wir. Nur eine Frage: Warum verweigert Herr Churchill den Russen ihren Anteil an der deutschen Flotte?

Churchill: Ich bin nicht dagegen. Aber wenn Sie mir schon die Frage stellen, hier meine Antwort: Diese Flotte ist zu versenken oder aufzuteilen.

Stalin: Sie sind für Versenken oder für Aufteilen?

Churchill: Alle Mittel des Krieges sind schreckliche Dinge.

Stalin: Die Flotte muß aufgeteilt werden. Wenn Herr Churchill es vorzieht, die Flotte zu versenken, so kann er seinen Anteil versenken. Ich beabsichtige nicht, meinen Anteil zu versenken.

Churchill: Gegenwärtig befindet sich fast die gesamte deutsche Flotte in unserer Hand.

Stalin: Das ist es ja, das ist es ja. Und darum müssen wir diese Frage entscheiden.

Truman: Die morgige Sitzung beginnt um vier Uhr.<<

18.07.1945

Konferenz von Potsdam: Zweite Plenarsitzung vom 18. Juli 1945 (x867/...): >>(Truman eröffnet die Sitzung.)

... **Truman:** Heute haben unsere Außenminister eine Tagesordnung vorbereitet und empfehlen sie uns zur Behandlung. Nach Absprache der Minister fungiert Byrnes als Berichterstatter zur Tagesordnung.

Byrnes: Die Beratung der Außenminister beschloß, die Aufnahme folgender Fragen in die Tagesordnung vorzuschlagen:

1. Frage der Verfahrensweise und des Mechanismus bei Friedensverhandlungen und territorialen Forderungen.
2. Frage der Vollmachten des Kontrollrats in Deutschland auf politischem Gebiet.
3. Die polnische Frage - im Besonderen die Frage der Liquidierung der polnischen Emigrantenregierung in London.

Was die erste Frage nach der Verfahrensweise und dem Mechanismus bei Friedensverhandlungen und territorialen Forderungen betrifft (Bildung des Außenministerrates), so wurde der von der USA-Delegation auf der Beratung der Außenminister vorgelegte Entwurf im Prinzip gebilligt. Die Beratung nahm den Punkt 3 des Entwurfs über die Gründung des Rates der Außenminister in einer neuen Fassung an. Die vordringlichste und wichtigste Aufgabe des Ministerrates wird die Ausarbeitung der Entwürfe der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland sowie die Vorbereitung des Friedensvertrages für Deutschland sein. ...<<

19.07.1945

Konferenz von Potsdam: Dritte Plenarsitzung vom 19. Juli 1945 (x867/...): >>(Truman eröffnet die Sitzung.)

... **Truman:** Die erste Frage betrifft die deutsche Flotte. Mir scheint, daß man, bevor man diese Frage entscheidet, eine andere Frage entscheiden muß, und zwar, was ist Kriegsbeute und was sind Reparationen. Ist die Handelsflotte Gegenstand der Reparationen, so muß die Frage dann entschieden werden, wenn über die Reparationsfrage entschieden wird. Wir müssen die Reparationskommission beauftragen, den Kreis der Werte festzulegen, die zu den Reparationen gehören sollen. Ich hege deshalb ein besonderes Interesse für die Handelsflotte Deutschlands, weil sie vielleicht im Krieg gegen Japan ausgenutzt werden könnte.

Stalin: Die Kriegsflotte hat wie die gesamte übrige militärische Ausrüstung als Beute zu gelten. Die Truppen, die die Waffen gestreckt haben, übergeben ihre Waffen an die, vor denen sie kapituliert haben; das gleiche kann auch für die Kriegsflotte gelten. Die Vorschläge der militärischen Vertreter der drei Mächte besagen direkt, daß die Kriegsflotte zu entwaffnen und auszuliefern ist. Vielleicht könnte im Hinblick auf die Handelsflotte die Frage gestellt werden, ob sie Beute ist oder zu den Reparationen zu zählen ist; was die Kriegsflotte betrifft, so ist sie

Beutegut und unterliegt der Auslieferung. Wenn Sie sich an den Fall Italien erinnern, so sehen Sie, daß beide Flotten, die Seekriegs- und die Handelsflotte, zur Kategorie der Kriegsbeute zählten.

Churchill: Ich möchte nicht von einem rein juristischen Standpunkt an diese Frage herangehen und mit Fachtermini operieren. Aber ich möchte Gerechtigkeit und eine freundschaftliche Lösung dieser Frage erzielen, möchte ein Übereinkommen der drei Mächte erzielen, das als Teil in das gesamte Abkommen zu allen Fragen auf dieser Konferenz eingeht. Ich möchte jetzt nur von der deutschen Kriegsflotte sprechen. In der Tat befinden sich alle verwendungsfähigen deutschen Schiffe in unserer Hand. Ich nehme an, daß insgesamt eine freundschaftliche Lösung der sich aus dieser Konferenz ergebenden Fragen erzielt werden wird, davon bin ich überzeugt, und deshalb haben wir im Prinzip keine Einwände gegen eine Aufteilung der deutschen Flotte. ...<<

20.07.1945

Konferenz von Potsdam: Vierte Plenarsitzung vom 20. Juli 1945 (x867/...): >>(Truman eröffnet die Sitzung.)

Die sowjetische Delegation berichtet, daß auf der heutigen Sitzung der drei Außenminister folgende Fragen standen:

1. Wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands.

Es wurde festgestellt, daß die mit der Vorbereitung dieser Frage beauftragte Kommission ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat, und deshalb wurde diese Frage nicht gesondert erörtert. Es wurde beschlossen, die Kommission zu bitten, daß sie ihre Arbeit bis zum 21. Juli abschließt.

2. Polnische Frage.

Es wurde berichtet, daß die Kommission, die sich mit dieser Frage befaßt, ihre Arbeit bis jetzt noch nicht abgeschlossen hat, und infolgedessen wurde diese Frage nicht gesondert erörtert. Es wurde beschlossen, die Kommission zu bitten, daß sie ihre Arbeit bis zum 21. Juli abschließt.

3. Über die Friedensregelung.

Da die Kommission, die mit der Vorbereitung des Textentwurfs zur Frage der Friedensregelung beauftragt war, diese Aufgabe nicht erfüllen konnte, weil Mitglieder dieser Kommission in anderen Kommissionen beschäftigt waren, wurde beschlossen, daß die Außenminister heute um 15.45 Uhr zusätzlich zusammenkommen, um diese Frage zum Vortrag auf der Sitzung der drei Regierungschefs vorzubereiten. Die Außenminister beschlossen dann auf ihrer Beratung eine Abänderung zu Punkt 3 des Entwurfs zu dieser Frage, so daß dieser Punkt nunmehr folgendermaßen lautet:

"3. Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird....<<

21.07.1945

Während der Potsdamer Konferenz erwähnt man am 21. Juli 1945 im nordamerikanischen Sitzungsprotokoll erstmalig die Umsiedlungsfrage (x128/187).

Konferenz von Potsdam: Fünfte Plenarsitzung vom 21. Juli 1945 (x867/...): >>**Truman:** Über die heutige Sitzung der Außenminister wird Herr Byrnes berichten.

Byrnes: Die Außenminister haben die Frage erörtert, wann die Einberufung des Rates der Außenminister erfolgt, und kamen überein, daß der Rat bis spätestens 1. September konstituiert werden soll. Sie vereinbarten auch, daß an die Regierung Chinas und an die Provisorische Regierung Frankreichs Telegramme zu senden sind mit der Einladung zur Teilnahme an der Arbeit des Rates, bevor die Bildung des Rates der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird. Auf Bitte der britischen Delegation wurde die Redaktionskommission, die sich mit dieser Frage beschäftigt, beauftragt, einige geringfügige Abänderungen am Textentwurf vorzunehmen.

Die nächste Frage - wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands. Da der Bericht des Ausschusses über diese Frage eben erst vorgelegt wurde und unsere Delegationen nicht die Möglichkeit hatten, ihn gründlich zu studieren, kamen sie überein, die Erörterung dieser Frage bis auf morgen zu vertagen.

Die nächste war die polnische Frage - über die Liquidierung der Londoner Regierung und die Erfüllung der Erklärung von Jalta. Der Vorsitzende des Ausschusses, der sich mit dieser Frage befaßt, erstattete im Namen des Ausschusses Bericht. Angesichts dessen, daß der Ausschuß keine völlige Einigung erzielen konnte, wurden die Fragen, über die Meinungsverschiedenheiten bestanden, eingehend von den Außenministern erörtert. Die Minister einigten sich über einige dieser Punkte, aber die folgenden Punkte werden den Regierungschefs zur endgültigen Entscheidung übergeben.

Ich denke, daß Ihnen die zur Entscheidung vorgelegten Meinungsverschiedenheiten klarer werden, wenn Sie den Bericht des Ausschußvorsitzenden vor sich haben. Folgende Fragen werden Ihnen zur Entscheidung vorgelegt:

a) der Punkt, der sich auf die Übergabe der Guthaben an die polnische Regierung und auf die Anerkennung der Verpflichtungen gegenüber den Regierungen Großbritanniens und der USA seitens der polnischen Regierung bezieht;

b) der Punkt, der sich auf die Durchführung von Wahlen und auf die Pressefreiheit bezieht.

Über den ersten Punkt der Meinungsverschiedenheiten, die sich auf die Übergabe der Guthaben an die polnische Regierung und die Anerkennung der Verpflichtungen gegenüber der englischen und amerikanischen Regierung durch Polen bezogen, berichtete der Ausschußvorsitzende das Folgende:

Die britische Regierung und die Regierung der USA haben bereits Maßnahmen getroffen, um die Übereignung polnischen Eigentums an Dritte zu verhindern, jenes Eigentums, das sich auf dem Territorium der USA und Großbritanniens befindet und unter der Kontrolle ihrer Regierungen steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag. Sie sind bereit, unverzüglich Maßnahmen zur Übergabe dieses Eigentums an die polnische nationale Regierung nach den gesetzlichen Vorschriften zu treffen. Und zu diesem Zweck sind sie bereit, mit den entsprechenden Vertretern der Provisorischen Polnischen Regierung die Art und Weise und die Termine der Übergabe dieses Eigentums zu erörtern.

Die Formulierung dieses Vorschlages wurde Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten. Die Position der USA-Regierung besteht darin, daß die Frage der Guthaben Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Regierung des polnischen Staates und der USA-Regierung sein soll. Gleichzeitig soll zwischen ihnen auch die Frage der Verpflichtungen der polnischen Regierung erörtert werden. Die Regierung der USA ist überzeugt, daß die Provisorische Polnische Regierung nicht an unserer Bereitschaft zweifelt, sämtliches Eigentum in ihre Verfügung zu übergeben, das ihr nach den bei uns bestehenden Gesetzen gehört.

Deshalb schlagen wir vor, den Punkt, der diese Frage betrifft, folgendermaßen zu formulieren: "Die britische Regierung und die Regierung der USA haben Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Provisorischen Polnischen Regierung als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staat gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigen-

tum auch sein mag.

Wir haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen. Der Provisorischen Polnischen Regierung werden alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden zur Herstellung eines beliebigen Eigentumsrechts des polnischen Staates, das ihm ungesetzlich entzogen worden sein sollte."

Werden wir diesen Punkt der Meinungsverschiedenheiten erörtern, oder kann der Bericht fortgesetzt werden?

Stalin: Hören wir zunächst den Bericht an und gehen dann zur Erörterung über.

Byrnes: Keine Meinungsverschiedenheiten gab es über den folgenden Punkt: "Die drei Mächte sind darum besorgt, der Provisorischen Polnischen Regierung in der Angelegenheit der Erleichterung der möglichst baldigen Rückkehr aller Polen im Ausland nach Polen behilflich zu sein, und zwar aller Polen im Ausland, die nach Polen zurückzukehren wünschen, einschließlich der Mitglieder der polnischen bewaffneten Streitkräfte und der polnischen Handelsmarine. Sie erwarten, daß den in die Heimat zurückkehrenden Polen die gleichen persönlichen und eigentumsmäßigen Rechte zugestimmt werden wie allen übrigen polnischen Bürgern."

Meinungsverschiedenheiten gibt es über den folgenden Punkt: "Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die Provisorische Polnische Regierung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz der Abhaltung freier und unbehinderter Wahlen, die so bald wie möglich auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung durchgeführt werden sollen, zugestimmt hat, wobei alle demokratischen und antinazistischen Parteien das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben.

Die drei Mächte geben der ernststen Hoffnung Ausdruck, daß die Wahl so durchgeführt wird, daß aller Welt klar wird: Alle demokratischen und antinazistischen Kreise der polnischen Öffentlichkeit hatten die Möglichkeit, frei ihre Ansichten zu äußern und damit unbeschränkt teilzunehmen an der Wiederherstellung des politischen Lebens im Lande.

Des weiteren erwarten die drei Mächte, daß Vertreter der alliierten Presse die volle Freiheit genießen werden, der Welt über die Entwicklung der Ereignisse in Polen vor und während der Wahlen zu berichten."

Die Meinungsverschiedenheiten bestehen darin, daß die sowjetische Delegation vorschlägt, die beiden letzten Sätze dieses Punktes zu streichen. Herr Eden hat sich damit einverstanden erklärt, unter der Bedingung, daß der Satz über den freien Zugang der Vertreter der alliierten Presse nach Polen bleibt.

Somit ist der erste Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten der Punkt über die Übergabe der Guthaben ohne Erwähnung der Verschuldung.

Truman: Mit Rücksicht auf unsere Gesetze ist es unmöglich, von den Guthaben zu sprechen und kein Wort über die Verschuldung zu sagen. Ich hatte mich auch gestern bereits dazu geäußert. Die Vereinigten Staaten haben nicht die Absicht, sich eine derartige Belastung aufzubürden. Wir können nicht die Verpflichtung übernehmen, der polnischen Regierung alle Guthaben zu übergeben, ohne die Verpflichtungen zu erörtern, die sie ihrerseits übernimmt.

Churchill: Wir sind einverstanden mit dem Vorschlag des Präsidenten, wonach der polnischen Regierung die Guthaben nur unter der Bedingung übergeben werden, daß gleichzeitig die Verpflichtungen erwähnt werden, die die polnische Regierung übernimmt.

Byrnes: Unsere Fassung, die in der Hoffnung auf einen Kompromiß vorgelegt wurde, spricht weder von Guthaben noch von Schulden. Wir sagen, daß die britische Regierung und die Regierung der USA bereits Maßnahmen getroffen haben zum Schutz der Interessen der polnischen Regierung hinsichtlich des Eigentums, das in ihren Gebieten liegt, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.

In dem Entwurf heißt es ebenfalls, daß beide Regierungen bereits Maßnahmen zur Verhinde-

nung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen haben. Weiterhin wird dort gesagt, daß der polnischen Regierung alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden zur Wiederherstellung eines beliebigen Eigentumsrechts, daß ungesetzlich entzogen worden sein sollte.

Churchill: Hier ist weder von Guthaben noch von Verpflichtungen die Rede.

Byrnes: Ich hatte bereits über die Momente gesprochen, die unser Entwurf enthält.

Churchill: Hier ist nichts gesagt über die Übertragung von Verpflichtungen gegenüber Großbritannien auf die Provisorische Polnische Regierung, und zwar die 120 Millionen Pfund Sterling, die wir der ehemaligen polnischen Regierung in London vorgeschossen haben. Mit anderen Worten, wir befinden uns in der gleichen Lage wie Sie.

Byrnes: Wenn die sowjetische Regierung ebenfalls über Eigentum verfügte, das der polnischen Regierung gehört, so könnte diese Frage auf diplomatischem Wege gelöst werden. Meines Erachtens besteht keine Notwendigkeit, öffentlich die Übergabe des der polnischen Regierung gehörenden Eigentums zu erwähnen, das der Regierung Polens nach der Anerkennung durch die Regierung der USA zu übergeben ist.

Churchill: Ich fasse es also so auf, daß wir jetzt den Gedanken von den Guthaben und den Verpflichtungen weglassen. Für uns ist diese Frage natürlich wichtiger als für die USA, auf Grund dessen, daß wir der ehemaligen polnischen Regierung in London große Vorschüsse gewährt haben.

Truman: Es gefällt mir nicht, wenn hier vorgeschlagen wird, eine öffentliche Erklärung über die Erfüllung dieser Verpflichtungen abzugeben.

Churchill: Ich bin mit ihnen einverstanden.

Stalin: Gedenkt die britische Regierung die Vorschüsse, die sie zur Erhaltung der polnischen Truppen gewährt hat, von Polen in vollem Umfang zurückzufordern?

Churchill: Nein. Das werden wir mit den Polen erörtern.

Stalin: Wir haben bestimmte Mittel für die Regierung Sikorski und auch für den Aufbau der Armee der provisorischen nationalen Regierung verwendet. Wir sind aber der Ansicht, daß das polnische Volk diese Schulden mit seinem Blute getilgt hat. Ich halte den Kompromißvorschlag der amerikanischen Regierung für akzeptabel mit Ausnahme der Stelle, wo es heißt, daß der Provisorischen Polnischen Regierung alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden. Ich schlage vor, statt dessen zu sagen: Der Provisorischen Polnischen Regierung werden entsprechend den gesetzlichen Forderungen alle Möglichkeiten geboten. Mit dieser Abänderung könnte man den Kompromißvorschlag der amerikanischen Delegation annehmen.

Churchill: Und wo ist da ein Unterschied?

Stalin: Der Unterschied besteht darin, daß die Verzögerung entfällt, die es bei den "üblichen gesetzlichen Maßnahmen" gibt. Wenn man sagt, auf gesetzlicher Grundlage, wird es einfacher sein. Aber das ist letzten Endes eine Kleinigkeit, man kann den Vorschlag der amerikanischen Delegation auch in ihrer Formulierung akzeptieren.

Byrnes: Der nächste Punkt, über den es Meinungsverschiedenheiten gab, bezieht sich auf diese Formulierung: "Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die Provisorische Polnische Regierung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz zugestimmt hat ..." usw. Gegen diese Formulierung hatte Herr Eden Einwände.

Eden: Ich schlage eine Kompromißformel vor, gegen die seitens der sowjetischen Delegation Einwände erhoben wurden, und zwar: Von den Worten "die drei Mächte geben der ernststen Hoffnung Ausdruck" bis zu den Worten "ihre Ansichten" diese ganze Stelle zu streichen, aber den letzten Satz über die Zulassung von Vertretern der alliierten Presse zu belassen.

Stalin: Es ist gut, daß Herr Eden den Interessen und der Würde Polens entgegengekommen ist. Das ist zu begrüßen. Und wenn er noch einen weiteren Schritt in dieser Richtung tut, so

werden wir meines Erachtens alle dem Vorschlag zustimmen können. (*Heiterkeit*) In den vorangehenden Zeilen heißt es, daß die polnische Regierung die Krim-Erklärung zu erfüllen hat. Warum soll man diesen Gedanken noch einmal wiederholen?

Ausländische Korrespondenten werden nach Polen kommen und nicht zur polnischen Regierung, sie werden volle Freiheit genießen, es wird von ihrer Seite keine Klagen über die polnische Regierung geben. Wozu ist es nötig, das noch ein weiteres Mal zu wiederholen? Die Polen werden sich dadurch gekränkt fühlen, sie werden darin einen Argwohn sehen, als wollten sie keine Korrespondenten zulassen. Lassen wir doch diesen Punkt enden mit den Worten "Alle demokratischen und antinazistischen Parteien werden das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben", und das übrige streichen wir.

Churchill: Das ist kein Kompromiß. (*Heiterkeit*)

Stalin: Das ist ein Kompromiß hinsichtlich der polnischen Regierung. (*Heiterkeit*)

Churchill: Und ich hatte eher daran gedacht, diese Formulierung zu verstärken als sie abzuschwächen.

Stalin: Wozu soll man das tun?

Truman: Wir interessieren uns sehr für die Frage der Wahlen in Polen, weil es bei uns sechs Millionen Bürger polnischer Abstammung gibt. Wenn die Wahlen in Polen in voller Freiheit durchgeführt werden und unsere Korrespondenten völlig frei ihre Informationen über die Durchführung und die Ergebnisse der Wahlen mitteilen können, so wird dies für mich als Präsident sehr wichtig sein.

Ich meine, daß die polnische Regierung, wenn sie von vornherein weiß, daß die drei Mächte seitens der polnischen Regierung die Durchführung freier Wahlen und freien Zugang für die Vertreter der Presse der alliierten Länder erwarten, die in den Beschlüssen der Krim-Konferenz enthaltenen Verpflichtungen äußerst sorgfältig erfüllen wird.

Stalin: Ich gedenke - sehen Sie, Herr Eden, ich bin zu einem Kompromiß bereit - folgenden Vorschlag einzubringen: nach den Worten "Aufstellung von Kandidaten" ein Komma zu setzen und weiter zu sagen, "und die Vertreter der alliierten Presse werden volle Freiheit genießen, der Welt über den Verlauf und die Ergebnisse der Wahlen zu berichten".

Truman: Das sagt mir zu.

Churchill: Eine Rolle spielen hier die Worte "nehmen zur Kenntnis" zu Beginn des Absatzes. Ich bin ebenfalls einverstanden.

Byrnes: Die nächste Frage - über die Erfüllung des Abkommens von Jalta über das befreite Europa und die Vasallenländer. Die Delegation der USA hat zwei Dokumente zu dieser Frage vorgelegt, aber auf der Sitzung der Außenminister wurde beschlossen, die Erörterung zu vertagen, um die Dokumente studieren zu können. Die Außenminister kamen überein, diese Dokumente der Redaktionskommission zu übergeben. Es entstanden jedoch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob sich die Kommission mit jedem Dokument einzeln befassen oder beide als ein Dokument werten soll.

Die sowjetische Delegation sprach sich für ein einheitliches Dokument aus, die amerikanische Delegation hingegen für zwei selbständige Dokumente. Sie einigten sich, angesichts dessen, daß die Frage der Politik gegenüber Italien und den anderen Vasallen von den Regierungschefs an die Außenminister überwiesen wurde, die Regierungschefs zu bitten, auf der heutigen Sitzung die Frage zu entscheiden, welche Weisung der Redaktionskommission zu geben ist: ein einheitliches Dokument über alle diese Länder vorzubereiten oder zwei Dokumente, ausgehend von den amerikanischen Entwürfen.

Truman: Auf der ersten Sitzung hat die amerikanische Delegation zwei Dokumente vorgelegt: das erste über die Politik gegenüber Italien (diese Frage wurde gestern und vorgestern lange erörtert) und das zweite Dokument über die Außenpolitik gegenüber Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland. Wir denken, daß man diese beiden Fragen gesondert behandeln

muß, da Italien das erste Land war, das kapitulierte und dann am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Außerdem bestehen zwischen der Regierung der USA und Italien diplomatische Beziehungen; die Regierung der USA unterhält keine solchen Beziehungen mit den Regierungen der genannten Länder. Doch das bedeutet nicht, daß wir der Meinung sind, die Frage Italien müßte früher als die Frage dieser Länder gelöst werden. Ich wiederhole, wir sind der Ansicht, daß es notwendig ist, diese beiden Fragen gesondert zu behandeln.

Stalin: Ich habe eine Abänderung zu den Vorschlägen der Amerikaner zur Frage der Politik gegenüber Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland. Im Prinzip habe ich keine Einwände gegen diese Vorschläge, aber zum zweiten Punkt möchte ich eine Ergänzung einbringen. Im zweiten Punkt heißt es: "Die drei Regierungen erklären" das und das und das, und danach schlage ich vor, die Worte hinzuzusetzen: "Und im gegenwärtigen Augenblick erklären sie, daß sie die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit ihnen für möglich halten."

Truman: Ich kann mich damit nicht einverstanden erklären.

Stalin: Dann wird man die Erörterung beider Entwürfe - sowohl über Italien als auch über diese Länder - vertagen müssen.

Truman: Wir sind nicht bereit, mit den Regierungen dieser Länder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Außerdem befanden wir uns niemals im Kriegszustand mit Finnland. Doch, wie ich bereits gesagt habe, wenn die Regierungen dieser Länder auf der Grundlage freier Wahlen umgebildet wurden, sind wir bereit, mit ihnen diplomatische Beziehungen herzustellen.

Stalin: Ich kann ohne die von mir vorgeschlagene Ergänzung nicht zustimmen.

Churchill: Die Zeit geht dahin; wir sitzen hier bereits eine Woche, und wir stellen eine große Zahl von Fragen zurück.

Die Position der britischen Regierung ist in dieser Frage die gleiche wie die der USA.

Byrnes: Die folgende Frage - über die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Regierungschefs. Wir sind übereingekommen, daß die Außenminister den Regierungschefs empfohlen werden, die beiden erwähnten Fragen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen, die den Außenministern von den Regierungschefs vorher übergeben worden waren und zu denen die Außenminister weitere Weisungen erhalten möchten, sowie drei Fragen, die auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Regierungschefs unerledigt blieben. Es wird also die folgende Tagesordnung für die heutige Sitzung vorgeschlagen:

1. Die polnische Frage - die Liquidierung der Londoner Regierung und die Erfüllung des Abkommens von Jalta.
2. Die Frage, ob die Redaktionskommission bei der Ausarbeitung der Frage über die Politik gegenüber Italien und den anderen Vasallen eine gesonderte Empfehlung für Italien oder eine einheitliche Empfehlung für alle Länder, von denen hier die Rede ist, vorbereiten soll.
3. Die polnische Westgrenze. Die sowjetische Delegation hat gestern ein Dokument zu dieser Frage vorgelegt.
4. Treuhandschaft. Die sowjetische Delegation hat gestern auch zu dieser Frage ein Dokument vorgelegt.
5. Türkei. Man nimmt an, daß die britische Delegation den Wunsch hat, zu dieser Frage mündlich eine Stellungnahme vorzutragen.

Truman: Gestatten Sie mir, eine Erklärung zur Westgrenze Polens abzugeben. In dem Abkommen von Jalta wurde festgelegt, daß das Territorium Deutschlands von den Truppen der vier Mächte - Großbritannien, UdSSR, USA und Frankreich - besetzt wird, von denen jede ihre Besatzungszone erhält. Die Frage der Grenzen Polens wurde auf der Konferenz berührt, aber in dem Beschluß hieß es, daß diese Frage endgültig auf der Friedenskonferenz entschieden werden soll. Auf einer unserer ersten Sitzungen haben wir beschlossen, bei der Erörterung

der künftigen Grenzen Deutschlands von den Grenzen Deutschlands im Dezember 1937 auszugehen.

Wir haben unsere Besatzungszonen und die Grenzen dieser Zonen festgelegt. Wir haben unsere Truppen in diese Zonen zurückgezogen, so wie es festgelegt war. Aber jetzt hat offensichtlich eine weitere Regierung eine Besatzungszone erhalten, und das geschah, ohne uns zu konsultieren. Wenn man der Meinung war, daß Polen zu den Mächten gehören soll, denen eine eigene Besatzungszone zugewiesen wird, hätte man sich darüber früher verständigen müssen. Es ist für uns schwierig, einer solchen Lösung der Frage zuzustimmen, da es zu dieser Frage keinerlei Konsultationen mit uns gegeben hat.

Ich bin Polen freundschaftlich gesonnen und werde den Vorschlägen der sowjetischen Regierung über die Westgrenze möglicherweise uneingeschränkt zustimmen, aber ich möchte das nicht jetzt tun, da es dafür einen anderen Ort geben wird, und zwar die Friedenskonferenz.

Stalin: In den Beschlüssen der Krim-Konferenz hieß es, nach der Ansicht der drei Regierungschefs soll die Ostgrenze Polens entlang der Curzonlinie verlaufen, womit also die Ostgrenze Polens auf der Konferenz festgelegt wurde. Was die Westgrenze betrifft, so hieß es in den Beschlüssen der Konferenz, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß.

Es hieß dort weiter: Sie, das heißt die drei Regierungen, sind der Ansicht, daß die Meinung der neuen polnischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieses Gebietszuwachses zu gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist.

Truman: Ich habe das auch so verstanden. Aber wir waren und sind nicht berechtigt, Polen eine Besatzungszone zuzuweisen.

Stalin: Die polnische Regierung der Nationalen Einheit hat bereits ihre Ansicht über die Westgrenze geäußert. Ihre Ansicht ist uns in allem bekannt.

Truman: Über diese Westgrenze hat es bislang keine offizielle Erklärung gegeben.

Stalin: Ich spreche von der Ansicht der polnischen Regierung. Sie ist uns allen bekannt. Wir können uns jetzt über die Westgrenze Polens einigen, und auf der Friedenskonferenz soll die Westgrenze endgültig sanktioniert werden.

Truman: Herr Byrnes hat die Erklärung der polnischen Regierung erst heute empfangen. Wir konnten uns damit noch nicht entsprechend vertraut machen.

Stalin: Unser Vorschlag läuft darauf hinaus, daß wir unsere Meinung zum Wunsch der polnischen Regierung, eine solche Westgrenze zu haben, äußern. Ob wir unsere Meinung heute oder morgen äußern, das ist völlig belanglos.

Was die Frage betrifft, daß wir den Polen eine Besatzungszone eingeräumt haben ohne Einverständnis der verbündeten Regierungen, so ist diese Frage nicht exakt gestellt. Die amerikanische Regierung und die britische Regierung haben uns in ihren Noten wiederholt vorgeschlagen, keine polnische Verwaltung in den Westgebieten zuzulassen, solange die Frage der Westgrenze Polens nicht endgültig entschieden ist. Das konnten wir nicht tun, da die deutsche Bevölkerung hinter den zurückweichenden deutschen Truppen nach dem Westen abzog.

Die polnische Bevölkerung dagegen ging vorwärts, nach dem Westen, und unsere Armee brauchte in ihrem Hinterland, in dem Gebiet, das die Armee besetzte, eine örtliche Verwaltung. Unsere Armee kann nicht gleichzeitig eine Verwaltung im Hinterland aufbauen, kämpfen und das Territorium vom Feind säubern. Das ist sie nicht gewohnt. Deshalb haben wir die Polen hereingelassen.

In diesem Sinne antworteten wir damals unseren amerikanischen und englischen Freunden. Wir waren dazu um so mehr bereit, als wir wußten, daß Polen einen Gebietszuwachs westlich von seiner früheren Grenze erhält. Ich weiß nicht, was es unserer gemeinsamen Sache schaden kann, wenn die Polen ihre Verwaltung in dem Gebiet einrichten, das ohnehin bei Polen

verbleiben soll. Ich bin am Ende.

Truman: Ich habe keine Einwände gegen die hier geäußerte Meinung über die künftige Grenze Polens. Aber wir haben uns geeinigt, daß sich alle Teile Deutschlands unter der Leitung der vier Mächte befinden sollen. Und es wird sehr schwer sein, zu einer gerechten Lösung der Reparationsfrage zu kommen, wenn wichtige Teile Deutschlands von einer Macht besetzt sind, die nicht zu den vier Mächten zählt.

Stalin: Haben Sie etwa Angst wegen der Reparationen? Wir können auf die Reparationen aus diesen Gebieten verzichten, bitte sehr.

Truman: Wir haben nicht die Absicht, sie zu bekommen.

Stalin: Was diese Westgebiete betrifft, so gibt es darüber keinen Beschluß, die Frage bleibt offen. Es wurde nur versprochen, die Grenzen Polens nach dem Westen und Norden auszuweiten.

Churchill: Ich hätte viel über den Verlauf der Westgrenze Polens zu sagen, aber, soweit ich verstanden habe, ist dazu jetzt noch nicht die Zeit.

Truman: Die Festlegung der künftigen Grenzen ist Sache der Friedenskonferenz.

Stalin: Es ist sehr schwer, die deutsche Verwaltung im westlichen Streifen wiederherzustellen - alle sind geflohen.

Truman: Sollte die sowjetische Regierung Hilfe bei der Wiederherstellung der deutschen Verwaltung in diesen Gebieten wünschen, so könnte diese Frage erörtert werden.

Stalin: Unsere Konzeption, die Konzeption der Russen bei der Einnahme von gegnerischem Territorium im Kriege, besteht in folgendem: Die Armee kämpft, sie geht vorwärts und sorgt sich nur darum, die Schlacht zu gewinnen. Doch damit die Armee vorrücken kann, braucht sie ein ruhiges Hinterland. Sie kann nicht mit dem Feind gleichzeitig an der Front und im Hinterland kämpfen. Die Armee kämpft gut, wenn das Hinterland ruhig ist, wenn das Hinterland mit ihr sympathisiert und sie unterstützt.

Stellen Sie sich die Situation vor, daß die deutsche Bevölkerung entweder ihren zurückweichenden Truppen fluchtartig folgt oder unseren Truppen in den Rücken schießt. Und die polnische Bevölkerung folgt unseren Truppen auf dem Fuße. Bei einer solchen Lage ist es ganz natürlich, daß die Armee bestrebt ist, im Hinterland eine Verwaltung zu haben, die mit ihr sympathisiert und sie unterstützt. Das ist alles.

Truman: Das verstehe ich und teile Ihre Gefühle.

Stalin: Es gibt keinen anderen Ausweg. Das bedeutet natürlich nicht, daß ich selbst die Grenzen festlege. Wenn Sie die von der polnischen Regierung vorgeschlagene Linie nicht billigen, so bleibt die Frage offen. Das ist alles.

Churchill: Aber kann man die Frage ohne Entscheidung lassen?

Stalin: Irgendwann wird man sie entscheiden müssen.

Churchill: Es steht noch die Frage der Lieferungen. Die Frage der Lebensmittellieferungen ist eine sehr wichtige Frage, weil dies die wichtigsten Gebiete für die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung sind.

Stalin: Aber wer wird dort arbeiten, Getreide produzieren? Außer den Polen ist niemand da zum Arbeiten.

Truman: Wir können eine Einigung erzielen. Ich denke, daß der Kern der Frage, die vor uns steht und uns bewegt, darin liegt, welche Verwaltung es in diesen Gebieten geben wird. Uns interessiert auch die Frage, ob diese Gebiete während der Besatzungszeit ein Teil Deutschlands oder Polens sein werden. Das Problem besteht in folgendem:

Wir haben eine Besatzungszone, die Franzosen haben eine Besatzungszone, eine Besatzungszone hat auch England und die Sowjetunion. Ich möchte wissen, ob die Gebiete, von denen jetzt die Rede ist, zur sowjetischen Besatzungszone gehören. Ich denke, daß wir zu gegebener Zeit ein Abkommen über die künftigen Grenzen Polens erzielen können, aber jetzt interessiert

mich die Frage dieser Gebiete für die Zeit der Besetzung.

Stalin: Auf dem Papier sind es zur Zeit noch deutsche Gebiete. In Wirklichkeit, de facto, sind es polnische Gebiete.

Truman: Was ist mit der örtlichen Bevölkerung geschehen? Sie zählt dort allem Anschein nach an die drei Millionen.

Stalin: Die Bevölkerung ist weggegangen.

Churchill: Wenn das so ist, so werden sie sich folglich in den Gebieten ernähren, in die sie gegangen sind, wenn diese Gebiete, die von Deutschen verlassen wurden, Deutschland nicht übergeben und Deutschland nicht zur Verfügung stehen werden. Ich sehe das so, daß nach dem Plan der polnischen Regierung, der, soweit ich verstanden habe, von der sowjetischen Regierung unterstützt wird, ein Viertel der Nutzfläche Deutschlands von 1937 von diesem losgerissen wird.

Was die Bevölkerung betrifft, so stellt sich heraus, daß drei oder vier Millionen Polen aus dem Osten in die Westgebiete umgesiedelt werden. Die Vorkriegsbevölkerung Deutschlands betrug in diesen Gebieten nach russischen Angaben achtundeinviertel Millionen, das heißt, daß außer den ernstesten Schwierigkeiten, die mit der Umsiedlung einer so großen Zahl von Menschen verbunden sind, eine unvergleichlich große Last den anderen Teilen Deutschlands aufgebürdet und das Lebensmittelproblem dennoch nicht gelöst wird.

Truman: Wenn Frankreich Lust bekommt, das Saargebiet und das Ruhrgebiet zu erhalten, und wenn wir Frankreich das Saargebiet und das Ruhrgebiet geben, was bleibt dann noch von Deutschland?

Stalin: Darüber gibt es keinen Beschluß. Aber bezüglich der Westgrenze Polens gibt es einen Beschluß - den Beschluß, daß Polen einen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten soll.

Churchill: Noch eine Bemerkung zur Erklärung von Generalissimus Stalin, daß alle Deutschen diese Gebiete verlassen hätten. Es gibt andere Meldungen, die besagen, daß dort immerhin 2 bis 2,5 Millionen Deutsche geblieben sind. Natürlich müßte man diese Zahl prüfen.

Stalin: Natürlich, man muß überprüfen. Wir haben die Frage der Grenze erörtert und sind jetzt bei der Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands angelangt. Wenn Sie diese Frage erörtern möchten, bitte, ich habe keine Einwände.

Churchill: Es ist richtig, daß die Grenze zur Verhandlung stand und wir jetzt zur Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands übergegangen sind. Aber ich habe dies nur erwähnt, weil die Grenzfrage uns große Schwierigkeiten bei der Lösung einiger anderer Fragen bereiten wird.

Stalin: Ich stimme zu, daß es gewisse Schwierigkeiten mit der Versorgung Deutschlands gibt, aber die Hauptschuldigen an diesen Schwierigkeiten sind die Deutschen selbst. Der Krieg hat dazu geführt, daß von den acht Millionen Deutschen fast niemand dort verblieben ist. Nehmen Sie Stettin; es hatte 500.000 Einwohner, und als wir in Stettin einzogen, waren nur 8.000 übriggeblieben.

In Ostpreußen haben sich die Deutschen so verhalten: Der größte Teil ist nach dem Westen abgezogen, in das Hinterland der eigenen Truppen, ein anderer Teil ist in das Gebiet Königsberg zu den Russen gegangen. Als wir die Zone erreichten, die als Gebietszuwachs für Polen bestimmt ist, war kein Deutscher mehr da, nur die Polen sind geblieben. So lagen die Dinge.

In der Zone zwischen Oder und Weichsel haben die Deutschen ihre Felder verlassen, die Felder werden von den Polen bestellt und abgeerntet. Die Polen werden kaum bereit sein, den Deutschen abzugeben, was sie bestellt haben. Das ist die Situation, wie sie sich in diesen Gebieten entwickelt hat.

Truman: Ich möchte noch einmal wiederholen: Meines Erachtens sind jenen Mächten Besatzungszonen einzuräumen, über die ein Beschluß vorliegt. Ich wende mich nicht dagegen, daß

die Frage der Grenzen Polens behandelt wird, aber ich meine, daß wir diese Frage hier nicht entscheiden können.

Churchill: Wir haben zugestimmt, daß Polen auf Kosten Deutschlands für das Gebiet, das es östlich der Curzonlinie verloren hat, entschädigt wird. Jetzt verlangt Polen von uns weit mehr, als es im Osten abgibt. Ich bin nicht der Ansicht, daß dies zum Wohle Europas geschieht, von den Alliierten ganz zu schweigen. Wenn drei oder vier Millionen Polen östlich der Curzonlinie umgesiedelt werden, so könnten zwei oder drei Millionen Deutsche im Westen umgesiedelt werden, um für die Polen Platz zu schaffen.

Aber die Umsiedlung von acht Millionen Menschen, das ist eine Sache, die ich nicht unterstützen kann. Die Entschädigung soll dem Verlust entsprechen. Anders wäre es auch für Polen selbst nicht gut. Wenn die Deutschen, wie Generalissimus Stalin gesagt hat, die Gebiete östlich und westlich der Oder verlassen haben, so sollte man auf sie einwirken, wieder dorthin zurückzukehren.

Jedenfalls sind die Polen nicht berechtigt, eine katastrophale Lage in der Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung zu schaffen. Ich möchte diesen Gesichtspunkt noch einmal unterstreichen. Ich möchte, daß der Generalissimus unseren Schwierigkeiten ebensoviel Verständnis entgegenbringt wie, so hoffe ich, wir den seinen.

Wir wünschen nicht, daß eine zahlenmäßig gewaltige deutsche Bevölkerung ohne jede Nahrungsmittelquellen uns überlassen bleibt. Nehmen wir beispielsweise die gewaltige Bevölkerung im Ruhrgebiet, im Kohlenrevier. Diese Bevölkerung befindet sich in der englischen Besatzungszone. Wenn für sie nicht hinreichend Lebensmittel bereitgestellt werden, so entsteht in unserer eigenen Zone eine Lage wie in den deutschen Konzentrationslagern.

Stalin: Dennoch, Deutschland ist ohne Getreideimporte nicht ausgekommen und wird nicht auskommen.

Churchill: Ja, natürlich, es wird aber nicht die Möglichkeit haben, sich zu ernähren, wenn man ihm die Ostgebiete wegnimmt.

Stalin: Sollen sie von den Polen Getreide kaufen.

Churchill: Wir sind nicht der Ansicht, daß dieses Gebiet polnisches Gebiet ist.

Stalin: Dort leben Polen. Sie haben die Felder bestellt. Wir können nicht von den Polen fordern, daß sie die Felder bestellen und das Getreide an die Deutschen abgeben.

Churchill: Außerdem muß ich darauf hinweisen, daß die Bedingungen in den von den Polen besetzten Gebieten überhaupt sehr merkwürdig sind. Man teilt mir beispielsweise mit, daß die Polen schlesische Kohle an Schweden verkaufen. Sie tun dies zur gleichen Zeit, wo wir in England unter spürbarem Kohlenmangel leiden und überdies der kälteste und härteste Winter ohne Brennstoff bevorsteht.

Wir gehen von dem allgemeinen Prinzip aus, daß die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung Deutschlands in den Grenzen von 1937 nach der Bevölkerungszahl erfolgen soll, unabhängig davon, in welcher Zone sich die Lebensmittel und die Kohle befinden.

Stalin: Aber wer wird diese Kohle fördern? Die Deutschen fördern nicht, die Polen fördern, sie arbeiten.

Churchill: Aber sie arbeiten in Schlesien.

Stalin: Aber dort sind alle Herren geflohen.

Churchill: Sie sind weggegangen, weil die Kampfhandlungen sie aufgeschreckt haben, aber da der Krieg beendet ist, könnten sie zurückkehren.

Stalin: Sie wollen nicht, und die Polen sehen das nicht gern.

Churchill: Ich war gestern tief berührt von dem Wort des Generalissimus, als er davon sprach, daß es nicht am Platze wäre, sich bei der Behandlung der Probleme der Gegenwart und der Zukunft von Gefühlen der Rache leiten zu lassen. Ich meine deshalb, daß meine heutigen Gedanken bei ihm Verständnis finden müßten, da es ungerecht wäre, eine so gewaltige

Zahl Deutscher zu uns zu schicken, während die Polen allen Vorteil für sich hätten.

Stalin: Ich spreche von den Unternehmern, die aus dem Kohlenrevier geflohen sind. Wir selbst kaufen jetzt Kohle bei den Polen, weil es bei uns in einigen Gebieten, beispielsweise im Baltikum, an Kohle mangelt.

Truman: Offensichtlich ist es eine vollendete Tatsache, daß man Polen einen beträchtlichen Teil Deutschlands zur Besetzung übergeben hat. Was bleibt dann noch zur Reparationsentnahme? Selbst bei uns in den USA fehlt es an Kohle. Doch dessen ungeachtet liefern wir in diesem Jahr 6,5 Millionen Tonnen Kohle nach Europa.

Ich meine, daß dieser Teil Deutschlands und namentlich das Kohlenrevier sowohl im Hinblick auf die Reparationen als auch im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung als bei Deutschland verblieben zu betrachten ist. Ich meine, daß die Polen nicht das Recht haben, sich diesen Teil Deutschlands zu nehmen. Wir erörtern jetzt die Frage der künftigen Grenzen Polens. Aber ich meine, daß wir diese Frage nicht hier entscheiden können, sie muß auf der Friedenskonferenz entschieden werden.

Stalin: Wer wird dort Kohle fördern? Uns, den Russen, fehlen in den eigenen Betrieben Arbeitskräfte. Bei den Deutschen sind alle Arbeiter zur Armee gegangen - die Goebbelspropaganda hat ihr Ziel erreicht. Es bleibt die Möglichkeit, entweder die gesamte Produktion einzustellen oder die Angelegenheit den Polen zu übergeben.

Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Was die Kohle betrifft, so muß ich sagen, daß die Polen in den alten Grenzen ein eigenes, sehr reiches Kohlenrevier besaßen. Diesem Kohlenrevier wurde das Kohlenrevier Schlesien angeschlossen, das den Deutschen gehört hat. Dort arbeiten Polen. Wir können nicht die von den Polen geförderte Kohle nehmen.

Churchill: In den Gruben in Schlesien arbeiten, wenn ich recht verstehe, polnische Arbeiter. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß diese Gruben im Auftrag der Sowjetregierung in der sowjetischen Besatzungszone arbeiten, nicht aber der polnischen Regierung in einer Zone, die Polen nicht zur Besetzung übergeben wurde.

Stalin: Das würde insgesamt die Beziehungen zwischen zwei befreundeten Staaten stören. Darüber hinaus bitte ich Herrn Churchill zu bedenken, daß den Deutschen selbst Arbeitskräfte fehlen. Die meisten Betriebe, auf die wir während des Vormarsches stießen, wurden von ausländischen Arbeitern bedient, von Italienern, Bulgaren, Franzosen, Russen, Ukrainern und anderen. Das waren alles Arbeiter, die von den Deutschen zwangsweise aus ihrer Heimat weggetrieben wurden. Als die russischen Truppen in diese Gebiete kamen, werteten das die ausländischen Arbeiter als Befreiung und fuhren nach Hause. Wo sind die deutschen Arbeiter? Sie wurden zum größten Teil zur deutschen Armee eingezogen und während des Krieges entweder getötet oder gefangengenommen.

Es entstand eine Situation, wo die große deutsche Industrie mit einer geringen Zahl deutscher Arbeiter und zahlreichen ausländischen Arbeitern funktionierte. Als diese ausländischen Arbeiter befreit wurden, gingen sie weg, und die Betriebe standen ohne Arbeiter da. Jetzt ist die Lage so, daß man diese Betriebe entweder schließen oder der einheimischen Bevölkerung, das heißt den Polen, die Möglichkeit geben muß, dort zu arbeiten. Man kann die Polen jetzt nicht vertreiben. Die Lage hat sich spontan so entwickelt. Dafür kann man niemandem die Schuld geben.

Attlee: Ich möchte einige Worte zur gegenwärtigen Situation vom Standpunkt der Besatzungsmächte in Deutschland sagen. Wenn wir von der Frage der endgültigen Grenze zwischen Polen und Deutschland absehen, so sehen wir vor uns ein Land, in dem Chaos herrscht und das früher eine wirtschaftliche Einheit darstellte. Wir haben ein Land vor uns, das in der Lebensmittel- und zum Teil in der Kohlenversorgung von seinen Ostgebieten abhängig war, die teilweise von Polen bewohnt wurden.

Meines Erachtens müssen die Hilfsquellen ganz Deutschlands von 1937 zum Unterhalt und

zur Versorgung der gesamten deutschen Bevölkerung genutzt werden, und wenn ein Teil Deutschlands vorher abgetrennt wird, so schafft das große Schwierigkeiten für die Besatzungsmächte in der westlichen und südlichen Zone.

Wenn Arbeitskräfte für die Ostgebiete benötigt werden, so müssen sie unter der Bevölkerung im übrigen Deutschland gefunden werden, unter dem Teil der deutschen Bevölkerung, der demobilisiert oder aus der Arbeit in der Rüstungsindustrie freigesetzt ist. Und diese Arbeitskräfte müssen dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen bringen können, damit die Alliierten in den kommenden Monaten nicht in eine schwierige Lage geraten.

Stalin: Vielleicht nimmt Herr Attlee zur Kenntnis, daß Polen ebenfalls unter den Kriegsfolgen zu leiden hat und ebenfalls ein Verbündeter ist.

Attlee: Ja, aber es bekommt Vorteile.

Stalin: Gegenüber Deutschland. So soll es auch sein.

Attlee: Nein, gegenüber den anderen Alliierten.

Stalin: Das ist bei weitem nicht so.

Truman: Ich möchte offen sagen, was ich zu dieser Frage denke. Ich kann nicht zustimmen, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 der östliche Teil weggenommen wird, und zwar im Hinblick auf die Lösung der Frage der Reparationen sowie der Lebensmittel- und Kohlenversorgung der gesamten deutschen Bevölkerung.

Churchill: Wir haben diese Frage noch nicht abgeschlossen. Daneben haben wir natürlich auch angenehmere Fragen. (*Heiterkeit*)

Truman: Ich schlage vor, die Sitzung jetzt zu schließen; vielleicht denken wir über diese Frage nach. Damit bin ich einverstanden.

Stalin: Das kann man, ich bin damit auch einverstanden.

Truman: Morgen ist die Sitzung um fünf Uhr.<<

22.07.1945

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz legt die tschechoslowakische Regierung den 3 Großmächten am 22. Juli 1945 Pläne für die "geordnete Aussiedlung" der Deutschen und Magyaren aus der CSR vor (x039/229).

Konferenz von Potsdam: Sechste Plenarsitzung vom 22. Juli 1945 (x867/...): >>(Truman eröffnet die Sitzung.)

Stalin: Ich möchte mitteilen, daß die sowjetischen Truppen heute mit dem Abzug ihrer Truppen in Österreich begonnen haben, wo sie sich in einigen Gebieten bis zu 100 km zurückziehen müssen. Der Abzug wird am 24. Juli abgeschlossen sein. In Wien sind die Vorausabteilungen der alliierten Truppen bereits eingezogen.

Churchill: Wir sind dem Generalissimus sehr dankbar, daß er die Erfüllung des Abkommens so schnell in Angriff genommen hat.

Truman: Auch die amerikanische Regierung spricht ihren Dank aus.

Stalin: Wozu der Dank, wir sind dazu verpflichtet.

(Die englische Delegation berichtet ferner, daß die Außenminister auf ihrer Vormittagssitzung folgende Fragen erörtert haben:

Erste Frage - die Erklärung von Jalta über das befreite Europa.

Die Minister haben sich mit dem Memorandum befaßt, das die USA-Delegation am 21. Juli vorgelegt hat. Dieses Memorandum betraf drei Fragen: erstens die Beobachtung der Wahlen in einigen europäischen Ländern; zweitens die Schaffung günstiger Bedingungen für die Vertreter der Weltpresse in den befreiten Ländern und ehemaligen Vasallenländern; drittens das Verfahren in der Arbeit der Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn.

Die britische Delegation hat sich mit dem Memorandum der USA einverstanden erklärt. Die sowjetische Delegation hat sich mit dem Vorschlag über die Beobachtung der Wahldurchfüh-

rung nicht einverstanden erklärt.

Was die zweite und dritte Frage betrifft, hinsichtlich der Pressevertreter und des Arbeitsverfahrens für die Kontrollkommissionen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn, so wurde beschlossen, diese Vorschläge einem Ausschuß zur Erörterung zu überweisen, dem angehören: für die USA - Cannon und Russell, für die UdSSR - Sobolew, für Großbritannien - Hayter.

Die sowjetische Delegation hat beschlossen, ein Memorandum vorzulegen, das die in letzter Zeit eingetretenen Verbesserungen im Status der britischen und amerikanischen Vertreter in den Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn darlegt. Die sowjetische Delegation hat sich auch bereit erklärt, ein Memorandum über die Veränderungen vorzubereiten, die sie im Zusammenhang mit dem Arbeitsverfahren der Alliierten Kommission in Italien für erforderlich und notwendig hält.

Zweite Frage - wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands.

Es wurde ein Bericht des Wirtschaftsausschusses vorgelegt. Die Delegation der USA hat gebeten, die Erörterung der Reparationsfrage bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Die sowjetische Delegation hat vorgeschlagen, jene wirtschaftlichen Grundsätze zu behandeln, die im Ausschuß gebilligt wurden. Die Außenminister beschlossen daher, nur die gebilligten Grundsätze zu beraten und weder strittige Grundsätze noch die Reparationsfrage zu berühren. Es wurde beschlossen, daß die Reparationsfrage als erster Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung der Außenminister am 23. Juli gesetzt wird.

Die Punkte 11, 12, 14, 15 und 17 wurden angenommen unter der Bedingung, daß über die übrigen, noch strittigen Punkte eine Einigung erzielt wird.

Was die übrigen Punkte betrifft, so kam man zu Punkt 10 überein, den letzten Satz so zu ändern, daß er folgendermaßen lautet:

"Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, empfohlen durch die interalliierte Reparationskommission und bestätigt durch die beteiligten Regierungen, entweder zu entfernen oder, falls sie nicht entfernt werden kann, zu vernichten."

Die Punkte 13, 16 und 18 wurden auf eine spätere Erörterung vertagt.

Die Minister beschlossen, der heutigen Sitzung der Regierungschefs folgende Tagesordnung vorzuschlagen:

1. Westgrenze Polens - Wiederaufnahme der Diskussion.

2. Treuhandschaft - die Frage wurde auf der gestrigen Sitzung der Regierungschefs vertagt.

3. Türkei - die Frage wurde ebenfalls auf der gestrigen Sitzung vertagt.

4. Teilweise Veränderung der Westgrenze der UdSSR - Vorschläge der sowjetischen Delegation.

5. Iran - das Memorandum wurde von der Delegation des Vereinigten Königreiches am 21. Juli vorgelegt.

Es wurde beschlossen, einige weitere Punkte auf die morgige Sitzung der Außenminister zu vertagen. Es sind dies folgende Fragen:

1. Zusammenarbeit bei der Lösung dringender europäischer Wirtschaftsprobleme - Vorschläge der USA-Delegation.

2. Direktive der Regierungschefs hinsichtlich der Kontrolle über Deutschland gemäß den von ihnen vereinbarten Grundsätzen - Vorschlag der USA-Delegation.

3. Tanger - Vorschlag der sowjetischen Delegation.

4. Syrien und Libanon-Vorschläge der sowjetischen Delegation.)

Truman: Sind Sie damit einverstanden, daß diese Punkte den Außenministern zur Beratung auf ihrer morgigen Sitzung übergeben werden?

Churchill: Ich weiß nicht, was es mit den Vorschlägen zu Syrien und Libanon auf sich hat. Diese Frage berührt uns mehr als jeden anderen Staat. Meine Kollegen berührt diese Frage

nicht, denn dort sind lediglich britische Truppen beteiligt. Natürlich hatten wir Schwierigkeiten mit Frankreich wegen dieser Frage. Wir sind bereit, uns aus Syrien und Libanon zurückzuziehen, wir haben dort nichts verloren. Aber gegenwärtig geht das nicht, denn sobald die Engländer abziehen, wird man anfangen, die Franzosen umzubringen. Ich möchte wissen, woran speziell gedacht ist, bevor ich eine Entscheidung treffen kann. Vielleicht kann das hier geschehen?

Stalin: Bitte. Es geht um folgendes. Die Regierung Syriens hat sich an die Sowjetunion gewandt, wir sollten uns in diese Angelegenheit einschalten. Bekanntlich haben wir uns in einer Note zu dieser Frage an die französische, britische und amerikanische Regierung gewandt. Wir wünschten eine entsprechende Information dazu, weil auch wir daran interessiert sind. Natürlich kann man die Frage vorher auf der Sitzung der Außenminister behandeln.

Churchill: Ich bin dafür, daß die ersten drei Punkte den Außenministern zur Behandlung überwiesen werden, daß aber die Frage Syrien und Libanon hier erörtert wird.

Stalin: Bitte.

Truman: Ich schlage vor, die ersten drei Fragen den Außenministern zu übergeben und die Frage Syrien und Libanon hier durch die Regierungschefs zu behandeln, nachdem die auf der Tagesordnung stehenden Fragen erledigt sind.

Gehen wir zum ersten Punkt der Tagesordnung über - Westgrenze Polens. Der Standpunkt der amerikanischen Regierung zu dieser Frage wurde gestern dargelegt.

Churchill: Ich habe gehört, Herr Präsident, daß Sie sagten, Sie hätten Ihren Standpunkt bereits gestern dargelegt. Ich habe zu den bereits geäußerten Auffassungen ebenfalls nichts hinzuzufügen.

Truman: (zu Stalin) Haben Sie etwas hinzuzufügen?

Stalin: Haben Sie sich mit der Erklärung der polnischen Regierung bekannt gemacht?

Ja, ich habe sie gelesen.

Churchill: Dieses Schreiben von Bierut?

Stalin: Ja, das Schreiben von Bierut und Osobka-Morawski.

Churchill: Ja, ich habe es durchgelesen.

Stalin: Beharren die Delegationen weiterhin auf ihrer vorherigen Meinung?

Truman: Das ist offensichtlich.

Stalin: Die Frage bleibt offen.

Truman: Können wir zur nächsten Frage übergehen?

Churchill: Was heißt das - bleibt offen? Das bedeutet, daß nichts dazu unternommen wird?

Truman: Wenn die Frage offen bleibt, können wir sie noch einmal erörtern.

Churchill: Es bleibt zu hoffen, daß diese Frage bis zu unserer Abreise ausreift.

Stalin: Vielleicht.

Churchill: Es wäre sehr schade, wenn wir auseinandergingen, ohne diese Frage entschieden zu haben, die unbedingt in den Parlamenten der ganzen Welt erörtert werden wird.

Stalin: Dann lassen Sie uns die Bitte der polnischen Regierung erfüllen.

Churchill: Dieser Vorschlag ist für die britische Regierung völlig unannehmbar. Ich habe gestern eine ganze Reihe von Gründen genannt, warum dieser Vorschlag unannehmbar ist. Es wird Polen nicht gut bekommen, ein so großes Territorium zu besitzen. Es wird zur Untergrabung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands führen und den Besatzungsmächten im Hinblick auf die Versorgung des westlichen Teils Deutschlands mit Lebensmitteln und Brennstoffen eine außerordentliche Last aufbürden.

Wir haben überdies einige moralische Bedenken, ob eine Umsiedlung dieser Größenordnung erwünscht ist. Wir stimmen einer Umsiedlung im Prinzip zu, aber in der gleichen Größenordnung, in der Bevölkerung östlich der Curzonlinie umgesiedelt wird. Wenn es allerdings um die Umsiedlung von acht oder neun Millionen Menschen geht, so halten wir das für falsch.

Die Meldungen zu dieser Frage sind sehr widersprechend. Nach unseren Angaben gibt es dort acht oder neun Millionen Menschen; nach sowjetischen Angaben sind diese Menschen alle von dort weggegangen. Uns scheint, solange diese Meldungen nicht überprüft sind, können wir von unseren Zahlen ausgehen; solange wir nicht die Möglichkeit haben zu überprüfen, was dort wirklich vorgeht. Ich könnte noch weitere Ursachen anführen, doch ich will die Konferenz nicht belasten.

Stalin: Ich möchte gegen die Gründe, die Herr Churchill angeführt hat, keine Einwände vorbringen, aber eine Reihe von Gründen halte ich doch für besonders wichtig.

Über Brennstoffe. Man sagt, Deutschland behält keine Brennstoffe. Aber es bleibt doch das Rheinland, dort gibt es Brennstoffe. Es wird Deutschland keine nennenswerten Schwierigkeiten bereiten, wenn es die schlesische Kohle verliert; die wichtigsten Brennstoffvorkommen Deutschlands liegen im Westen.

Die zweite Frage - die Umsiedlung der Bevölkerung. Es gibt in diesen Gebieten keine acht, keine sechs, keine drei und keine zwei Millionen Bevölkerung. Die Leute dort sind entweder zur Armee eingezogen worden und sind dann gefallen oder gefangengenommen worden, oder sie haben diese Gebiete verlassen. Es sind nur wenige Deutsche in diesem Gebiet geblieben. Aber das kann man überprüfen. Könnte man es nicht so einrichten, daß wir die Meinung der polnischen Vertreter über die Grenze Polens anhören?

Churchill: Ich kann diesen Vorschlag zur Zeit nicht unterstützen angesichts der Meinung, die der Präsident hier zur Einladung der Vertreter Jugoslawiens geäußert hat.

Stalin: Man soll die Vertreter Polens zum Rat der Außenminister in London einladen und sie dort anhören.

Truman: Ich habe keine Einwände dagegen.

Churchill: Aber Herr Präsident, der Rat der Außenminister wird doch erst im September zusammentreten.

Stalin: Und dann wird der Rat die Vertreter der polnischen Regierung nach London einladen.

Churchill: Um die Information zu überprüfen?

Stalin: Bis dahin werden alle drei Seiten Informationen eingeholt haben.

Churchill: Das bedeutet doch aber nur die Überweisung einer schwierigen Frage von dieser Konferenz an den Rat der Außenminister, dabei kann doch diese Konferenz die Frage entscheiden.

Stalin: Ich meine auch, daß sie es kann. Ausgehend von dem Beschluß der Krim-Konferenz, sind wir verpflichtet, die Meinung der polnischen Regierung zur Frage der Westgrenze Polens anzuhören.

Truman: Das ist richtig. Ich denke, daß man den sowjetischen Vorschlag, der Rat der Außenminister solle Vertreter der polnischen Regierung nach London einladen, annehmen soll. Das schließt aber natürlich keinesfalls die Möglichkeit aus, diese Frage auf der gegenwärtigen Konferenz zu erörtern.

Stalin: Ich schlage vor, die Vertreter der polnischen Regierung zum Rat der Außenminister im September nach London einzuladen und dort ihre Meinung anzuhören.

Churchill: Das ist eine andere Frage. Ich dachte, es geht um die Überprüfung der Angaben über die Zahl der Deutschen in diesen Gebieten.

Stalin: Es geht um die Westgrenze Polens.

Churchill: Aber wie kann man dort die Grenzfrage entscheiden, wo doch diese Frage auf der Friedenskonferenz entschieden werden soll?

Truman: Ich halte es für nützlich, die Polen im Rat der Außenminister in London anzuhören.

Stalin: Richtig.

Churchill: Ich bedaure, daß die Entscheidung einer so wichtigen und dringenden Frage einem Organ überlassen wird, das weniger Autorität besitzt als unsere Konferenz.

Stalin: Dann laßt uns die Polen hierher einladen, und wir hören sie hier an.

Churchill: Ich würde dies vorziehen, da die Frage drängt. Es ist aber nicht schwer vorauszu-
sehen, was die Polen fordern werden. Sie werden natürlich mehr fordern als das, wozu wir
zustimmen können.

Stalin: Wenn wir aber die Polen einladen, können sie uns nicht vorwerfen, daß wir die Frage
entschieden haben, ohne sie anzuhören. Ich möchte, daß seitens der Polen kein solcher Vor-
wurf gegen uns erhoben werden kann.

Churchill: Ich erhebe keine Vorwürfe gegen sie.

Stalin: Nicht Sie, sondern die Polen werden sagen: Man hat die Grenzfrage entschieden, ohne
uns zu hören.

Churchill: Ich habe jetzt verstanden.

Truman: Muß man die Frage so schnell entscheiden? Ich wiederhole, meines Erachtens muß
die endgültige Entscheidung dieser Frage der Friedenskonferenz überlassen werden, wir selbst
können diese Frage nicht entscheiden. Aber ich denke, daß die Erörterung dieser Frage hier
sehr nützlich war, und sie schließt auch eine weitere Erörterung nicht aus. Ich bin mir nur
nicht im klaren darüber, wie dringlich diese Frage ist.

Stalin: Wenn sie nicht dringlich ist, dann überweisen wir diese Frage an den Rat der Außen-
minister. Das kann nicht schaden.

Truman: Das schließt aber nicht die Möglichkeit aus, diese Frage auch hier noch weiter zu
erörtern.

Churchill: Herr Präsident, bei allem Respekt möchte ich bemerken, daß diese Frage von be-
stimmter Dringlichkeit ist. Wird die Entscheidung in dieser Frage aufgeschoben, so wird die
bestehende Lage fixiert. Die Polen werden mit der Nutzung dieser Gebiete beginnen, sie wer-
den sich dort festsetzen, und wenn der Prozeß fort dauert, so wird es sehr schwer werden, dann
irgendeinen anderen Beschluß zu fassen. Deshalb hoffe ich nach wie vor, daß wir hier zu ir-
gendeinem Abkommen gelangen, damit wir wissen, in welchem Zustand sich die polnische
Frage befindet.

Ich kann mir nicht vorstellen, wie diese Frage vom Rat der Außenminister in London gelöst
werden kann, wenn wir hier nicht in der Lage waren, ein Abkommen zu erzielen. Wenn wir
diese Frage nicht entscheiden, bleibt das Lebensmittel- und Brennstoffproblem offen, die Le-
bensmittel- und Brennstoffversorgung der deutschen Bevölkerung wird uns, vor allem den
Engländern, aufgebürdet, da deren Besatzungszone das geringste Lebensmittelaufkommen
besitzt. Wenn der Rat der Außenminister nach Anhören der Polen zu keinem Abkommen ge-
langen kann, so wird die Frage für unbestimmte Zeit aufgeschoben. Indessen wird der Winter
hereinbrechen, und es wird immer noch kein Abkommen geben.

Ich möchte sehr gern entgegenkommen und einen Ausweg aus den praktischen Schwierigkei-
ten finden, von denen gestern Generalissimus Stalin sprach, aus den Schwierigkeiten, die sich
im Ablauf der Ereignisse ergaben. Wir wären bereit, Ihnen einen Kompromißvorschlag zur
Prüfung vorzulegen, der für die Zwischenzeit, vom gegenwärtigen Zeitpunkt bis zur Friedens-
konferenz, gültig wäre. Ich schlage vor, eine provisorische Linie zu ziehen, wobei das Gebiet
östlich dieser Linie von den Polen als Teil Polens bis zur endgültigen Regelung der Frage auf
der Friedenskonferenz besetzt würde; westlich von dieser Linie könnten die Polen, sofern sie
sich dort befinden, als Vertreter der Sowjetregierung in der Sowjetunion zugeteilten Zone
fungieren.

Ich hatte nach der Konferenz von Teheran mehrere Gespräche mit dem Generalissimus, und
es scheint mir, daß wir in allgemeinen Zügen zugestimmt haben, daß das neue Polen seine
Grenzen nach dem Westen bis zur Oder verschieben soll. Aber diese Frage ist nicht so ein-
fach. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalissimus und mir bestehen darin:
Die britische Regierung räumt zwar ein, daß Polen sein Territorium vergrößern soll, ist aber

nicht bereit, so weit zu gehen wie die sowjetische Regierung. Wenn ich von der Linie an der Oder spreche, so meine ich die Linie, von der wir vor zwei Jahren in Teheran sprachen, wobei von einer genauen Grenzfestlegung nicht die Rede war.

Jetzt sind wir bereit, der Konferenz den provisorischen Grenzverlauf Polens zur Prüfung zu unterbreiten. Wenn man die Frage bis September vertagt und den Rat der Außenminister veranlaßt, sie mit den Polen zu erörtern, so bedeutet das, daß die Frage nicht vor dem Winter entschieden wird. Ich würde es bedauern, wenn wir hier nicht im Prinzip zu einem Abkommen über diese Frage kämen. Ich meine, wenn diese Frage vertagt und dem Rat der Außenminister zur Erörterung unter Teilnahme der Polen überwiesen wird, so wird uns eine solche Lösung nichts nützen.

Unsere Position hinsichtlich dieser Gebiete und dieser Linie ist völlig klar. Ich möchte hier einen praktischen Ausweg aus der Situation finden. Doch wenn diese Frage dem Rat der Außenminister übergeben wird, so wird die Entscheidung darüber allzu sehr hinausgezogen. Ich sehe die Frage nicht als hoffnungslos an, im Sinne ihrer Entscheidung hier. Ich bin überzeugt, daß wir eine Kompromißlösung finden könnten. Wir könnten den Polen alles geben, was wir entscheiden, ihnen zu geben, und den übrigen Teil des Gebietes unter Verwaltung der sowjetischen Regierung belassen.

Meines Erachtens ist es sinnlos, diese Frage bis September ohne Entscheidung zu lassen. Wenn wir diese Frage nicht entscheiden, so wird das einen Mißerfolg unserer Konferenz bedeuten.

Ich wiederhole noch einmal: Wenn wir den Ausdruck "Oderlinie" gebraucht haben, hatten wir nur annähernd diese Linie im Auge. Die von uns vorgeschlagene Linie sollte man sich auf der Karte ansehen. An einer Stelle überschreitet unsere Linie sogar die Oder.

Ich wende mich an die Konferenz mit der Bitte, ihre Versuche zum Erreichen einer Vereinbarung in dieser Frage fortzusetzen, wenn nicht heute, dann an einem anderen Tage, denn wenn sich die Außenminister im September treffen und, sagen wir, zwei Wochen mit den Polen diskutieren werden, wobei die Sowjetunion eine Ansicht vertreten wird, die USA und Großbritannien hingegen eine andere, kann sich die Frage erneut als unlösbar erweisen, oder wir erreichen die Lösung zu spät. Wie wird dann die Lage Berlins sein? Berlin erhält einen Teil seiner Kohle aus Schlesien.

Stalin: Berlin bekommt Kohle nicht aus Schlesien, sondern aus Torgau (Sachsen), so wie früher.

Churchill: Die Frage der Kohle für Berlin ist sehr wichtig, da diese Stadt von uns besetzt ist.

Stalin: Sollen sie welche aus dem Ruhrgebiet holen und aus Zwickau.

Churchill: Das ist die sogenannte Braunkohle?

Stalin: Nein, das ist gute Steinkohle. Die Braunkohle läßt sich gut zu Briketts verarbeiten, und die Deutschen haben gute Brikettfabriken. Sie haben allerhand Möglichkeiten.

Churchill: Ich sage nur, daß sie einen Teil der Kohle für Berlin aus Schlesien bekommen haben.

Stalin: Bevor die britischen Truppen das Gebiet von Zwickau besetzt hatten, holten die Deutschen die Kohle für Berlin von da. Nach dem Abzug der alliierten Truppen aus Sachsen nach dem Westen bekam Berlin Kohle aus Torgau.

Truman: Wenn Sie gestatten, möchte ich noch einmal die Haltung der USA zu dieser Frage darlegen.

Stalin: Bitte.

Truman: Ich möchte hier Stellen aus dem Beschluß der Krim-Konferenz zitieren.

"Nach Ansicht der Chefs der drei Regierungen soll die Ostgrenze Polens entlang der Curzon-Linie verlaufen, wobei sie in einigen Gebieten 5 bis 8 km zugunsten Polens davon abweichen soll. Die drei Regierungschefs erkennen an, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs

im Norden und im Westen erhalten muß. Sie sind der Ansicht, daß die Meinung der neuen polnischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieses Gebietszuwachses zu gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist."

Dieses Abkommen wurde von Präsident Roosevelt, Generalissimus Stalin und Premierminister Churchill erzielt. Ich bin mit dieser Entscheidung einverstanden. Ich verstehe sehr gut die Schwierigkeiten, von denen Generalissimus Stalin gestern sprach. Ich verstehe auch gut die Schwierigkeiten hinsichtlich der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung, über die gestern Premierminister Churchill gesprochen hat. Aber ich meine, daß diese Schwierigkeiten nichts am Wesen der Sache ändern.

Stalin: Wenn Sie es nicht überdrüssig sind, diese Frage zu erörtern, bin ich bereit, noch einmal das Wort zu ergreifen. Ich gehe ebenfalls von diesem Beschluß der Krim-Konferenz aus, den der Präsident gerade zitiert hat. Aus dem genauen Sinn dieses Beschlusses geht hervor, daß wir, nachdem sich die Regierung der Nationalen Einheit in Polen gebildet hat, die Meinung der neuen polnischen Regierung zur Frage der Westgrenze Polens zur Kenntnis nehmen mußten.

Die polnische Regierung hat ihre Meinung mitgeteilt. Jetzt haben wir zwei Möglichkeiten: entweder die Meinung der polnischen Regierung über die Westgrenze Polens zu bestätigen, oder wir müssen, wenn wir mit den polnischen Vorschlägen nicht einverstanden sind, die polnischen Vertreter anhören und erst danach die Frage entscheiden.

Ich halte es für zweckmäßig, die Frage auf unserer Konferenz zu entscheiden und, da keine Übereinstimmung mit der Meinung der polnischen Regierung besteht, ihre Vertreter hierher einzuladen und sie anzuhören. Aber es wurde hier die Meinung geäußert, es wäre unnötig, die Polen zu dieser Konferenz einzuladen. Wenn dem so ist, dann kann man die Frage dem Rat der Außenminister übergeben.

Ich möchte Herrn Churchill und den anderen, die bei der Krim-Konferenz zugegen waren, die Ansicht in Erinnerung rufen, die damals Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill vertraten und der ich zustimmte. Herr Churchill sprach vom Verlauf der Westgrenze Polens entlang der Oder, von der Mündung immer entlang der Oder bis zur Mündung der Neiße in die Oder, und zwar östlich der Neiße. Ich trat für eine Linie westlich der Neiße ein. Nach dem Schema von Präsident Roosevelt und Herrn Churchill blieben Stettin und auch Breslau und das Gebiet westlich der Neiße bei Deutschland.

(Zeigt auf der Karte den Grenzverlauf.)

Hier wird die Frage der Grenzen behandelt und kein provisorischer Grenzverlauf. Diese Frage läßt sich nicht umgehen. Wenn Sie mit den Polen einverstanden wären, könnte man einen Beschluß fassen, ohne Vertreter der polnischen Regierung hierher einzuladen. Aber da Sie die Meinung der polnischen Regierung nicht teilen und Abänderungen wünschen, wäre es gut, wenn wir die Polen hierher einladen und ihre Meinung anhören. Das ist eine prinzipielle Frage.

Churchill: Ich möchte im Namen der britischen Regierung meine Einwände gegen die Einladung der Polen nach hier zurückziehen, damit wir versuchen, die Annahme irgendeines praktischen Beschlusses zu erreichen, der bis zur endgültigen Regelung der Frage auf der Friedenskonferenz gültig wäre.

Truman: Ich habe keine Einwände dagegen, daß die Vertreter der polnischen Regierung hierher eingeladen werden. Sie können hier mit unseren Außenministern sprechen.

Stalin: Richtig.

Churchill: Und dann könnten die Ergebnisse der mit ihnen geführten Verhandlungen den Regierungschefs vorgelegt werden.

Stalin: Richtig, richtig.

Churchill: Wer schickt ihnen die Einladung zu?

Stalin: Meines Erachtens der Vorsitzende.

Truman: Gut. Gehen wir zur nächsten Frage über. Ich denke, daß die sowjetische Delegation einen Vorschlag zur Treuhandschaft hat.

(Die sowjetische Delegation legt ihre Vorschläge zur Frage der Treuhandschaft dar und erklärt, daß das, was in ihren schriftlich vorgelegten Vorschlägen formuliert ist, sich aus den Beschlüssen der Konferenz von San Francisco ergibt. Sie legt weiter dar, daß, nachdem die Hauptfrage betreffs der Treuhandschaft durch die Charta der Organisation der Vereinten Nationen entschieden ist, vor der Konferenz der Regierungschefs konkret die Frage der Territorien steht.

Die sowjetische Delegation äußert die Meinung, daß die Konferenz kaum in der Lage ist, diese Frage im Detail zu behandeln, sie könnte aber erstens die Frage der Kolonialbesitzungen Italiens in Afrika und an der Mittelmeerküste und zweitens die Frage der Territorien, die Mandatsgebiete des Völkerbundes sind, erörtern. Die sowjetische Delegation erläutert weiter, daß in ihren Vorschlägen zwei Varianten einer möglichen Lösung der Frage der ehemaligen italienischen Kolonien dargelegt sind. Sie schlägt vor, diese Frage an die Beratung der Außenminister zur Behandlung zu überweisen.)

Churchill: Natürlich ist der Meinungsaustausch über jede beliebige Frage möglich. Doch wenn es sich erweist, daß die Meinungen der Seiten auseinandergehen, bleibt als einziges Ergebnis die Tatsache, daß wir eine angenehme Erörterung hatten. Mit scheint, daß die Frage der Mandate in San Francisco entschieden wurde.

Truman: Gestatten Sie mir, den Artikel aus der Charta der Organisation der Vereinten Nationen vorzulesen, der die Frage der Treuhandschaft behandelt.

"1. Das Treuhandschaftssystem findet auf folgende Kategorien von Gebieten Anwendung, die durch Treuhandschaftsabkommen in dieses System einbezogen werden:

- a) Gebiete, die gegenwärtig unter Mandat stehen;
- b) Gebiete, die infolge des zweiten Weltkrieges von Feindstaaten abgetrennt werden;
- c) Gebiete, die von den für ihre Verwaltung verantwortlichen Staaten freiwillig dem System unterstellt werden.

2. Es wird Gegenstand einer späteren Übereinkunft sein, welche Gebiete der genannten Kategorien in das Treuhandschaftssystem einbezogen werden und unter welchen Bedingungen das geschieht."

Ich denke, daß die sowjetischen Vorschläge sich auf den zweiten Punkt dieses Artikels beziehen. Ich bin einverstanden mit dem Vorschlag der sowjetischen Delegation, diese Frage den Außenministern zur Behandlung zu überweisen.

Churchill: Wir haben dem zugestimmt, was in San Francisco angenommen wurde, aber mehr nicht. Da die Frage der Treuhandschaft in den Händen einer internationalen Organisation liegt, bin ich im Zweifel, ob ein Meinungsaustausch zu dieser Frage hier wünschenswert ist.

Truman: Ich denke, daß es hier durchaus angebracht sein wird, diese Frage ebenso zu behandeln wie auch die Frage über Polen oder jede andere Frage.

Churchill: Die Frage über Polen wurde nicht von einer internationalen Organisation behandelt.

Wir haben unseren Standpunkt zur Frage der Treuhandschaft in Jalta vertraulich und in San Francisco offen dargelegt. Unsere Haltung ist klar und unabänderlich.

Truman: Die Position Großbritanniens wird voll und ganz durch den Artikel 2 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen gesichert, und ich sehe keinen Grund, warum diese Frage hier nicht behandelt werden könnte.

Stalin: Aus der Presse ist beispielsweise bekannt, daß Herr Eden im englischen Parlament erklärt hat, Italien habe seine Kolonien ein für allemal verloren. Wer hat das entschieden?

Wenn Italien sie verloren hat, wer hat sie gefunden? (*Heiterkeit*) Das ist eine sehr interessante Frage.

Churchill: Ich kann darauf antworten. Durch ständige Anstrengungen, unter großen Verlusten und durch glänzende Siege hat die britische Armee allein diese Kolonien erobert.

Stalin: Und die Rote Armee hat Berlin eingenommen. (*Heiterkeit*)

Churchill: Ich möchte meine Erklärung zu Ende führen, da der Herr Präsident die Worte in Zweifel zieht, "die britische Armee hat allein erobert". Ich meine folgende italienische Kolonien: Italienisch-Somalia, Eritrea, Cyrenaika und Tripolis, die wir allein, unter sehr schwierigen Bedingungen erobert haben.

Truman: Wir brauchen sie nicht. Wir haben selbst genug arme Italiener, die ernährt werden müssen.

Churchill: Wir haben die Frage geprüft, ob einige dieser Kolonien sich nicht zur Ansiedlung der Juden eignen. Aber wir sind der Meinung, daß es für die Juden nicht günstig wäre, sich dort anzusiedeln.

Natürlich haben wir starke Interessen im Mittelmeer, und jede Veränderung des Status quo in diesem Gebiet würde unsererseits eine lange und sorgfältige Prüfung erfordern.

Es ist uns nicht ganz klar, was unsere russischen Verbündeten wollen.

Stalin: Wir möchten wissen, ob Sie der Ansicht sind, daß Italien seine Kolonien für immer verloren hat. Wenn Sie der Ansicht sind, daß es diese Kolonien verloren hat, welchen Staaten werden wir dann die Treuhandschaft übertragen? Wir möchten das wissen. Sollte es verfrüht sein, darüber zu sprechen, so können wir warten, aber irgendwann wird man sich dazu äußern müssen.

Churchill: Natürlich müssen wir die Frage entscheiden, ob man Italien dessen Kolonien abnimmt, wozu wir durchaus berechtigt sind.

Stalin: Diese Frage muß noch entschieden werden.

Churchill: Und wenn sie weggenommen werden, wozu wir durchaus berechtigt sind, so ist die Frage zu entscheiden, wem die Treuhandschaft übertragen wird. Die Frage, welche Kolonien Italien wegzunehmen sind, unterliegt der Entscheidung auf der Friedenskonferenz, und die Frage der weiteren Verwaltung dieser Gebiete unterliegt der Zuständigkeit einer internationalen Organisation.

Stalin: Kann man Herrn Churchill so verstehen, daß diese Konferenz hier nicht bevollmächtigt ist, diese Frage zu prüfen?

Churchill: Unsere Konferenz kann diese Frage nicht entscheiden, sie muß von der Friedenskonferenz entschieden werden. Wenn aber unsere "Troika" zu einer Einigung kommt, so wird das natürlich eine große Bedeutung haben.

Stalin: Mein Vorschlag geht nicht dahin, diese Frage zu entscheiden, sondern sie zu prüfen. Ich meine, daß unsere Konferenz natürlich kompetent ist, diese Frage zu prüfen.

Churchill: Wir prüfen diese Frage jetzt. Ich habe keine Einwände, wenn der Generalissimus sagt, was er will, und ich bin einverstanden, unverzüglich diese Frage zu prüfen.

Stalin: Es geht hier nicht um den Generalissimus, sondern darum, daß die Frage nicht behandelt ist und daß sie behandelt werden muß.

Churchill: Welche Frage denn eigentlich?

Stalin: Die Frage, die von der sowjetischen Delegation eingebracht wurde.

Truman: Ich bin einverstanden mit dem Vorschlag der sowjetischen Delegation, diese Frage den Außenministern zur Behandlung zu überweisen.

Stalin: Das ist eine andere Sache.

Truman: Wir haben keine Einwände gegen diesen Vorschlag.

Churchill: Ich habe auch keine Einwände, mit Ausnahme dessen, daß wir alle Fragen unseren Ministern überweisen.

Truman: Das ist ganz natürlich.

Churchill: Mir scheint, daß es viele dringlichere Fragen gibt, die man entscheiden sollte, so lange wir uns hier befinden. Wir haben entschieden, daß die Frage des Friedensvertrages mit Italien durch den Rat der Außenminister im September vorrangig behandelt wird, und dann steht automatisch die Frage, was mit diesen italienischen Kolonien zu geschehen hat. Ich bin dagegen, unsere Außenminister auch noch mit dieser Frage zu belasten. Aber es wird möglich sein, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Minister Zeit finden, sich mit dieser Frage zu befassen.

Stalin: Überweisen wir an die Minister.

Truman: Ich unterstütze diesen Vorschlag.

Churchill: Überweisen wir diese Frage an die Außenminister, aber unter der Bedingung, daß sie ihre Arbeit an vordringlicheren Fragen nicht verzögern.

Stalin: Nicht doch, ohne diese Vorbehalte. Mit solchen Vorbehalten überweist man eine Frage nicht. Entweder überweisen oder nicht überweisen.

Churchill: Wenn Sie darauf bestehen, so gebe ich nach.

Truman: Wir überweisen diese Frage den Außenministern zur Behandlung. ...

(Die sowjetische Delegation übergibt dann den Delegationen der USA und Englands Vorschläge über das Gebiet Königsberg.)

Truman: Ich möchte vorschlagen, daß diese Frage den Außenministern zur Behandlung überwiesen wird.

Ich habe noch eine Frage. Wir haben uns bereits geeinigt, Vertreter der polnischen Regierung hierher einzuladen. Meines Erachtens werden die Journalisten erfahren wollen, zu welchem Zweck Vertreter der polnischen Regierung geladen werden, und mir scheint, daß es zweckmäßig wäre, ein Kommuniqué dazu herauszugeben.

Stalin: Vor Ankunft der Polen?

Truman: Ja, vor Ankunft.

Stalin: Meines Erachtens ist es möglich.

Churchill: Das widerspricht dem Prinzip, das wir bisher befolgt haben.

Stalin: Das macht nichts, man kann ein Kommuniqué herausgeben, man kann es auch sein lassen. Ich bin mit dem und mit jenem einverstanden.

Churchill: Soll man den Zweck ihrer Ankunft angeben?

Stalin: Mir scheint, daß es nicht nötig ist, den Zweck anzugeben.

Churchill: Ich bitte, den Zweck der Ankunft nicht anzugeben.

Truman: Angenommen, ohne Angabe des Zwecks.

Stalin: Gut.

(Dann macht die sowjetische Delegation eine Mitteilung über die Lage sowjetischer Kriegsgefangener in Italien. Sie teilt mit, daß es sich um das Lager Nr. 5 handelt, das im Gebiet der Stadt Cesenatico unter Kontrolle der britischen Behörden steht und in dem sich hauptsächlich Ukrainer befinden. Die sowjetische Delegation teilt mit, daß die britischen Behörden ursprünglich erklärt hätten, im Lager befänden sich 150 Mann, als jedoch der sowjetische Vertreter das Lager besichtigte, fand er 10.000 Ukrainer vor, aus denen das englische Kommando eine ganze Division gebildet hatte.

Es waren zwölf Regimenter aufgestellt, darunter ein Nachrichtenregiment und ein Pionierbataillon. Zu Offizieren hatte man vorwiegend ehemalige Petljura-Leute ernannt, die früher in der Hitlerwehrmacht Kommandoposten bekleidet hatten. Die sowjetische Delegation weist abschließend darauf hin, daß beim Besuch des sowjetischen Offiziers im Lager 625 Mann den Wunsch geäußert hatten, unverzüglich in die Sowjetunion zurückzukehren.)

Churchill: Wir begrüßen jede Beobachtung von Ihrer Seite. Ich werde telegraphisch einen Sonderbericht anfordern. Möglicherweise gab es dort zahlreiche Polen.

Stalin: Nein, es waren dort nur Ukrainer, sowjetische Staatsangehörige.

Churchill: Wann war das etwa?

Stalin: Wir haben heute das Telegramm erhalten, und ereignet hat sich das in den letzten Monaten.

Churchill: Ich habe bisher nichts davon gehört.

(Truman schließt die Sitzung und legt die folgende Sitzung für morgen um fünf Uhr fest.)<<

23.07.1945

Bei der Potsdamer Konferenz wird während der siebten Plenarsitzung am 23. Juli 1945 die Abtretung von "Königsberg und Umgebung" erörtert. Über das Schicksal der zurückgebliebenen ostpreussischen Bevölkerung diskutiert man überhaupt nicht (x150/14).

24.07.1945

Eine polnische Delegation begründet während der achten Plenarsitzung der Potsdamer Konferenz am 24. Juli 1945 die Notwendigkeit der Oder-Neiße-Linie. Polen soll ein Staat ohne nationale Minderheiten werden. Das Schicksal der Minderheiten wird nicht diskutiert (x150/14). US-Präsident Truman informiert Stalin am 24. Juli 1945 "beiläufig" über den erfolgreichen Atombombentest in Los Alamos, um ihn einzuschüchtern (x116/68).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schreibt später über Stalins Reaktion während der Potsdamer Konferenz am 24. Juli 1945 hinsichtlich des erfolgreichen Atombombenversuches in Los Alamos (x068/257-258): >>... Der Kremlchef registrierte dies höflich, doch ohne Neugier. Er wußte über die allgemeine Entwicklung bereits Bescheid.

Die Sowjetspionage funktionierte so vorzüglich, daß Stalin Vorhaben der USA oft früher erfuhr als manche von deren maßgeblichen Politikern. Während des Krieges saßen US-Bürger als Spione Moskaus in den wichtigsten Regierungs- und Staatsstellen. Im Außenministerium zum Beispiel: Alger Hiss ...

Der Sowjetspion Alger Hiss war nicht nur persönlicher Berater Roosevelts in Jalta, sondern auch Generalsekretär der Konferenz in San Franzisko. Über den Sowjetagenten Harry Dexter White, Unterstaatssekretär im Finanzministerium und Vater des Morgenthau-Plans, berichtet FBI-Chef Edgar Hoover 1945 dem Präsidenten:

"Das einzige, was gegen Harry Dexter White unternommen wurde, war, daß man ihm im folgenden Jahr einen noch wichtigeren Posten beim Internationalen Währungsfonds gab. ... Ein hoher Regierungsbeamter, der Spionage beschuldigt, wird auf einen noch höheren Posten befördert, wo er Zugang zu noch geheimem Material hat und eine noch größere Rolle bei der Gestaltung der Nachkriegspolitik spielt".

Als das genaue Ausmaß des sowjetischen Spionagerings in den USA unter Truman durchsickerte, ... fiel man aus einer jahrzehntelangen fast unglaublichen Naivität ins andere Extrem. Eine wahre Massenhysterie entstand, und man witterte beinahe hinter allem und jedem bolschewistische Agenten. ...<<

25.07-1945

Während der Potsdamer Konferenz vom 25. Juli 1945 geht es vor allem um die Anzahl der umzusiedelnden Ost- und Sudetendeutschen (x150/14-15): >>Die Polen geben zu, daß sich 1,5 Millionen Deutsche in dem von ihnen im Westen besetzten Gebiet befinden. ...

(Churchill meinte dagegen), es gebe 2,5 Millionen Sudetendeutsche und etwa 150.000 Reichsdeutsche, die die Tschechoslowaken "loswerden" wollten. ... Das ist ein großes Unternehmen, 2,5 Millionen Menschen umzusiedeln. Aber wohin soll man sie umsiedeln? ...

(Stalin antwortet später:) Mir scheint, die Umsiedlung ist schon erfolgt! ...

(Churchill entgegnet jedoch:) "Wir glauben nicht, daß schon eine große Anzahl Deutscher von

dort fortgegangen ist, und vor uns bleibt das Problem stehen, wie diese Frage zu lösen ist. ... Mögen sich die Außenminister mit dieser Frage beschäftigen und die Fakten feststellen. ...<< Stalin und Truman stimmen danach Churchills Vorschlag zu.

Konferenz von Potsdam: Neunte Plenarsitzung vom 25. Juli 1945 (x867/...): >>**Truman:** Gestern wurde vorgeschlagen, heute die Diskussion über die Westgrenze Polens fortzusetzen.

Stalin: Gut.

Truman: Ich erinnere mich, daß Herr Churchill einen Ergänzungsvorschlag hatte.

Churchill: Ich habe nichts hinzuzusetzen. Ich hatte ein Gespräch mit der polnischen Delegation, und heute vormittag hatte ich das Vergnügen, mich erneut mit Herrn Bierut zu treffen. Gestern hatte Herr Eden mit der polnischen Delegation eine Aussprache. Die Polen bestätigten, daß sich in dem Gebiet, das sie im Westen besetzt haben, eineinhalb Millionen Deutsche befinden. Ich meine, daß diese Frage mit der Reparationsfrage im Zusammenhang steht sowie mit der Frage über die Besetzungszonen der vier Mächte in Deutschland.

Truman: Ich halte die Bemerkung von Herrn Churchill für richtig. Herr Byrnes hat sich ebenfalls mit der polnischen Delegation getroffen und beabsichtigt, sie noch einmal zu treffen. Gestatten Sie mir, folgenden Vorschlag zur Verfahrensweise zu machen. Da Herr Byrnes und Herr Eden die Aussprachen fortsetzen werden, meine ich, daß es nützlich wäre, unsere Diskussion zu dieser Frage bis Freitag zu vertagen.

Stalin: Gut.

Truman: Die nächste Frage unserer Tagesordnung ist die Frage über die deutsche Kriegs- und Handelsflotte. Ich denke, daß wir bereits eine Einigung über diese erzielt haben.

Churchill: Natürlich müssen die konkreten Vorschläge zu dieser Frage geprüft werden. Ich denke, daß wir uns jetzt mit diesen konkreten Vorschlägen befassen.

Truman: Minister Byrnes hat mir gesagt, daß sein Stellvertreter, Clayton, und Admiral Land sich mit dieser Frage beschäftigt und konkrete Vorschläge ausgearbeitet haben. Ich bin bereit, diese Frage zu jeder Zeit zu prüfen, würde es aber vorziehen, zunächst Herrn Byrnes zu hören und mich mit den Dokumenten zu dieser Frage, die ich eben erst erhalten habe, vertraut zu machen.

(Es wurde beschlossen, die Behandlung dieser Frage zu vertagen.)

Churchill: Es gibt noch eine Frage, die zwar nicht auf der Tagesordnung steht, die man aber erörtern sollte, und zwar die Frage der Überführung der Bevölkerung. Es gibt eine große Zahl von Deutschen, die aus der Tschechoslowakei nach Deutschland überzuführen sind.

Stalin: Die tschechoslowakischen Behörden haben diese Deutschen evakuiert, und sie befinden sich gegenwärtig in Dresden, in Leipzig und Chemnitz.

Churchill: Wir schätzen, daß es 2,5 Millionen Sudetendeutsche gibt, die überzuführen sind. Außerdem wünschen die Tschechoslowaken, daß die 150.000 deutschen Bürger schnellstens das Land verlassen, die seinerzeit aus dem Reich in die Tschechoslowakei übergeführt wurden. Nach unserer Information haben erst 2.000 von diesen 150.000 Deutschen die Tschechoslowakei verlassen. Das ist eine große Sache, 2,5 Millionen Menschen überzuführen. Aber wohin soll man sie überführen? In die russische Zone?

Stalin: Der Großteil von ihnen geht in die russische Zone.

Churchill: Wir wollen sie nicht in unserer Zone haben.

Stalin: Wir haben das auch gar nicht vorgeschlagen. *(Heiterkeit)*

Churchill: Wenn sie kommen, so wollen sie auch essen. Mir scheint, daß die Überführung noch gar nicht richtig begonnen hat.

Stalin: Aus der Tschechoslowakei?

Churchill: Ja, aus der Tschechoslowakei. Vorläufig erfolgt die Überführung nur in geringem Umfang.

Stalin: Ich verfüge über Informationen, daß die Tschechen eine Mitteilung an die Deutschen

ergehen lassen und sie dann aussiedeln. Was die Polen betrifft, so haben sie eineinhalb Millionen Deutsche zurückgehalten, um sie bei der Ernteeinbringung einzusetzen. Sowie die Ernte in Polen abgeschlossen ist, werden die Polen die Deutschen aus Polen evakuieren.

Churchill: Meines Erachtens sollte man das nicht tun, wenn man die Fragen der Lebensmittelversorgung, der Reparationen usw. bedenkt, das heißt Fragen, die noch nicht gelöst sind. Wir sind jetzt in eine Lage geraten, bei der die Polen Lebensmittel und Brennstoffe haben und wir die Bevölkerung. Die Versorgung dieser Bevölkerung lastet als schwere Bürde auf uns.

Stalin: Man muß sich in die Lage der Polen versetzen. Fünfeinhalb Jahre hindurch haben ihnen die Deutschen viel Leid und Entbehrungen zugefügt.

Truman: Ich habe gestern sehr aufmerksam die Ausführungen Präsident Bieruts zu dieser Frage gehört. Ich habe Verständnis für die Polen und die Russen und verstehe die Schwierigkeiten, vor denen sie stehen. Meine Position habe ich hinreichend klar dargelegt.

Ich möchte meinen Kollegen erklären, welche Vollmachten ich in Fragen der friedlichen Regelung habe. Wenn wir hier Fragen erörtern, die in den Friedensvertrag aufgenommen werden müssen, so ist Ihnen allen sicherlich verständlich, daß dieser Vertrag entsprechend unserer Verfassung nur mit Einverständnis des USA-Senats abgeschlossen werden kann. Wenn ich hier diesen oder jenen Vorschlag, der auf der Konferenz vorgebracht wird, unterstütze, so bedeutet das unbedingt, daß ich alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um auch eine Sanktionierung dieses Beschlusses durch den Senat zu sichern. Man kann natürlich nicht garantieren, daß dies auch unbedingt angenommen wird.

Ich muß Ihnen sagen, die politische Stimmung in Amerika ist derart, daß ich nicht jeden Vorschlag hier unterstützen kann, ohne der Unterstützung durch unsere öffentliche Meinung gewiß zu sein. Ich gebe diese Erklärung nicht deshalb ab, um die Grundlage zu ändern, auf der die Erörterung der Fragen mit meinen Kollegen erfolgt, sondern um klarzumachen, welche Möglichkeiten ich im Hinblick auf die verfassungsmäßige Macht habe. Ich möchte sagen, bei Abschluß der Friedensverträge muß ich die Tatsache in Rechnung stellen, daß sie der Zustimmung des USA-Senats bedürfen.

Stalin: Betrifft die Äußerung des Präsidenten nur die Friedensverträge oder alle Fragen, die hier erörtert werden?

Truman: Das bezieht sich nur auf jene Abkommen und Verträge, die gemäß der Verfassung dem USA-Senat zur Bestätigung vorzulegen sind.

Stalin: Das heißt, alle übrigen Fragen können entschieden werden.

Truman: Wir können hier jede beliebige Frage entscheiden, wenn diese Frage nicht der Vorlage im Senat zwecks Ratifizierung bedarf.

Stalin: Das heißt, nur die Frage der Friedensverträge bedarf der Ratifizierung durch den Senat?

Truman: Das ist richtig. Ich verfüge über ausgedehnte Vollmachten, aber ich will sie nicht mißbrauchen.

Churchill: Ich schlage vor, zur Frage der polnischen Ausdehnung nach dem Westen zurückzukehren.

Stalin: Wir haben uns auf diese Frage nicht vorbereitet, die Frage wurde zufällig gestellt. Mit einem Meinungs austausch bin ich natürlich einverstanden. Aber sie jetzt zu lösen ist außerordentlich schwierig.

Churchill: Ich möchte diese Frage heute nicht erörtern. Ich möchte nur sagen, daß diese Frage eine Kernfrage des Gelingens der gesamten Konferenz ist. Wenn die Konferenz ihre Arbeit, sagen wir nach zehn Tagen, abschließt, ohne eine Entscheidung über Polen gefällt zu haben, und wenn die Frage der gleichen Verteilung von Lebensmitteln auf dem gesamten Gebiet Deutschlands nicht geregelt wird, so bedeutet das alles zweifellos einen Fehlschlag der Konferenz. Wir werden dann zum Vorschlag von Herrn Byrnes zurückkehren müssen, daß jeder mit

dem auskommen muß, was er in seiner Zone hat. Ich hoffe, daß wir ein Abkommen über diese Fragen erzielen, die zum Kern unserer gesamten Arbeit gehört. Wir müssen zugeben, daß wir bislang keinerlei Fortschritt erzielt haben.

Truman: Ich bin mit der Meinung des Premierministers einverstanden, daß wir in diesen Fragen keinerlei Fortschritt haben.

Stalin: Ich denke, daß die Frage der Versorgung ganz Deutschlands mit Kohle und Metall eine weitaus größere Bedeutung hat. Das Ruhrgebiet liefert neunzig Prozent des Metalls und achtzig Prozent der Steinkohle.

Churchill: Wenn die Kohle aus dem Ruhrgebiet in die russische Zone geliefert wird, so müssen diese Lieferungen mit Lebensmitteln aus dieser Zone bezahlt werden.

Stalin: Wenn das Ruhrgebiet im Bestand Deutschlands verbleibt, so muß es ganz Deutschland versorgen.

Churchill: Und warum darf man dann keine Lebensmittel aus Ihrer Zone entnehmen?

Stalin: Darum, weil dieses Gebiet an Polen geht.

Churchill: Aber wie werden die Arbeiter im Ruhrgebiet diese Kohle produzieren, wenn sie nichts zu essen haben, und woher können sie die Lebensmittel nehmen?

Stalin: Es ist längst bekannt, daß Deutschland stets Lebensmittel, insbesondere Getreide, eingeführt hat. Wenn Deutschland nicht genügend Getreide und Lebensmittel hat, so wird es diese kaufen.

Churchill: Wie kann es dann die Reparationen bezahlen?

Stalin: Es kann sie bezahlen, Deutschland hat noch so allerlei behalten.

Churchill: Die Ruhrkohle liegt zwar in unserer Zone, aber ich kann nicht die Verantwortung für eine Regelung übernehmen, die dazu führt, daß in der britischen Zone diesen Winter Hunger herrschen wird, während die Polen sämtliche Lebensmittel für sich behalten.

Stalin: Das ist nicht richtig. Kürzlich baten sie, ihnen mit Getreide zu helfen; es fehlt ihnen an Getreide, sie baten um Brot bis zur neuen Ernte.

Churchill: Ich hoffe, daß der Generalissimus einige meiner Schwierigkeiten anerkennt, ebenso wie wir seine Schwierigkeiten anerkennen. Bei uns in England werden wir in diesem Winter den größten Kohlenmangel haben, da es uns an Kohle fehlt.

Stalin: Warum? England hat stets Kohle exportiert.

Churchill: Deshalb, weil die Bergleute noch nicht demobilisiert sind, weil es bei uns an Arbeitskräften in der Kohlenindustrie fehlt.

Stalin: Es gibt genügend Gefangene. Bei uns arbeiten die Gefangenen im Kohlenbergbau, ohne sie wäre es sehr schwer. Wir stellen unsere Kohlenreviere wieder her und setzen dazu die Gefangenen ein. 400.000 deutsche Soldaten sitzen bei Ihnen in Norwegen, sie sind nicht einmal entwaffnet, und man weiß nicht, worauf sie dort warten. Dort haben Sie Arbeitskräfte.

Churchill: Ich wußte nicht, daß sie nicht entwaffnet sind. In jedem Falle ist es unsere Absicht, sie zu entwaffnen. Aber ich weiß nicht genau, wie dort die Lage ist, diese Frage wurde vom Generalstab der Alliierten Expeditionstreitkräfte geregelt. In jedem Falle werde ich Erkundigungen einziehen.

Ich möchte nochmals wiederholen und Sie darauf hinweisen, daß uns deshalb Kohle fehlt, weil wir sie nach Frankreich, Belgien und Holland exportieren. Und zu einer Zeit, wo es uns an Kohle für diesen Winter fehlt, verstehen wir nicht, warum die Polen die Möglichkeit haben, die Kohle aus einem Gebiet zu verkaufen, das ihnen noch nicht gehört.

Stalin: Sie haben Kohle aus dem Revier von Dabrowa verkauft. Das ist ihr Gebiet.

Ich bin nicht gewohnt zu klagen, aber ich muß sagen, daß unsere Lage noch schlechter ist. Wir haben mehrere Millionen Tote, es fehlt bei uns an Menschen. Wollte ich anfangen zu klagen, fürchte ich, Sie hier zu Tränen zu rühren, so schwer ist die Lage in Rußland. Aber ich möchte Ihnen keine Unannehmlichkeiten bereiten.

Churchill: Wir kontrollieren das Ruhrgebiet und wären bereit, Ruhrkohle gegen Lebensmittel zu tauschen.

Stalin: Diese Frage ist zu überlegen.

Churchill: Ich erwarte nicht, daß wir heute zu irgendeiner Entscheidung kommen, aber ich möchte, daß die Teilnehmer der Konferenz während der kurzen Unterbrechung darüber nachdenken, daß ihnen die Entscheidung einer großen Frage bevorsteht.

Truman: Wenn wir heute nichts mehr zu erörtern haben, schlage ich vor, diese Frage den Außenministern zur Behandlung zu überweisen.

Churchill: Am Freitag, um fünf Uhr, treffen wir uns erneut.

Eden: Wir haben eine Benachrichtigung von Dr. Benes erhalten, in der der Wunsch ausgedrückt wird, daß wir hier die Frage der Überführung der Deutschen aus der Tschechoslowakei erörtern. Können die Außenminister sich mit dieser Frage befassen?

Stalin: Mir scheint, daß die Überführung bereits durchgeführt ist.

Churchill: Wir meinen nicht, daß eine große Zahl von Deutschen bereits von da weg ist, und vor uns steht nach wie vor das Problem, wie diese Frage zu lösen ist.

Stalin: Bitte schön.

Churchill: Mögen sich die Außenminister mit dieser Frage befassen und die Tatsachen feststellen.

Stalin: Gut.

Truman: Ich bin einverstanden.

Bis zur Unterbrechung möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf den Vorschlag lenken, den ich über die internationalen Binnenwasserstraßen unterbreitet habe. Ich denke, daß die Außenminister auch diesen Vorschlag von mir beraten können.

(Stalin und Churchill äußern ihre Zustimmung.)

Daraufhin übergibt die sowjetische Delegation dem Präsidenten der USA und dem Premierminister ein Memorandum über Behinderungen, denen sowjetische Bürger in Österreich und in Deutschland bei der Repatriierung ausgesetzt sind, sowie ein Memorandum über die in Norwegen stehenden, nicht entwaffneten deutschen Truppen, wovon in der Sitzung der Regierungschefs die Rede war.)

Churchill: Ich kann aber versichern, daß wir beabsichtigen, diese Truppen zu entwaffnen.

Stalin: Ich zweifle nicht daran. *(Heiterkeit)*

Churchill: Wir halten sie nicht in Reserve, um sie plötzlich aus dem Ärmel zu schütteln. Ich werde sofort einen Bericht darüber anfordern. ...<<

26.07.1945

Nach Churchills Wahlniederlage bei den britischen Unterhauswahlen tritt der Premierminister am 26. Juli 1945 zurück und verläßt die Potsdamer Konferenz. Mit Churchill räumt der letzte erfahrene und ernstzunehmende Außenpolitiker der westlichen Alliierten das Feld. Danach sind Stalins Pläne nicht mehr zu verhindern.

Churchill berichtet später in seinem Buch "Der Zweite Weltkrieg" über seinen Rücktritt am 26. Juli 1945 wegen der Wahlniederlage bei den britischen Parlamentswahlen (x024/126):
>>Diese letzte Konferenz der "Drei" endete mit einer großen Enttäuschung. ... Vielleicht hätte man in Potsdam noch etwas retten können, aber die Auflösung der britischen Nationalen Regierung und meine Entfernung vom Schauplatz zu einem Zeitpunkt, da ich immer noch großen Einfluß und große Macht besaß, vereitelten jede befriedigende Lösung. ...<<

28.07.1945

Die Potsdamer Konferenz wird am 28. Juli 1945 (zehnte Plenarsitzung) mit dem unerfahrenen britischen Labour-Chef Premierminister Attlee (1883-1967, von 1922-24 Privatsekretär des

Labour-Parteiführers, ab 1935 Vorsitzender der Labour-Party, 1945-1951 britischer Ministerpräsident) fortgesetzt.

31.07.1945

Die große deutsche Hafenstadt Stettin, die bisher noch nicht ernsthaft als Abtretungsobjekt erwähnt worden ist, wird während der Potsdamer Konferenz am 31. Juli 1945 trotz ihrer Lage (westlich der Oder) dem polnischen Territorium zugeordnet. Nachdem Stalin die maßlosen sowjetischen Reparationsforderungen reduziert, stimmen die sichtlich erschöpften Westalliierten irgendwann gedankenlos und leichtfertig den sowjetisch-polnischen Gebietsforderungen zu.

US-Außenminister Byrnes stellt lediglich fest, daß die Festlegung der Oder-Neiße-Linie erst nach Abschluß eines Friedensvertrages erfolgen würde und deshalb nicht endgültig sei. Stalin bestätigt diese Feststellung (x039/229).

Konferenz von Potsdam: Elfte Plenarsitzung vom 31. Juli 1945 (x867/...): >>**Truman:** Über die gestrige Sitzung der Außenminister wird Herr Bevin berichten.

Bevin: Ich schlage vor, keinen gesonderten Bericht zu erstatten, da fast alle Fragen der gestrigen Tagesordnung der Sitzung der Außenminister auf der heutigen Tagesordnung für die Sitzung der "großen Drei" stehen.

(Bevins Vorschlag wird angenommen.)

Truman: Der erste Punkt unserer Tagesordnung - Vorschläge der USA über die deutschen Reparationen, über die Westgrenze Polens und über die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Herr Byrnes wird jetzt über diese Vorschläge berichten.

Byrnes: Unsere Vorschläge zur Frage der Reparationen wurden als Teil eines Gesamtvorschlages eingebracht, der die drei strittigen Fragen betrifft. Diese Fragen sind; Fragen der Reparationen, Fragen der Westgrenze Polens und Fragen der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Alle diese drei Fragen sind miteinander verbunden. Die USA-Delegation hat auf der Sitzung der Außenminister erklärt, daß sie Zugeständnisse im Hinblick auf die Westgrenze Polens und die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen macht unter der Bedingung, daß in allen drei Fragen eine Einigung erzielt werden kann.

Stalin: Sie sind nicht miteinander verbunden, es sind verschiedene Fragen.

Byrnes: Das ist richtig, es sind verschiedene Fragen, aber sie standen vor uns im Verlaufe von zwei Wochen, und wir vermochten keine Einigung darüber zu erzielen. Die USA-Delegation hat ihre Vorschläge zu allen diesen drei Fragen eingebracht in der Hoffnung, eine Einigung zu erzielen. Wir erklären jedoch hier noch einmal, daß wir nicht bereit sind, Zugeständnisse bezüglich der polnischen Grenze zu machen, wenn keine Einigung in den zwei anderen Fragen erzielt wird.

In unseren Vorschlägen über die Reparationen, die auf der gestrigen Sitzung der Minister erörtert wurden, war vorgesehen, daß 25 Prozent der industriellen Ausrüstung des Ruhrgebiets, die überflüssig ist zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft, der Sowjetunion im Austausch gegen Lebensmittel, Kohle, Zink, Kalium, Erdölprodukte, Holz usw. aus der sowjetischen Zone übergeben werden. Außerdem schlugen wir vor, 15 Prozent dieser industriellen Ausrüstung aus dem Ruhrgebiet, die als überflüssig für die Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft erachtet wird, der Sowjetunion ohne Bezahlung oder Tausch zu übergeben.

In der gestrigen Diskussion erklärte die britische Delegation, daß sie sich nicht damit einverstanden erklären kann, daß all dies aus dem Ruhrgebiet übergeben wird, daß sie aber einer Übergabe der Ausrüstung aus allen Westzonen an die Sowjetregierung zustimmen kann. Wir erklärten uns einverstanden, daß der einzige Unterschied zwischen dem englischen und dem amerikanischen Vorschlag in der Höhe des Prozentsatzes besteht, und wenn man die Prozentsätze auf alle drei westlichen Besatzungszonen bezieht, so muß ihre Höhe auf die Hälfte des

für das Ruhrgebiet festgesetzten gesenkt werden, und zwar statt 25 Prozent werden es 12,5 Prozent und statt 15 Prozent 7,5 Prozent sein.

Die sowjetische Delegation stimmte diesem Vorschlag nicht zu, die amerikanische und britische Delegation hingegen vertraten die Ansicht, daß dies in administrativer Hinsicht bedeutend einfacher sein wird. Wir waren desgleichen der Auffassung, daß die Entnahme aus allen drei Westzonen auch für die Sowjetunion bedeutend vorteilhafter wäre.

Stalin: Wir halten es ebenfalls für richtig, die Entnahme nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern aus allen Westzonen vorzunehmen.

Byrnes: Das bietet Ihnen eine größere Auswahl in bezug auf die Ausrüstung, da diese Ausrüstung sowohl aus der amerikanischen wie auch aus der englischen und französischen Zone kommen kann.

Auf der Sitzung der Außenminister wurde vorgeschlagen, daß die Frage entschieden werden muß, wer über die Ausrüstung bestimmt, die nicht zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft benötigt wird und für Reparationen zur Verfügung steht. Die sowjetische Delegation war der Meinung, daß genau festzulegen ist, wer die Menge und den Charakter der industriellen Ausrüstung bestimmt, die nicht für die Friedenswirtschaft benötigt wird und für Reparationen zur Verfügung steht.

Ich schlug vor, daß diese Festlegung durch den Kontrollrat erfolgt, gemäß den Richtlinien der alliierten Reparationskommission, und die endgültige Entscheidung von dem Kommandierenden der Zone getroffen wird, aus der die Entnahme dieser Ausrüstung erfolgen soll. Ich schlug vor, daß diese Festlegung vom Kontrollrat getroffen wird, da im Kontrollrat alle vier Mächte vertreten sind und der Kontrollrat ein Verwaltungsorgan ist, das Exekutivfunktionen hat, während die Reparationskommission ein Organ ist, das sich mit der Ausarbeitung der generellen Politik im Hinblick auf die Reparationen befaßt.

Ich wiederhole hier den Vorschlag, den ich gestern unterbreitet habe, und zwar, daß die Entnahme der industriellen Ausrüstung innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein soll und die Lieferungen an die Sowjetunion im Austausch gegen Lieferungen aus ihrer Besatzungszone innerhalb von fünf Jahren erfolgen sollen. Ich schlug desgleichen vor, daß die Reparationsansprüche der anderen Länder aus den westlichen Besatzungszonen zu befriedigen sind.

Die beiden anderen Fragen, von denen ich sprach und die in unseren Vorschlägen miteinander verbunden werden, das ist die Frage der Westgrenze Polens und die Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Wir stimmen der Lösung dieser Fragen zu unter der Bedingung, daß Übereinstimmung in der Hauptfrage, der Reparationsfrage, erzielt wird.

Entsprechend unserem Vorschlag über die polnische Westgrenze wird der polnischen Regierung das Recht gewährt, eine Verwaltung in dem gesamten Gebiet zu bilden, das die Polen gefordert haben.

Was die Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen betrifft, so haben wir vor drei Tagen unseren Vorschlag zurückgezogen. Wir bringen jedoch nunmehr erneut einen Vorschlag zu dieser Frage ein, dessen Fassung, wie wir hoffen, die Sowjetunion zufriedenstellt.

Die Fassung des Vorschlages, die wir vor vier Tagen erörtert haben, lautete:

"Die drei Regierungen sind, jede gesondert für sich, einverstanden, in nächster Zeit die Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu prüfen." Die englische Delegation hat erklärt, daß dies für sie unakzeptabel sei, da die englische Regierung einer Herstellung voller diplomatischer Beziehungen zu einem Lande, mit dem sie sich im Kriegszustand befindet, nicht zustimmen kann. Daraufhin stellte der sowjetische Regierungschef die Anfrage, ob die englische Regierung bereit ist, die Regierungen dieser Länder voll oder teilweise anzuerkennen. Deshalb bringe ich jetzt einen Vorschlag in folgender Fassung ein:

"Die drei Regierungen kommen überein, jede für sich in naher Zukunft im Lichte der dann vorherrschenden Bedingungen die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu untersuchen, soweit dies vor Abschluß von Friedensverträgen mit diesen Ländern möglich ist."

Ich hoffe, daß unsere sowjetischen und englischen Freunde bereit sein werden, unseren Vorschlag in dieser Fassung zu akzeptieren.

Stalin: Ich habe im Prinzip keine Einwände gegen diese Fassung.

Byrnes: Wir haben desgleichen vorgeschlagen, einen neuen Punkt hinzuzusetzen, wonach die drei Regierungen dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß im Hinblick auf die veränderten Umstände, bedingt durch das Kriegsende in Europa, die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen, der Welt über die Ereignisse in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland zu berichten. Das ist fast die gleiche Fassung, auf die wir uns im Falle Polens einigten.

Stalin: Das kann man akzeptieren, aber man sollte den Wortlaut ändern und statt "die drei Regierungen geben dem Wunsch Ausdruck" - "die drei Regierungen zweifeln nicht, daß ..." usw. setzen.

Byrnes: Was die USA betrifft, so ist das für uns akzeptabel. Ich meine, daß wir dieses Dokument jetzt annehmen sollten, wie es ist.

Wir haben also drei Vorschläge eingebracht, und ich hoffe sehr, daß alle drei Vorschläge hier angenommen werden.

Stalin: Wir haben Vorschläge über die Reparationen.

(Es werden dann die folgenden Vorschläge der sowjetischen Delegation zur Frage der Reparationen aus Deutschland vorgelesen:

"1. Jede Regierung entnimmt Reparationen aus ihrer Besatzungszone. Diese haben zwei Formen: einmalige Entnahmen aus dem Nationalvermögen Deutschlands [Ausrüstung, Materialien], die innerhalb von zwei Jahren nach der Kapitulation vorgenommen werden, und jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, die innerhalb von zehn Jahren nach der Kapitulation vorgenommen werden.

2. Die Reparationen haben das Ziel, die schnellste Wiederherstellung der durch die deutsche Okkupation heimgesuchten Länder zu fördern unter Beachtung der Notwendigkeit einer allseitigen Einschränkung des Rüstungspotentials Deutschlands.

3. Über die aus der eigenen Zone entnommenen Reparationen hinaus erhält die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen:

a) 15 Prozent derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen Ausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrie, die nach Festlegung des Kontrollrats in Deutschland gemäß dem Bericht der Reparationskommission in den Westzonen der Entnahme auf Reparationskonto unterliegt; diese Ausrüstung wird der Sowjetunion im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Kali, Holz, keramischen Erzeugnissen und Erdölprodukten innerhalb von fünf Jahren übergeben;

b) 10 Prozent der industriellen Ausrüstung, die aus den westlichen Zonen auf Reparationskonto entnommen wird, ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art.

Die Festlegung des Umfangs der Ausrüstung und Materialien, die aus den Westzonen auf Reparationskonto zu entnehmen sind, muß spätestens innerhalb von drei Monaten erfolgen.

4. Außerdem erhält die UdSSR auf Reparationskonto:

a) für 500 Millionen Dollar Aktien von Industrie- und Transportbetrieben in den Westzonen;

b) 30 Prozent der Auslandsanlagen Deutschlands;

c) 30 Prozent des deutschen Goldes, das in die Verfügung der Verbündeten gelangt ist.

5. Die UdSSR übernimmt die Regelung der Reparationsforderungen Polens aus ihrem eigenen Reparationsanteil. Die USA und Großbritannien tun das gleiche im Hinblick auf Frankreich, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und Norwegen.")

Stalin: Herr Byrnes hatte hier vorgeschlagen, daß diese drei Fragen alle zu einem Paket zusammengefaßt werden. Ich verstehe seinen Standpunkt. Er schlägt die Taktik vor, die er für zweckmäßig hält. Jede Delegation ist berechtigt, einen solchen Vorschlag einzubringen, aber die sowjetische Delegation wird unabhängig davon zu jeder Frage gesondert ihre Stimme abgeben.

Die russische Delegation hat ihre Vorschläge gemacht. Die Hauptfrage, die Differenzen und Meinungsverschiedenheiten verursacht, ist die Frage der Reparationen aus Deutschland. Wir haben unsere Überlegungen dargelegt. Sie haben wahrscheinlich bemerkt, daß die russische Delegation sich den Standpunkt der amerikanischen Delegation zu eigen gemacht hat, denn sie hat darauf verzichtet, eine bestimmte Summe und Mengen zu benennen, und ist auf Prozentsätze übergegangen.

Vom Hauptthema abschweifend, möchte ich etwas über die Entnahmen sagen, die von den Engländern aus der russischen Besatzungszone vor deren Einnahme durch die sowjetischen Truppen vorgenommen wurden. Es handelt sich um den Abtransport von Waren und Ausrüstung. Überdies gibt es eine Niederschrift des sowjetischen Militärkommandos darüber, daß die amerikanischen Behörden vom gleichen Territorium 11.000 Waggons weggeschafft haben. Was mit diesem Eigentum wird, weiß ich nicht.

Wird dieses Eigentum den Russen zurückgegeben oder auf irgendeine Art und Weise erstattet? Jedenfalls haben die Amerikaner und Engländer Ausrüstung nicht nur aus ihrer Zone abtransportiert, sondern auch aus der russischen Zone, und wir haben aus ihren Zonen keinen einzigen Waggon weggeschafft und keinerlei Ausrüstung aus ihren Betrieben entnommen. Die Amerikaner hatten versprochen, nichts wegzuschaffen, haben es aber doch getan.

Jetzt zur Sache selbst. Ich meine, daß es möglich ist, sich über die Frage der Reparationen aus Deutschland zu einigen. Was sind die wichtigsten Leitsätze des amerikanischen Planes? Erstens - jeder nimmt Entnahmen aus seiner Zone vor. Wir sind damit einverstanden. Zweitens - es wird nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern aus allen Westzonen Ausrüstung entnommen. Diesen zweiten Leitsatz haben wir akzeptiert. Dritter Leitsatz - ein Teil der aus den Westzonen entnommenen Reparationen wird innerhalb von fünf Jahren durch ein entsprechendes Äquivalent aus der russischen Zone abgedeckt. Dann der vierte Leitsatz - daß der Kontrollrat den Umfang der Entnahmen aus den Westzonen festlegt. Auch das ist akzeptabel.

Worüber bestehen demnach noch Meinungsverschiedenheiten? Uns interessiert die Frage der Fristen, die Frage, wann die Berechnung des Umfangs der Reparationen abgeschlossen ist. Das ist im amerikanischen Entwurf nicht enthalten. Wir möchten eine Frist von drei Monaten festlegen.

Byrnes: Die Frage der Fristen muß vereinbart werden.

Stalin: Es handelt sich um die Frist für die Festlegung des Umfangs der Reparationen. Irgendeine Frist muß vorgeschlagen werden. Wir schlagen drei Monate vor. Ist das ausreichend?

Truman: Meines Erachtens ist das ausreichend.

Attlee: Das ist eine kurze Frist. Ich muß noch etwas nachdenken.

Stalin: Nachdenken kann natürlich nicht schaden. Drei, vier, fünf Monate, aber eine Frist ist festzulegen.

Attlee: Ich schlage sechs Monate vor.

Stalin: Gut, einverstanden.

Bleibt da noch der Prozentsatz der Entnahmen. Auch hier kann eine Einigung erzielt werden. Ein Prozent mehr oder weniger ist nicht entscheidend. Ich meine, daß die Engländer und Amerikaner uns bei der Festlegung des Prozentsatzes der Entnahmen entgegenkommen werden. Wir haben in diesem Krieg sehr viel Ausrüstung verloren, schrecklich viel. Und ich rechne damit, daß Herr Attlee unseren Vorschlag unterstützen wird.

Attlee: Nein, das kann ich nicht.

Stalin: Denken Sie nach und unterstützen Sie uns.

Attlee: Ich habe gestern den ganzen Tag darüber nachgedacht. *(Heiterkeit)*

Stalin: Was soll man tun? Ich denke, daß man erreichen muß, daß sich in dieser Frage alle einig sind.

Bevin: Im sowjetischen Dokument fehlen die Worte, die ich gestern gebrauchte, und zwar, "Ausrüstung, die für die Friedenswirtschaft unnötig ist".

(Die sowjetische Delegation trägt noch einmal den entsprechenden Teil ihrer Vorschläge zur Reparationsfrage vor.)

Bevin: Ich schlage vor, daß Sie meinen Satz übernehmen, da er meine Gedanken genau wiedergibt.

Stalin: Worin besteht dieser?

Bevin: Der Kontrollrat hat zunächst festzulegen, welche Menge von Ausrüstung zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft in Deutschland verbleibt.

Stalin: Das ist ein und dasselbe.

Bevin: Dann nehmen Sie vielleicht meinen Satz an?

Stalin: Und welcher Unterschied ist da?

Bevin: Ein großer Unterschied. Ich möchte nicht, daß es dabei Mißverständnisse gibt. Ihr Text kann auch anders verstanden werden, und zwar als 15 Prozent der gesamten Ausrüstung.

Stalin: Nein, wir meinen 15 Prozent der zur Entnahme bestimmten Ausrüstung, das heißt der Ausrüstung, die nicht zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft benötigt wird.

Bevin: Ich würde vorschlagen, dies in dem Dokument festzuhalten, damit völlige Klarheit herrscht.

Stalin: Und was ist hier unklar? Der Kontrollrat legt fest, welche Ausrüstung für die Friedenswirtschaft erforderlich ist. Und das, was verbleibt, das bildet das Gesamtvolumen für die Reparationen.

Byrnes: In unserer Fassung drückt dieser Satz die gemeinsame Auffassung der englischen und amerikanischen Delegation aus.

Stalin: Was schlagen Sie vor?

Byrnes: Den Umfang der Ausrüstung, die als unnötig für die Friedenswirtschaft und damit als verfügbar für die Reparationen eingeschätzt wird, legt der Kontrollrat auf Direktive der interalliierten Reparationskommission fest, und dieser unterliegt der endgültigen Billigung des Oberbefehlshabers der Zone, aus der diese Ausrüstung entnommen wird.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Byrnes: Die einzige Frage, die somit offenbleibt, ist die Frage der Prozentsätze. Wollen Sie 15 Prozent oder 10 Prozent statt 12,5 und 7,5 Prozent?

Stalin: Ja.

Byrnes: Aber außerdem wünschen Sie auf Reparationskonto für 500 Millionen Dollar Aktien von Industrieunternehmen in den Westzonen, 30 Prozent der Auslandsanlagen Deutschlands und 30 Prozent des deutschen Goldes, das in die Verfügungsgewalt der Verbündeten gelangt ist, zu bekommen. Über das Gold kann ich, soweit mir die Meinung unseres Stabes bekannt ist, sagen, daß ein Teil Gold dabei ist, das früher Eigentum anderer Länder war. Es wäre ungerecht, die Ansprüche dieser Länder abzulehnen.

Stalin: Das bezieht sich auf das deutsche Gold.

Byrnes: Nach unseren Informationen gibt es kein deutsches Gold, da die Deutschen das gesamte Gold während des Krieges zusammengeraubt haben. Wir müssen dieses Gold den Ländern zurückgeben, denen es früher gehört hat. Wenn die sowjetische Delegation darauf besteht, daß die Sowjetunion zusätzlich zu diesen Prozenten für 500 Millionen Dollar Aktien von Industrieunternehmen bekommen soll, wie dies in den sowjetischen Vorschlägen dargelegt ist, 30 Prozent der Auslandsanlagen Deutschlands und 30 Prozent des Goldes, so muß

diese Frage hier erörtert werden.

Stalin: Wir möchten das bekommen, wenn es möglich ist.

Byrnes: Was verstehen Sie unter den Auslandsanlagen Deutschlands?

Stalin: Anlagen der Deutschen einschließlich derer in Amerika.

Byrnes: Was die Anlagen in Amerika betrifft, so haben wir diese gesperrt, und es erfordert einen Gesetzgebungsakt, um die Ansprüche auf diese Fonds zu regeln. Der Kongreß soll das schon getan haben. Ich zweifle nicht, daß alle möglichen Ansprüche an diese Fonds erhoben werden von seiten der Flüchtlinge, die sich in Amerika aufhalten. Diese Frage erfordert eine juristische Lösung.

Außerdem bin ich überzeugt, daß beispielsweise in den Ländern Lateinamerikas, wo es in bestimmtem Umfang deutsche Anlagen gibt, die Regierungen dieser Länder Ansprüche an diese Mittel anmelden werden.

Stalin: Das ist möglich.

Bevin: Wir hatten uns gestern geeinigt, daß Frankreich in die Reparationskommission aufgenommen wird, um an der Bestimmung der Ausrüstung, die auf Reparationskonto zu entnehmen ist, teilzunehmen. Ich möchte, daß Frankreich in diese Kommission aufgenommen wird.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Bevin: Über die Prozente. Mir schien, daß wir Ihnen gestern auf der Sitzung der Außenminister entgegengekommen sind, indem wir 12,5 Prozent zustimmten.

Außerdem möchte ich wissen: Wird die Frage der Reparationen nicht den üblichen Warenaustausch mit Deutschland insgesamt behindern, wenn man bedenkt, worüber wir uns gestern bezüglich der wirtschaftlichen Grundsätze und des normalen Warenaustauschs in Deutschland geeinigt haben?

Stalin: Wir werden auch diese Frage erörtern, wenn wir über die wirtschaftlichen Grundsätze sprechen.

Bevin: Die Lösung der Goldfrage bereitet große Schwierigkeiten. Was die deutschen Auslandsguthaben betrifft, wären Sie bereit, sich auf Guthaben der neutralen Gebiete zu beschränken?

Stalin: Dem könnte man zustimmen.

Byrnes: Wir können keinerlei Ergänzung zu unserem Hauptvorschlag zustimmen. Ich meine dabei Punkt 4 der sowjetischen Vorschläge.

Stalin: Dann muß man den Prozentsatz erhöhen. Lassen Sie uns im dritten Punkt den Prozentsatz erhöhen, um so mehr, als Sie aus unserer Zone viel Ausrüstung weggeschafft haben. (*Heiterkeit*) Bei uns wurde schrecklich viel Ausrüstung vernichtet. Man muß wenigstens einen kleinen Teil dieser Ausrüstung ersetzen.

Truman: Ich möchte folgende Bemerkung zu den Entnahmen aus Ihrer Zone machen. Wir haben davon vor drei Tagen erfahren, als uns eine Liste dieser Ausrüstung übergeben wurde. Ich habe General Eisenhower geschrieben, er soll die Sache untersuchen und Bericht erstatten. Wenn eine solche Entnahme erfolgt ist, so versichere ich Ihnen, daß dies nicht auf Befehl der USA-Regierung erfolgt ist. Ich kann Ihnen versichern, daß wir Möglichkeiten zur Entschädigung finden werden.

Stalin: Ich schlage vor, zur Erörterung der Frage der Prozente zurückzukehren.

Truman: Wenn Sie bereit sind, den vierten Punkt zurückzuziehen, so bin ich bereit, 15 Prozent und 10 Prozent zu akzeptieren.

Stalin: Gut, ich ziehe zurück.

Bevin: Es wird uns schwerfallen, Frankreich, Belgien und Holland aus der verbleibenden Menge an Ausrüstung zu befriedigen. Ich würde 12,5 Prozent und 10 Prozent vorschlagen. Außerdem bitten wir, den vierten Punkt zurückzuziehen.

Stalin: Wir haben dem bereits zugestimmt. Die USA gehen auf unseren Vorschlag ein; war-

um wollen Sie das nicht?

Bevin: Wir sind verantwortlich für die Zone, aus der die größte Menge an Ausrüstung entnommen wird, und außerdem werden große Forderungen seitens Frankreichs, Belgiens und Hollands erhoben werden.

Byrnes: Der letzte Satz in unseren Vorschlägen lautet, daß die Ansprüche auf Reparationen seitens anderer Länder, die Anspruch auf Reparationen haben, aus den westlichen Besatzungszonen zu decken sind. Ich bitte, unsere Fassung über die Ansprüche anderer Länder zu erörtern.

Stalin: Gut, ich bin einverstanden, daß man die Länder nicht nennt, sondern das in allgemeiner Form tut.

Byrnes: Ich meine, daß dies zweckmäßig wäre, denn es hieß bereits, daß Griechenland in der Liste fehlt. Wir halten es auch für zweckmäßig, das in allgemeiner Form auszudrücken.

Stalin: Gut.

Bevin: Mir ist ein Gedanke gekommen, daß Sie, wenn Sie die von Ihnen geforderten Prozente erhalten, zusammen mit dem, was Sie aus Ihrer Zone erhalten, mehr als 50 Prozent aller deutschen Reparationen bekommen werden.

Stalin: Bedeutend weniger. Außerdem geben wir für 15 Prozent ein Äquivalent, das ist eigentlich ein Austausch von Reparationen und sind keine neuen Reparationen. Aus den Westzonen erhalten wir alles in allem 10 Prozent der Reparationen. Das sind Reparationen im eigentlichen Sinne; was die 15 Prozent betrifft, so werden sie für einen bestimmten gleichen Gegenwert gegeben. Unsere Forderungen sind minimal. Wir erhalten von Ihnen 10 Prozent, und das übrige erfolgt im Austausch; dafür zahlen wir ein Äquivalent. Ihnen verbleiben 90 Prozent. Wenn wir 7,5 Prozent der Reparationen statt 10 Prozent erhalten, so wäre das ungerecht. Ich bin dafür, daß es 15 Prozent und 10 Prozent sind. Das ist gerechter. Die Amerikaner stimmen zu. Wir steht es mit Ihnen, Herr Bevin?

Bevin: Gut, ich bin einverstanden.

Truman: Wir sind ebenfalls einverstanden.

Byrnes: Somit wird der Entwurf unseres Vorschlages mit neuen Prozentsätzen plus Festlegung der Frist für die Bestimmung der Reparationssumme angenommen.

Stalin: Es scheint, daß wir alle unsere Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage erschöpft haben. Könnte man diesen Entwurf nicht zur Schlußredaktion überweisen?

(Der Vorschlag wird angenommen; es wird eine Kommission zur Redaktion des gebilligten Beschlusses gebildet.)

Truman: Die nächste Frage - über die Westgrenze Polens.

Byrnes: Wir haben unsere Vorschläge gestern übergeben, und sie wurden auch gestern erörtert. Meines Erachtens braucht man sie nicht noch einmal vorzulesen. Wenn es Bemerkungen oder Abänderungen gibt, bin ich bereit, sie zu hören, aber ich hoffe, daß unsere sowjetischen und englischen Kollegen unseren Vorschlägen zustimmen werden.

Bevin: Was die Haltung der britischen Regierung betrifft, so habe ich die Instruktion, an der Grenze entlang der östlichen Neiße festzuhalten. Deshalb möchte ich präzisieren, worin dieser neue Vorschlag besteht. Geht diese gesamte Zone in die Hand der polnischen Regierung über und werden die sowjetischen Truppen vollständig von dort abgezogen, wie dies in den anderen Zonen der Fall war, wo die Truppen der einen Seite abgezogen und die andere Seite die Zone übernahm?

Ich hatte mich mit den Polen getroffen und sie gefragt, was sie im Hinblick auf die Erfüllung der in dem USA-Dokument erwähnten Erklärung zu tun beabsichtigen. Ich fragte sie, welche Absichten sie hinsichtlich der Durchführung freier und unbehinderter Wahlen auf der Grundlage einer geheimen Abstimmung haben. Sie versicherten mir, daß sie diese Wahlen sobald als möglich durchführen wollen und damit rechnen, sie Anfang 1946 durchzuführen. Das wird

natürlich von einigen Bedingungen abhängen, die es ihnen ermöglichen, diese Wahlen durchzuführen.

Sie erklärten sich auch mit der Pressefreiheit in Polen einverstanden und auch damit, daß ausländische Journalisten in Polen zugelassen werden und ihre Informationen ohne Zensur übermitteln können. Sie gaben mir Zusicherungen bezüglich der Glaubensfreiheit in ihrem Lande. Aber es gibt auch eine sehr wichtige Frage, und zwar die Frage der Repatriierung nicht nur von Zivilpersonen, sondern auch von Truppen, die unter alliierterem Kommando in verschiedenen Ländern stehen. Ich bat die Polen, dazu eine Erklärung abzugeben, damit wir sicher sein können, daß diesen Menschen nach ihrer Rückkehr in die Heimat die gleichen Bedingungen gewährt werden wie allen übrigen Bürgern.

Die nächste Frage, die besonders die Sowjetunion und die britische Regierung betrifft und die von der polnischen Regierung jetzt nicht geregelt werden kann, ist die Frage einer militärischen Fluglinie Warschau-Berlin-London, mit deren Hilfe die britische Regierung eine ständige Verbindung mit ihrem Botschafter in Warschau unterhalten kann. In dieser Frage möchte ich ein sofortiges Abkommen erreichen. In dem von den USA vorgelegten Dokument heißt es, daß diese Zone unter Verwaltung der polnischen Regierung stehen und keinen Bestandteil der sowjetischen Zone darstellen wird. Nach Aussage von Herrn Byrnes wird diese Zone der Verantwortung der Polen unterstehen. Ich verstehe das aber so, daß diese Zone, obgleich wir sie der Verwaltung der polnischen Regierung unterstellt haben, weiterhin der militärischen Kontrolle der Alliierten unterstehen wird.

Byrnes: Wir befinden uns in einer Situation, wo Polen, mit Einverständnis der Sowjetunion, faktisch dieses Gebiet verwaltet. Angesichts dessen einigten sich die drei Mächte, daß die Verwaltung dieses Gebietes in polnischer Hand verbleibt, damit die Auseinandersetzungen über den Status dieses Gebietes aufhören. Dabei erübrigt es sich, daß Polen einen Vertreter im Kontrollrat hat.

Bevin: Ich bestehe nicht darauf. Wenn wir alle verstehen, worum es geht, habe ich keine Einwände. Man wird mir nach der Rückkehr verschiedene Fragen stellen, und deshalb möchte ich wissen, was in dieser Zone geschehen wird. Werden die Polen diese ganze Zone nehmen, und werden die sowjetischen Truppen von dort abziehen?

Stalin: Die sowjetischen Truppen würden abziehen, wenn durch dieses Territorium nicht die Nachschubwege der Roten Armee gingen, über die Truppenteile der Roten Armee versorgt werden. Es gibt dort zwei Strecken: die eine verläuft nach Berlin vom Norden, die andere südlich von Krakow. Diese beiden Linien sind die Nachschubwege für die Versorgung der Sowjetarmee. Das ist das gleiche wie in Belgien, Frankreich und Holland.

Bevin: Ist damit auch die Truppenstärke beschränkt?

Stalin: Ja, ja. Wir haben bereits vier Fünftel aller Truppen, die sich dort während des Krieges gegen Deutschland befanden, abgezogen. Wir beabsichtigen, auch den restlichen Teil zu reduzieren. Was die Zone betrifft, die entsprechend dem eingebrachten Vorschlag an Polen geht, so verwaltet Polen de facto bereits diese Zone und hat dort seine Verwaltung; es gibt dort keine russische Verwaltung.

Bevin: Können Sie uns jetzt nicht behilflich sein mit dieser militärischen Fluglinie? Wir versuchten, uns in dieser Frage mit der polnischen Regierung zu einigen, aber sie kann gegenwärtig nicht zustimmen.

Stalin: Warum kann sie nicht zustimmen?

Bevin: Ich habe das so verstanden, daß diese Frage das sowjetische Militärkommando angeht, weil wir teilweise durch die russische Zone fliegen müssen.

Stalin: Sie fliegen ja auch jetzt durch die russische Zone nach Berlin.

Bevin: Könnten Sie zustimmen, daß wir bis Warschau fliegen?

Stalin: Wir würden dem zustimmen, wenn Sie uns Flugstrecken durch Frankreich nach Lon-

don einrichten. (*Heiterkeit*) Und außerdem muß man sich mit den Polen einigen. Ich stelle mir die Angelegenheit so vor: Von Berlin nach Warschau wird eine Flugverbindung eingerichtet, und es werden englische oder polnische Flugzeuge fliegen, entsprechend einem Vertrag zwischen England und Polen.

Was die Flugverbindung mit Moskau auf dieser Strecke betrifft, so werden von der Stelle, an der die Grenze mit Rußland beginnt, russische Flieger fliegen. Was die Befriedigung des Bedarfs der Russen an Flügen nach Paris und London betrifft, so werden dort offensichtlich englische oder französische Flugzeuge fliegen. Dann besteht eine Flugstrecke London-Paris-Moskau. So stelle ich mir die Angelegenheit vor.

Bevin: Diese Frage der Flugverbindung ist natürlich eine zu große Frage, als das sie jetzt hier entschieden werden könnte, aber wir werden stets bereit sein, diese Frage einer Fluglinie London-Moskau zu erörtern. Und jetzt bitte ich Sie, uns bei der Einrichtung der Linie London-Warschau zu unterstützen, die uns wesentliche Erleichterungen schafft.

Stalin: Ich verstehe. Ich werde alles tun, was möglich ist.

Bevin: Ich danke Ihnen!

Truman: Haben wir die polnische Frage abgeschlossen?

Stalin: Die englische Delegation ist einverstanden?

Bevin: Einverstanden.

Stalin: Die Sache geht also an die Polen, wenn ich recht verstanden habe. Gut, wir haben die Angelegenheit abgeschlossen.

Bevin: Wir müssen den Franzosen die Änderung der polnischen Grenze mitteilen.

Stalin: Bitte.

Byrnes: Unser nächster Vorschlag betrifft den Beitritt Italiens und der anderen Vasallen zur Organisation der Vereinten Nationen. Wir haben unser Dokument zu dieser Frage bereits übergeben.

Bevin: Die britische Delegation ist einverstanden.

Stalin: Unsere Abänderung wurde bereits mitgeteilt. Sie betrifft den neuen Punkt 4, genauer gesagt, den Satz, der mit den Worten beginnt: "Die drei Regierungen geben dem Wunsch Ausdruck, daß" usw. Wir schlagen vor zu sagen: "Die drei Regierungen zweifeln nicht, daß" usw.

(Truman und Attlee stimmen diesen redaktionellen Änderungen zu.)

Truman: Die Entscheidung über die wirtschaftlichen Grundsätze gegenüber Deutschland wurde bis zur Entscheidung der Reparationsfrage vertagt. Meines Erachtens wird es keine Schwierigkeiten bereiten, diese Frage zu lösen.

Byrnes: Zum Dokument der wirtschaftlichen Grundsätze habe ich zwei Vorschläge, die ich unterbreiten möchte. Der erste bezieht sich auf Punkt 13, wo von der gemeinsamen Politik hinsichtlich der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und der Zölle die Rede ist. (*Verliest die redaktionelle Abänderung, die angenommen wird.*) Außerdem schlage ich vor, in diesem Punkt einen neuen Unterpunkt "g" über das Transport- und Verkehrswesen einzufügen. Das muß ebenfalls zentralisiert werden.

Stalin: Es wird irgendein zentraler Verwaltungsapparat für Deutschland erforderlich sein. Es ist schwierig, eine gemeinsame Politik gegenüber Deutschland durchzuführen, ohne einen zentralen deutschen Apparat.

Byrnes: Das ist richtig.

Der zweite Vorschlag betrifft den Unterpunkt "d" in Punkt 14. Ich schlage vor, den letzten Satz so zu ändern, daß er folgendermaßen lautet: "Außer in Fällen, wo eine interessierte Besatzungsmacht meint, daß dies für einen unerläßlichen Import benötigt wird, kann eine Gewährung von Subsidien oder Krediten an Deutschland und die Deutschen seitens jeder beliebigen ausländischen Person oder Regierung nicht gestattet werden."

Bevin: Vielleicht wäre es besser, diesen Satz ganz wegzulassen?

Byrnes: Einverstanden. Ich habe noch eine Bemerkung. Im Ergebnis unseres Abkommens über die Reparationen meinen wir, daß der Punkt 18 entfällt.

(Stalin und Bevin bekunden ihre Zustimmung zum Wegfall dieses Punktes.)

Bevin: Es gibt noch eine Frage über den Vorrang der Bezahlung von Importen, worüber wir auf der gestrigen Sitzung der Außenminister sprachen. Die britische Delegation schlug gestern vor, in die wirtschaftlichen Grundsätze folgenden Satz einzufügen: "Die Bezahlung der genehmigten Importe nach Deutschland soll in erster Linie durch Erlöse aus dem Export von Produkten aus der laufenden Produktion und aus Warenbeständen erfolgen."

Die sowjetische Delegation schlug vor, folgenden Satz hinzuzufügen: "Was letzteren betrifft, so ist Reparationen der Vorrang gegenüber der Befriedigung anderer wirtschaftlicher Bedürfnisse einzuräumen." Die britische und die amerikanische Delegation konnten diesen sowjetischen Vorschlag nicht annehmen. Die britische Delegation bittet, ihren Vorschlag anzunehmen.

Stalin: Uns scheint, daß diese Frage völlig weggefallen ist.

Truman: Ich habe es ebenso verstanden.

Bevin: Mir scheint, daß dies der Behandlung Deutschlands als einheitliches Ganzes im Hinblick auf den Export, Import usw. widerspricht. Dadurch wird Deutschland in drei Zonen aufgeteilt, und wir werden nicht in der Lage sein, Deutschland beispielsweise in der Frage der Steuererhebung als einheitliches Ganzes zu behandeln.

Stalin: Dazu bedarf es eines zentralen deutschen Verwaltungsapparates, um über ihn auf die deutsche Bevölkerung einwirken zu können. Diese Frage wird in dem Abschnitt "Politische Grundsätze gegenüber Deutschland" behandelt werden.

Bevin: Im Prinzip sind wir mit der Bildung eines solchen zentralen Apparates einverstanden, wir haben lediglich einige Abänderungen eingebracht. Vielleicht stellt man diese Frage zurück und geht zu den politischen Grundsätzen über, dann werden wir sehen, was auch in dieser Frage getan werden kann.

(Stalin und Truman bekunden ihre Zustimmung.)

Die sowjetische Delegation bemerkt, daß sie in Zusammenhang mit der Behandlung der Frage der wirtschaftlichen Grundsätze einen Vorschlag zur Frage des Ruhrgebiets eingebracht hat, der vorsieht, daß das Ruhrindustrialgebiet als Teil Deutschlands anzusehen und über das Ruhrgebiet eine Viermächtekontrolle zu errichten ist, wozu ein entsprechender Kontrollrat aus den Vertretern der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion zu bilden ist.)

Bevin: Ich kann, wie ich bereits gestern sagte, diese Frage nicht in Abwesenheit der Franzosen behandeln. Das ist eine große prinzipielle Frage, und die Franzosen sind sehr an ihr interessiert.

Stalin: Vielleicht könnte man die Frage der Kontrolle über das Ruhrgebiet jetzt vertagen, aber den Gedanken, daß das Ruhrgebiet ein Teil Deutschlands bleibt, dieser Gedanke soll in unserem Dokument festgehalten werden.

Truman: Es ist unbedingt ein Teil Deutschlands.

Stalin: Vielleicht sollte man das in einem unserer Dokumente sagen?

Bevin: Warum wird diese Frage gestellt?

Stalin: Diese Frage wird deshalb aufgeworfen, weil auf einer der Konferenzen, auf der Teheraner Konferenz, die Frage gestellt wurde, das Ruhrgebiet aus dem Bestand Deutschlands auszugliedern als ein besonderes Gebiet unter Kontrolle eines Rates. Einige Monate nach der Teheraner Konferenz, als Herr Churchill nach Moskau kam, wurde diese Frage ebenfalls anlässlich eines Meinungs austausches zwischen den Russen und den Engländern erörtert, und wieder wurde der Gedanke geäußert, daß es gut wäre, das Ruhrgebiet als besonderes Gebiet auszugliedern.

Die Idee von der Ausgliederung des Ruhrgebietes aus dem Bestand Deutschlands entsprang der These von der Aufteilung Deutschlands. Danach erfolgte eine Sinneswandlung in dieser Frage. Deutschland bleibt ein einheitlicher Staat. Die sowjetische Delegation stellt die Frage: Sind Sie einverstanden, daß das Ruhrgebiet im Bestand Deutschlands verbleibt? Deshalb stand diese Frage hier.

Truman: Meine Meinung ist die, daß das Ruhrgebiet ein Teil Deutschlands ist und ein Teil Deutschlands bleibt.

Stalin: Es wäre gut, das in einem unserer Dokumente zu sagen. Ist die englische Delegation damit einverstanden, daß das Ruhrgebiet im Bestand Deutschlands bleibt?

Bevin: Ich kann meine Zustimmung nicht geben, da ich im Augenblick keine Vorstellung von der vorangegangenen Erörterung dieser Frage habe. Ich weiß, daß die Idee von einer Internationalisierung des Ruhrgebiets geäußert wurde, um das Kriegspotential Deutschlands zu verringern. Diese Idee wurde erörtert. Ich bin einverstanden, daß das Ruhrgebiet bis zur Entscheidung dieser Frage unter Verwaltung des Kontrollrats bleibt. Aber ich möchte die Möglichkeit haben, in dieser Frage mit meiner Regierung Rücksprache zu nehmen, und würde vorschlagen, diese Frage dem Rat der Außenminister zu übergeben, um Zeit zu haben, sie wirklich zu studieren.

(Stalin und Truman erklären sich mit dem Vorschlag Bevins einverstanden.)

Truman: Die nächste Frage - über die politischen Grundsätze.

Bevin: Die sowjetische Delegation hat einen Entwurf zur Frage der Organisation einer zentralen deutschen Verwaltung vorgelegt, die den Kontrollrat unterstützen soll. Wir schlagen vor, zu dieser Frage unseren Entwurf anzunehmen, der kürzer ist. Wir schlagen vor, für eine bestimmte Zeit überhaupt keine deutsche Zentralregierung zu schaffen.

Ich schlage vor, unseren kurzen Entwurf statt des Entwurfs der sowjetischen Delegation anzunehmen.

Stalin: Kann man annehmen.

Truman: Ich habe keine Einwände.

Bevin: Was Punkt 19 der wirtschaftlichen Grundsätze betrifft, so schlage ich vor, diesen Punkt an die Wirtschaftskommission zur Behandlung zu überweisen. Soll sie diese Frage jetzt, solange wir hier sind, behandeln.

Stalin: Soll sie ihn behandeln.

Truman: Die nächste Frage - über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen und aus der Tschechoslowakei.

Byrnes: Der Bericht der Kommission, die sich mit dieser Frage beschäftigt hat, wird in allen Teilen angenommen, bis auf den letzten Satz, der lautet: "Die Tschechoslowakische Regierung, die Polnische Regierung und die Alliierte Kontrollkommission in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und an sie die Bitte gerichtet werden, inzwischen weitere Umsiedlungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen diese Frage geprüft haben." Ich halte diesen letzten Punkt für sehr wichtig, denn dadurch wird der Beschluß wirksam.

Stalin: Und ich fürchte, daß ein solcher Beschluß kein nennenswertes Ergebnis bringt. Es geht nicht darum, daß man die Deutschen direkt ergreifen und aus diesen Ländern austreiben würde. So einfach steht die Sache nicht. Aber sie werden in eine Lage versetzt, wo es für sie besser ist, diese Gebiete zu verlassen. Formal könnten die Tschechen und Polen sagen, daß es den Deutschen nicht verboten ist, dort zu leben, aber tatsächlich werden die Deutschen in eine solche Lage versetzt, in der sie dort nicht leben können. Ich fürchte, daß die Annahme dieses Beschlusses keine positiven Ergebnisse bringt.

Byrnes: Es heißt in diesem Punkt, daß man an diese Regierungen die Bitte richten wird, inzwischen, bis nach der Behandlung dieser Frage im Kontrollrat, die Aussiedlung der deut-

schen Bevölkerung einzustellen. Wenn diese Regierungen die Deutschen nicht aussiedeln und nicht zwingen, Polen und die Tschechoslowakei zu verlassen, dann wird dieses Dokument natürlich ohne Ergebnis bleiben. Wenn sie dies aber tun, könnten wir sie bitten, vorübergehend diese Handlungen einzustellen. Die Umsiedlung der Deutschen in andere Länder wird unsere Last vergrößern. Wir möchten, daß diese Regierungen in diesem Fall mit uns zusammenarbeiten.

Stalin: Die Polen und die Tschechen werden sagen, daß es keinen Befehl zur Aussiedlung der Deutschen gibt. Wenn Sie aber darauf bestehen, kann ich dem Vorschlag zustimmen, fürchte allerdings, daß es kein nennenswertes Ergebnis bringen wird.

Truman: Wenn Sie zustimmen, so sind wir dankbar. Möglicherweise wird der Vorschlag die bestehende Situation nicht verändern, aber er gibt uns die Möglichkeit, uns an diese Regierungen zu wenden.

Stalin: Gut, ich bin nicht dagegen.

Bevin: Wir wollten die Franzosen davon informieren.

(Stalin und Truman stimmen zu.)

Stalin: Wir möchten heute die Frage der deutschen Flotte abschließen.

Truman: Diese Frage ist heute noch nicht soweit.

Stalin: Wir wollen uns einigen, sie für morgen vorzubereiten.

Truman: Gut, ich bin einverstanden. Ich wollte morgen abreisen, aber ich kann auch bleiben.

Stalin: Es wurde im Prinzip ein Beschluß über die deutsche Flotte gefaßt, aber dieser Beschluß wurde nicht ausgefertigt. Die drei Regierungschefs haben diese Frage entschieden, der Beschluß ist auszufertigen.

Truman: Die Kommission kann morgen vormittag darüber Bericht erstatten.

Stalin: Gut. Vielleicht übergibt man die Angelegenheit den Ministern, da die Frage im Prinzip entschieden ist?

Bevin: Vielleicht wird eine Einigung erzielt?

Byrnes: Nach den mir vorliegenden Informationen hofft die Kommission, heute eine Einigung zu erzielen. Die Zusammenkunft ist für heute abend angesetzt.

Stalin: Im Prinzip wurde beschlossen, daß der Sowjetunion ein Drittel der Kriegsflotte mit Ausnahme der U-Boote, die zum größten Teil versenkt werden, und ein Drittel der Handelsflotte übergeben wird. Ich bitte, die Frage nicht aufzuschieben und sie morgen zu entscheiden.

(Truman und Attlee erklären ihr Einverständnis.)

Truman: Die Delegation der Vereinigten Staaten hat Dokumente hinsichtlich einer Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn eingebracht.

Byrnes: Unsere Vorschläge über die Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa wurden vorgelegt und geprüft. Über einige Teile dieser Vorschläge konnten wir keine Einigung erzielen. Aber über zwei Punkte konnte eine Einigung erzielt werden, die sich auf die Verfahrensrevision der alliierten Kontrollkommissionen in den drei Ländern beziehen.

Der erste Punkt lautet:

"Die drei Regierungen nehmen zur Kenntnis, daß die Sowjetvertreter bei den alliierten Kontrollkommissionen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn ihren britischen und amerikanischen Kollegen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Kontrollkommissionen übermittelt haben, nachdem die Feindseligkeiten in Europa aufgehört haben. Diese Vorschläge sehen als wünschenswert regelmäßige und häufige Treffen der drei Vertreter, die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für die britischen und amerikanischen Vertreter und die vorherige gemeinsame Beratung der Direktiven vor."

Der zweite Punkt lautet:

"Die drei Regierungen kamen überein, daß die Revision des Verfahrens der alliierten Kon-

trollkommissionen in diesen Ländern jetzt durchgeführt werden könne, wobei sie als Diskussionsgrundlage die oben dargelegten Vorschläge nehmen und wobei die Interessen und Verantwortlichkeiten der drei Regierungen berücksichtigt sind, die den jeweiligen Ländern gemeinsam die Waffenstillstandsbedingungen vorgelegt haben."

Wir bitten, diesen Punkt zu prüfen, und übergeben Ihnen ein Dokument, überschrieben: "Über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn" vom 31. Juli 1945.

Stalin: Diese Frage stand nicht auf der Tagesordnung. Möglicherweise werden wir keinen Einwand erheben, wenn wir uns mit der Frage befaßt haben.

Byrnes: Man kann sie morgen behandeln.

Stalin: Gut, behandeln wir sie morgen.

Truman: Nächste Frage - über Jugoslawien. Es gibt englische Vorschläge.

Stalin: Wir haben soeben einen Entwurf, die griechische Frage betreffend, verteilt. Was Jugoslawien betrifft, so haben wir gestern einen Entwurf über Triest und Istrien übergeben.

Bevin: Mir scheint, daß wir hinsichtlich Jugoslawiens einen sehr vernünftigen Vorschlag unterbreitet haben. Die sowjetische Delegation hat zwei andere Vorschläge vorgelegt. Ich schlage vor, von der Behandlung aller drei Vorschläge Abstand zu nehmen.

Stalin: Gut.

Truman: Die letzte Frage - über die Kriegsverbrecher.

(Die sowjetische Delegation erklärt, daß sie bereit ist, den Entwurf der britischen Delegation zu dieser Frage mit einer geringfügigen Abänderung als Grundlage anzunehmen. Sie schlägt vor, im letzten Satz dieses Entwurfs, wo davon die Rede ist, daß die drei Regierungen es als eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit betrachten, daß der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher zum frühest möglichen Zeitpunkt beginnt, nach den Worten "Hauptkriegsverbrecher" die Worte hinzuzusetzen: "Solche wie Göring, Heß, Ribbentrop, Rosenberg, Keitel und andere".)

Attlee: Unsere Schwierigkeit bei der Auswahl der Kriegsverbrecher besteht darin, daß wir dem Staatsanwalt den Entwurf des Abkommens vorgelegt haben und er dort möglicherweise eine ganze Reihe anderer Leute einsetzt. Deshalb meinen wir, daß man sich besser auf unseren früheren Vorschlag beschränkt, keine Namen von Hauptkriegsverbrechern zu nennen.

Stalin: In meiner Abänderung schlagen wir nicht vor, unbedingt nur diesen Leuten den Prozeß zu machen, sondern wir schlagen vor, Leuten wie Ribbentrop und anderen den Prozeß zu machen. Es wurde bereits viel über die Kriegsverbrecher gesprochen, und die Völker erwarten, daß wir irgendwelche Namen nennen. Unser Schweigen über diese Personen wirft einen Schatten auf unser Ansehen. Sie können dessen versichert sein.

Deshalb gewinnen wir in politischer Hinsicht, und die öffentliche Meinung Europas wird zufrieden sein, wenn wir einige Personen nennen. Wenn wir diese Personen als Beispiel nennen, so wird der Staatsanwalt sich meines Erachtens nicht übergangen fühlen. Der Staatsanwalt kann sagen, daß einige Personen zu Unrecht genannt sind. Aber einen Grund dafür, daß der Staatsanwalt sich übergangen fühlt, gibt es nicht. Politisch werden wir nur gewinnen, wenn wir einige dieser Personen nennen.

Byrnes: Als wir gestern diese Frage erörterten, hielt ich es nicht für zweckmäßig, bestimmte Personen zu nennen oder über ihre Schuld hierzu befinden. Jedes Land hat unter den Naziverbrechern seine "speziellen Freunde", und wenn wir diese Verbrecher nicht auf die Liste setzen, wird es uns schwerfallen zu erklären, warum sie nicht auf der Liste sind.

Stalin: Aber in dem Vorschlag heißt es ja auch: "Solche wie ... und andere." Das begrenzt nicht die Zahl, schafft aber Klarheit.

Byrnes: Das verschafft denen, die wir nicht nennen, einen Vorteil. *(Heiterkeit)*

Attlee: Ich meine nicht, daß die Aufzählung von Namen unserem Dokument mehr Gewicht

gibt. Ich beispielsweise meine, daß Hitler lebt, und er steht nicht auf der Liste.

Stalin: Aber er befindet sich nicht in unseren Händen.

Attlee: Aber Sie stellen die Namen der Hauptkriegsverbrecher als Beispiel hin.

Stalin: Ich bin einverstanden, Hitler auch auf die Liste zu setzen (*Allgemeine Heiterkeit*), obgleich er sich nicht in unseren Händen befindet. Ich mache dieses Zugeständnis. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Attlee: Ich meine, daß die Welt weiß, wer Hauptkriegsverbrecher ist.

Stalin: Aber sehen Sie, unser Schweigen in dieser Frage wird so gewertet, daß wir uns anschicken, die Hauptkriegsverbrecher zu retten, daß wir uns an den Kleinen schadlos halten und den Großen die Möglichkeit geben, sich zu retten.

Byrnes: Ich sprach heute telefonisch mit Richter Jackson, dem Vorsitzenden unseres Obersten Gerichts. Er ist unser Vertreter in der Kommission für Kriegsverbrecher, die in London tagt. Er sprach die Hoffnung aus, daß vielleicht heute oder morgen eine Einigung über den Internationalen Gerichtshof erzielt wird. Richter Jackson will mich morgen anrufen, um mich in der Frage des Gerichtshofs zu informieren. Die Mitteilung über die Schaffung des Internationalen Gerichtshofs ist eine gute Nachricht für die Völker, die einen baldigen Prozeß gegen die Kriegsverbrecher erwarten.

Stalin: Aber das ist eine andere Frage.

Byrnes: Aber wir können in unsere Erklärung die Mitteilung über die in London erzielte Vereinbarung aufnehmen. Das verleiht unserer Erklärung großen Nachdruck.

Stalin: Ohne Nennung einiger besonders verhaßter Personen unter den deutschen Kriegsverbrechern wird unsere Erklärung politisch nicht effektiv sein. Ich habe mit russischen Journalisten gesprochen, und sie denken, daß es besser wäre, einige Personen zur Orientierung zu nennen.

Truman: Ich möchte einen Vorschlag machen. Wir erwarten eine Benachrichtigung von unserem Vertreter in London morgen vormittag. Können wir diese Frage nicht auf morgen vertagen?

Stalin: Gut.

Truman: Ich bin sehr an der Frage der Binnenwasserstraßen interessiert. Es wäre gut, diese Frage zu erörtern und zu einigen grundsätzlichen Beschlüssen zu kommen. Wir haben diese Frage am 23. Juli beraten, und sie wurde an eine Kommission überwiesen, die allerdings, soweit mir bekannt, kein einziges Mal zusammentrat. Ich wünsche dringend, daß irgendein bestimmter Beschluß über die Benutzung dieser Verkehrswege ausgearbeitet wird, weil die Bewegungsfreiheit auf diesen Verkehrswegen von großer Bedeutung ist. Ich denke, daß eine gemeinsame Politik in der Nutzung dieser Binnenwasserstraßen eine große Rolle spielen kann. Es ist leicht möglich, daß wir keine Einigung über die Details dieser Frage erzielen können, aber ich halte diese Frage für so wichtig, daß eine Erörterung lohnend wäre.

Attlee: Ich bin im allgemeinen mit den amerikanischen Vorschlägen zu dieser Frage einverstanden.

Stalin: Diese Frage tauchte zusammen mit der Frage der Schwarzmeer-Meerengen auf, die hier zur Debatte stand. Die Frage der Schwarzmeer-Meerengen wurde von den Engländern eingebracht und dann vertagt. Die Frage der Binnenwasserstraßen wurde hier zusätzlich gestellt. Das ist eine ernste Frage, und sie erfordert ein Studium. Diese Frage kam für uns unerwartet, wir haben das entsprechende Material nicht zur Hand. Es ist eine neue Frage, man braucht Leute, die mit dieser Angelegenheit vertraut sind. Vielleicht gelingt es, bis zur Beendigung der Konferenz etwas zu tun, aber eine große Hoffnung besteht nicht.

Truman: Ich schlage vor, daß diese Frage an den Rat der Außenminister in London überwiesen wird, und inzwischen kann man das notwendige Material sammeln und sich mit der Frage befassen.

(Stalin und Attlee stimmen zu.)

Truman: Ich möchte den Vertretern der polnischen Regierung, die sich hier aufhalten, nun unsere Beschlüsse über die Westgrenze Polens mitteilen.

Stalin: Gut.

Truman: Wer kann mit der Übermittlung der Mitteilung beauftragt werden?

Stalin: Vielleicht beauftragt man die Minister oder schickt eine schriftliche Mitteilung. Man könnte auch den Präsidenten bitten, dies zu tun, da er unsere Konferenz leitet.

Truman: Gut. Ich möchte bekanntgeben, daß die Kommission zur Vorbereitung der Mitteilung gut arbeitet. Wann versammeln wir uns morgen? Um vier Uhr?

Stalin: Ich denke, daß wir uns zweimal treffen müssen: Die erste Sitzung legen wir für drei Uhr fest und die zweite für acht Uhr abends. Das wird die Abschlusssitzung sein.<<

01.08.1945

Geoffrey Harrison, der für die Briten an den Umsiedlungsverhandlungen teilnimmt, berichtet am 1. August 1945 über die Potsdamer Konferenz: (x039/174, x024/124): >>Die Verhandlungen waren nicht einfach - Verhandlungen mit den Russen sind nie einfach ... Wir erklärten, daß wir für den Gedanken an Massenausweisungen ohnehin nichts übrig hätten. Da wir sie aber nicht verhindern könnten, möchten wir dafür sorgen, daß sie in einer möglichst geordneten und humanen Weise durchgeführt würden. ...<<

>>... Onkel Joe (Stalin) war schließlich ebenfalls bereit, die polnische und tschechische Regierung und den Kontrollrat für Ungarn aufzufordern, die Vertreibungen hinauszuschieben, bis der Bericht des Alliierten Kontrollrats für Deutschland vorliege. Das kann vielleicht für den Augenblick Massenvertreibungen verhindern, doch ich zweifle nicht daran, daß sich auch weiterhin täglich Hunderte von Deutschen nach Westen absetzen werden.

Wir haben unser Bestes getan, um einen gewissen Überblick über die Aufnahmefähigkeit Deutschlands zu erhalten, doch hier stellten sich die Russen quer, weil sie überhaupt nicht daran zweifeln, daß Deutschland Millionen Ausgewiesene aufnehmen kann. Bis zu einem gewissen Grad wird die Sache durch die Wendung im Absatz abgesichert: "Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Situation in Deutschland" ...<<

Konferenz von Potsdam: Zwölfte Plenarsitzung vom 1. August 1945 (x867/...):

>>**Truman:** Über die Sitzung der Außenminister wird heute Herr Byrnes Bericht erstatten.

Byrnes: Die Kommission, die sich mit den Fragen der Reparationen aus Deutschland befaßt, berichtet, daß sie nicht in allen Fragen des Abkommens über die Reparationen zu einer Einigung gelangen konnte. Die Vertreter der USA und Großbritanniens waren der Ansicht, daß die Vertreter der Sowjetunion sich bereit erklärt haben, als Gegenleistung für die vereinbarten Prozente der industriellen Ausrüstung, die der Sowjetunion nach Punkt 4 des Abkommens übergeben wird, auf Ansprüche hinsichtlich der deutschen Auslandsguthaben, auf Gold, das bei den Deutschen erbeutet wurde, und Aktien deutscher Unternehmen in den Westzonen Deutschlands zu verzichten.

Daher waren die Vertreter der USA und Englands der Ansicht, daß die Auslandsguthaben Deutschlands in Punkt 3 aufgenommen werden sollten, als Reparationsquelle für andere Länder, außer der Sowjetunion. Sie erklärten, anderenfalls würden die in Punkt 4 vereinbarten Prozente der Industrieausrüstung für die Vertreter der USA und Englands unannehmbar.

Der sowjetische Vertreter war der Ansicht, daß noch keine vereinbarte Entscheidung über den Verzicht der Sowjetunion auf Ansprüche aus Auslandsguthaben Deutschlands, Gold und Aktien vorliegt. Deshalb lehnte der sowjetische Vertreter die Aufnahme der deutschen Auslandsguthaben unter Punkt 3 ab und schlug vor, diese Frage den Regierungschefs zur Entscheidung vorzulegen.

Die Vertreter der USA und Englands erklärten, daß der Entwurf eines Abkommens über die

Reparationen für sie unter der Bedingung annehmbar wäre, daß der sowjetische Vertreter den oben dargelegten Vorschlägen über die Auslandsguthaben Deutschlands, Gold und Aktien zustimmt. Der sowjetische Vertreter erklärte, daß er sich damit nicht einverstanden erklären kann, wie diese Frage hier von den Vertretern der USA und Englands gestellt wird.

Das Problem besteht darin, ob man davon ausgehen kann, daß die "großen Drei" gestern eine Einigung über die Reparationsfrage erzielt haben, als der sowjetische Vertreter erklärte, daß er nicht auf der Übergabe von dreißig Prozent des deutschen Goldes, der Auslandsguthaben und Aktien an die Sowjetunion bestehen wird.

Stalin: Wie soll man das in Ihren Vorschlägen verstehen, daß die Sowjetunion keine Ansprüche auf Industrieaktien erhebt? Betrifft das nur die Westzone?

Truman: Ich denke, daß die Außenminister, als sie von der Westzone sprachen, die Zonen der USA, Großbritanniens und Frankreichs im Auge hatten.

Stalin: Könnte man sich nicht so einigen: Die sowjetische Delegation verzichtet auf das Gold; was die Aktien der deutschen Unternehmen in der Westzone betrifft, so verzichten wir ebenfalls und werden davon ausgehen, daß das gesamte Gebiet Westdeutschlands zu Ihnen gehört und das, was Ostdeutschland betrifft, uns gehört.

Truman: Diesen Vorschlag muß man erörtern.

Stalin: Was die deutschen Anlagen betrifft, so würde ich die Frage wie folgt stellen: Die deutschen Anlagen in Osteuropa bleiben bei uns, und alles Übrige verbleibt Ihnen.

Truman: Handelt es sich nur um die deutschen Anlagen in Europa oder auch in anderen Ländern?

Stalin: Ich sage es noch konkreter: Die deutschen Anlagen, die es in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland gibt, sind uns vorbehalten. Alles Übrige ist Ihnen vorbehalten.

Bevin: Die deutschen Anlagen in den anderen Ländern bleiben uns vorbehalten?

Stalin: In allen übrigen Ländern, in Südamerika, in Kanada usw., das gehört alles Ihnen.

Bevin: Folglich werden alle deutschen Guthaben in den Ländern, die westlich der Besatzungszonen Deutschlands liegen, den USA, Großbritannien und den anderen Ländern gehören? Bezieht sich das auch auf Griechenland?

Stalin: Ja.

Byrnes: Wie sieht das dann bei der Frage der Aktien deutscher Unternehmen aus?

Stalin: In unserer Zone werden wir sie haben und in Ihrer Zone Sie. Es gibt eine Westzone und eine Ostzone.

Byrnes: Den gestrigen Vorschlag haben wir so verstanden, daß Sie keine Ansprüche auf Aktien in der Westzone erheben.

Stalin: Das werden wir nicht.

Byrnes: Und Ihren zweiten Vorschlag, über die Anlagen im Ausland, ziehen Sie ebenfalls zurück?

Stalin: Hier liegen die Dinge etwas anders.

Bevin: Als wir gestern die Reparationsfrage entschieden, verstand ich es so, daß die sowjetische Delegation auf ihre Ansprüche aus Auslandsanlagen Deutschlands verzichtet hat.

Stalin: Ich war der Ansicht, daß die Anlagen in der Ostzone uns vorbehalten bleiben. Wir hatten die Westzone im Auge, als wir von dem Verzicht auf Anlagen sprachen. Wir verzichteten auf Anlagen in Westeuropa und in allen übrigen Ländern. Bekanntlich gibt es in Westeuropa und Amerika weitaus mehr Anlagen als im Osten. Wir hofften, dreißig Prozent aller Anlagen zu bekommen, verzichteten dann aber. Sie müssen dann aber auch auf ihre Ansprüche in Osteuropa verzichten.

Bevin: Ich muß sagen, daß ich, als ich dem Vorschlag des Generalissimus zustimmte, seinen Vorschlag als Verzicht der sowjetischen Delegation auf deutsche Auslandsanlagen überhaupt auffaßte.

Stalin: Aber nicht in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland.

Byrnes: Das ist verständlich. Und ich möchte bezüglich der Aktien von Industrie- oder Transportunternehmen in Deutschland präzisieren: Wenn beispielsweise die Leitung eines solchen Unternehmens ihren Sitz in Berlin hat, während das Unternehmen selbst und sein ganzes Vermögen in der Westzone oder in den USA liegt, werden Sie dann Ansprüche auf dieses Unternehmen erheben?

Stalin: Wenn das Unternehmen im Westen liegt, werden wir keinerlei Ansprüche erheben. Die Leitung kann getrost ihren Sitz in Berlin haben, darum geht es nicht, sondern darum, wo das Unternehmen selbst liegt.

Byrnes: Wenn ein Betrieb nicht in Osteuropa, sondern in Westeuropa oder in anderen Teilen der Welt liegt, so bleibt das Unternehmen uns vorbehalten?

Stalin: In den USA, in Norwegen, in der Schweiz, in Schweden, in Argentinien (*Allgemeine Heiterkeit*) usw., das gehört alles Ihnen.

Bevin: Ich möchte den Generalissimus fragen: Ist er bereit, auf alle Ansprüche aus deutschen Auslandsguthaben zu verzichten, die sich außerhalb der von russischen Truppen besetzten Zone befinden?

Stalin: Ich bin bereit zu verzichten.

Byrnes: Und bezüglich des Goldes?

Stalin: Unsere Ansprüche auf Gold haben wir bereits zurückgezogen.

Byrnes: Es gibt Guthaben Deutschlands in anderen Ländern. Wie ist in dieser Hinsicht der sowjetische Vorschlag zu verstehen?

Stalin: Wir behalten uns nur die vor, die sich in der Ostzone befinden.

Byrnes: Meines Erachtens ist es sehr wichtig, daß wir uns gegenseitig verstehen. Herrn Bevin's Frage zielte darauf ab, ob sich die russischen Ansprüche auf die von der russischen Armee besetzte Zone beschränken. Ich möchte, daß Sie dem Standpunkt von Herrn Bevin zustimmen.

Stalin: Wir sind einverstanden.

Byrnes: Vor einigen Minuten sprachen wir von den Guthaben, die sich in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland befinden. Ich möchte jetzt volle Klarheit schaffen, damit künftig kein Mißverständnis auftritt. Bedeutet Ihr Vorschlag, daß Sie keinerlei Ansprüche auf Guthaben erheben, die sich außerhalb Ihrer Besatzungszone befinden? Erheben Sie nur Ansprüche auf diejenigen Guthaben, die sich in der sowjetischen Zone befinden?

Stalin: Ja. Die Tschechoslowakei wird nicht dazu gehören, Jugoslawien wird nicht dazu gehören. Der östliche Teil Österreichs wird dazu gehören.

Bevin: Es ist klar, daß die Guthaben in dieser Zone, die Großbritannien und den USA gehören, nicht angetastet werden.

Stalin: Natürlich. Wir kämpfen ja nicht gegen Großbritannien und die USA. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Bevin: Aber diese Guthaben könnten während des Krieges von den Deutschen geraubt worden sein.

Stalin: Das wird in jedem konkreten Falle untersucht werden müssen.

Truman: Ich denke, daß wir gestern abend übereingekommen sind, die Ansprüche der Tschechoslowakei und Jugoslawiens zu befriedigen. Aber wie geschieht das, wenn sie keine Ansprüche auf deutsche Guthaben stellen werden, die sich auf ihren Territorien befinden?

Stalin: Wir werden keine Ansprüche auf Guthaben in der Tschechoslowakei, Jugoslawien und im westlichen Österreich erheben.

Vielleicht sollte man diesen Beschluß im Protokoll festhalten?

Byrnes: Ich denke, das wäre besser, damit es kein Mißverständnis gibt.

Stalin: Gut.

Byrnes: Vielleicht sollte das veröffentlicht werden?

Stalin: Meinetwegen, wie Sie wollen.

Byrnes: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen Satz im dritten Punkt des Berichts der Kommission für Reparationsfragen lenken, wo es heißt, daß die Reparationsansprüche der USA, des Vereinigten Königreichs und der anderen Staaten, die Anspruch auf Reparationen haben, aus der Westzone und aus den deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden. In Anbetracht der soeben erzielten Einigung denke ich, daß es wahrscheinlich keine Meinungsverschiedenheiten über den Wortlaut geben wird.

Stalin: Ich schlage vor zu sagen "und aus den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben". Und im Protokoll könnte man diese Formulierung präzisieren.

Byrnes: Wir werden die Redaktionskommission beauftragen, diesen Satz zu redigieren.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Attlee: Ich habe zwei Fragen, die ich hier aufwerfen möchte: die erste, daß die Französische Regierung von den Regierungen Großbritanniens, der UdSSR und der USA eingeladen wird, von heute ab als Mitglied der Reparationskommission zu fungieren.

Stalin: Lassen Sie uns doch noch Polen einladen, es hat sehr gelitten.

Attlee: Ich hatte so verstanden, daß wir der Einladung Frankreichs zugestimmt haben.

Stalin: Und warum darf Polen nicht eingeladen werden?

Truman: Gestern vereinbarten wir, daß die Sowjetunion es übernimmt, die Reparationsansprüche Polens zu befriedigen und wir unsererseits die Befriedigung der Reparationsansprüche Frankreichs und anderer Länder übernehmen. Die Einbeziehung Frankreichs in diese Kommission würde meines Erachtens eine gewisse Verwirrung schaffen.

Stalin: Bleibt Herr Attlee dabei?

Attlee: Ich möchte doch dabei bleiben.

Stalin: Gut ich habe keine Einwände.

Attlee: Meine zweite Frage besteht in folgendem: Ich habe ein Memorandum vorgelegt, wonach der englische und der amerikanische Oberbefehlshaber 40.000 Tonnen Lebensmittel monatlich und 2.400 Tonnen Kohle täglich für den britischen und den amerikanischen Sektor in Berlin zu liefern haben, und zwar für die Dauer von dreißig Tagen ab 15. Juli. Der Kontrollrat ist zu beauftragen, unverzüglich für die nächsten sechs Monate ein Programm für die Versorgung Groß-Berlins mit Lebensmitteln und Kohle und anderen Brennstoffen auszuarbeiten. Diese Mengen werden von der Sowjetregierung nach Groß-Berlin als Vorauslieferungen nach Punkt 4a des Abkommens über die Reparationen geliefert. Es sind praktische Maßnahmen zur Befriedigung des laufenden Bedarfs.

Stalin: Die Frage ist nicht vorbereitet, wir sind mit dieser Frage nicht vertraut, die Meinung des Kontrollrats zu dieser Frage ist uns nicht bekannt. Deshalb fällt es uns einfach schwer, diese Frage jetzt zu entscheiden. Ich meine, daß man vorher die Ansicht des Kontrollrats erfahren muß, wie er den Bevölkerungsbedarf zu befriedigen gedenkt, welche Pläne er hinsichtlich der Versorgung hat.

Attlee: Ich habe aber so verstanden, daß die Lieferungen von Industrieausrüstung aus dem Ruhrgebiet unverzüglich beginnen soll, und mir scheint, daß die Lieferung der erforderlichen Lebensmittel und Brennstoffe für Groß-Berlin ebenfalls unverzüglich beginnen sollte. Die Menge kann natürlich vom Kontrollrat festgelegt werden.

Stalin: Ein Abkommen muß es natürlich geben, aber man muß die Menge angeben, was wir jetzt ohne Bericht des Kontrollrats über dessen diesbezügliche Pläne nicht tun können. Ich muß sagen, daß der Kontrollrat diese Frage besser entscheiden wird, als wir es tun könnten, da er an die Entscheidung dieser Frage praktisch herangeht.

Attlee: Gerade darum bitte ich. Ich bitte, daß der Kontrollrat ein Programm aufstellt, aber wir müssen uns im Prinzip darüber einigen.

Stalin: Mir ist nicht bekannt, wie es mit der Angelegenheit bestellt ist. Ich kann nichts entscheiden, ohne wirkliches Material zur Hand zu haben. Ich kann mir keine Ziffern ausdenken. Die Ziffern müssen doch fundiert sein.

Attlee: Ich bitte nicht um Ziffern, in meinem Memorandum bitte ich, daß der Kontrollrat dieses Programm aufstellt.

Stalin: 40.000 Tonnen Lebensmittel monatlich, 2.400 Tonnen Kohle täglich - woher kommen diese Ziffern, worauf basieren sie?

Attlee: Diese Ziffern wurden vereinbart, und die Mengen werden faktisch bereits geliefert.

Stalin: Ich weiß nichts davon.

Bevin: Es geht darum, daß ein befristetes Abkommen über die monatlichen Lieferungen für Berlin besteht.

Stalin: Wer hat das genehmigt?

Bevin: Im Kontrollrat wurde ein befristetes Abkommen über die Lieferungen abgeschlossen, demzufolge die britischen und die amerikanischen Behörden die Verpflichtung übernommen haben, diese Mengen für die Dauer eines Monats nach Berlin zu liefern, was auch gegenwärtig geschieht. Wir schlagen vor, daß der Kontrollrat im Prinzip das erforderliche Programm aufstellt und daß die sowjetischen Behörden nach Ablauf des Monats mit der Lieferung der genannten Mengen beginnen. Wenn diese Frist verstrichen ist, erhebt sich die Frage: Wer wird dann weiterhin Lebensmittel und Brennstoffe liefern?

Stalin: Man muß den Kontrollrat und seine Überlegungen anhören, dann kann man überhaupt entscheiden.

Attlee: Ich habe so verstanden, daß entsprechend Ihrem Wunsch mit der Lieferung von Industrieausrüstung aus dem Ruhrgebiet bereits jetzt begonnen werden soll. Wir bitten das gleiche bezüglich Ihrer Lebensmittel- und Brennstofflieferungen.

Stalin: Ich verstehe das, aber ich möchte wissen, welche Überlegungen es im Kontrollrat gibt, damit man sie erörtern und einen Beschluß fassen kann. Meiner Ansicht nach muß die Frage vertagt werden.

Bevin: Wir wollen gemeinsam miteinander arbeiten.

Stalin: Und wenn wir auf diese Frage nicht vorbereitet sind, was ist dann?

Bevin: Dann wird man vertragen müssen.

Stalin: Darum bitten wir.

Bevin: Wir wollten nur zu einem gegenseitigen Übereinkommen gelangen, um einander zu helfen.

Stalin: Wir sind auf diese Frage nicht vorbereitet, ich habe nicht die Möglichkeit, mich mit dem Kontrollrat zu beraten und seine Überlegungen zu erfahren.

Truman: Es scheint, daß wir alle Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage geklärt haben?

Attlee: Ich habe den Generalissimus so verstanden, daß wir von Österreich keine Reparationen fordern werden. Vielleicht sollte man das im Protokoll vermerken.

Stalin: Das kann man im Protokoll vermerken.

Byrnes: Die nächste Frage, das ist die Frage der wirtschaftlichen Grundsätze gegenüber Deutschland. Die Vertreter der USA und Englands schlagen vor, in das Dokument über die wirtschaftlichen Grundsätze einen Punkt über die deutschen Auslandsguthaben aufzunehmen. Das wird der Punkt 18 sein, der folgendermaßen lautet: "Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind."

Stalin: Was ist das, eine Abänderung oder ein neuer Vorschlag?

Byrnes: Das ist eine Empfehlung der Kommission für Wirtschaftsfragen. Sie empfiehlt, die-

sen Punkt in das Dokument über die wirtschaftlichen Grundsätze gegenüber Deutschland aufzunehmen.

Stalin: Bedarf es nicht einer Abänderung in diesem Punkt nach Annahme des Beschlusses über die Reparationen? Wir haben von diesem Punkt erst erfahren, als wir uns bereits über diese Frage geeinigt hatten.

Byrnes: Die sowjetischen Vertreter in der Kommission für Wirtschaftsfragen erklärten, daß sie sich für diese Frage wenig interessieren, und behielten sich eine Stellungnahme bis zur Prüfung dieser Frage vor. Die gegebene Frage betrifft die Kontrolle.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Truman: Danke.

Byrnes: Die Kommission konnte keine Übereinstimmung über den Punkt 19 der wirtschaftlichen Grundsätze erzielen, der die Bezahlung der Importe nach Deutschland betrifft. Außerdem erklärte der sowjetische Vertreter, daß er zur Zeit nicht bereit ist, die Frage der Erdöllieferungen nach Westeuropa weiter zu erörtern.

Stalin: Wir haben keine Einwände gegen die britische Formulierung des Punktes 19.

Byrnes: Wie ich verstanden habe, sind die englischen Vertreter und die amerikanischen Vertreter darin einig, im Falle der Annahme des Punktes 19 die von den amerikanischen Vertretern vorgeschlagenen Worte hinzuzufügen, wonach die in diesem Punkt genannte Bedingung nicht angewandt wird bei Ausrüstung und Gütern, die unter Punkt 4a und 4b des Abkommens über die deutschen Reparationen genannt sind. Wir meinen, daß diese Ergänzung sich aus dem Abkommen über die Reparationen ergibt, das wir gestern erzielt haben.

Stalin: Gut.

Attlee: Einverstanden.

Byrnes: Damit sind alle Differenzen zum Entwurf über die wirtschaftlichen Grundsätze beseitigt.

Die nächste Frage - über die Kriegsverbrecher.

Bevin: Ich bitte um Verzeihung, aber meines Erachtens müßten über diese wirtschaftlichen Grundsätze die Franzosen informiert werden.

Stalin: Bitte.

Byrnes: Die nächste Frage - über die Kriegsverbrecher. Die einzige Frage, die offen bleibt, geht darum, ob die Namen einiger der größten deutschen Kriegsverbrecher zu nennen sind. Die Vertreter der USA und Englands hielten es auf der heutigen Sitzung der Außenminister für richtig, keine Namen zu nennen, sondern dies dem Staatsanwalt zu überlassen. Sie einigten sich auch darauf, daß der englische Text angenommen werden soll. Die sowjetischen Vertreter erklärten, daß sie mit dem englischen Entwurf einverstanden sind, allerdings unter der Bedingung, daß einige Namen eingefügt werden.

Stalin: Die Namen sind meines Erachtens notwendig. Das ist für die Öffentlichkeit notwendig. Es ist notwendig, daß die Menschen das wissen. Werden wir irgendwelche deutschen Industriellen vor Gericht stellen? Ich denke, wir werden das. Wir nennen Krupp. Wenn Krupp nicht taugt, dann lassen Sie uns andere benennen.

Truman: Mir gefallen sie alle nicht. (*Heiterkeit*) Ich denke, wenn wir irgendwelche Namen erwähnen und andere unerwähnt lassen, so wird man denken, daß wir die anderen nicht zur Verantwortung ziehen wollen.

Stalin: Aber die Namen werden hier als Beispiel angeführt. Es verwundert beispielsweise, warum Heß bislang in England sitzt, es sich gut gehen läßt und nicht zur Verantwortung gezogen wird? Man muß diese Namen nennen, das wird für die öffentliche Meinung, für die Völker wichtig sein.

Bevin: Über Heß brauchen Sie sich keine Gedanken zu machen.

Stalin: Es geht nicht um meine Meinung, sondern um die öffentliche Meinung, um die Mei-

nung der Völker in allen Ländern, die von den Deutschen okkupiert waren.

Bevin: Wenn Sie irgendwelche Bedenken bezüglich Heß' haben, so kann ich die Verpflichtung abgeben, daß er vor Gericht gestellt wird.

Stalin: Ich wünsche keine Verpflichtungen von Herrn Bevin, es reicht völlig seine Erklärung, um Bedenken auszuräumen, dies könnte nicht geschehen. Aber es geht nicht um mich, sondern um die Völker, um die öffentliche Meinung.

Truman: Wie Sie wissen, haben wir Richter Jackson als Vertreter für die Londoner Kommission benannt. Er ist ein hervorragender Richter und ein sehr erfahrener Jurist. Er ist mit dem juristischen Verfahrensweg gut vertraut. Jackson ist gegen die Erwähnung der Namen von Kriegsverbrechern und erklärt, das würde ihre Arbeit erschweren. Er versichert, daß das Gerichtsverfahren in dreißig Tagen vorbereitet sein wird, und jede Skepsis über unsere Ansichten bezüglich dieser Menschen ist fehl am Platz.

Stalin: Vielleicht nennt man nicht viele Namen, eventuell nur drei?

Bevin: Unsere Juristen sind der gleichen Ansicht wie die amerikanischen.

Stalin: Und unsere sind der gegenteiligen Ansicht. Vielleicht einigen wir uns darauf, daß spätestens nach einem Monat die erste Liste der deutschen Kriegsverbrecher, denen der Prozeß gemacht wird, erscheint?

(Truman und Attlee stimmen dem Vorschlag Stalins zu.)

Byrnes: Die nächste Frage - über die Verwendung von alliierterem Eigentum für Reparationen der Vasallen oder als Kriegsbeute. Ich habe diesen Vorschlag gestern überreicht. Auf der heutigen Sitzung bat die sowjetische Delegation, ihr die Möglichkeit einer gründlicheren Kenntnisnahme des Vorschlags zu geben.

(Die sowjetische Delegation erklärt, sie habe keine Zeit gehabt, den Text dieses Vorschlages zu studieren, da heute faktisch keine Pause zwischen den beiden Sitzungen war. Sie meint, daß ihr der Vorschlag im wesentlichen richtig und annehmbar erscheint, man aber die Formulierung prüfen müsse.)

Byrnes: Ich stimme einer Vertagung auf die Abendsitzung zu.

Attlee: Ich schlage vor, daß auf der Tagesordnung der heutigen Abendsitzung möglichst wenige Fragen stehen.

Byrnes: Die nächste Frage - über die Erdölversorgung Westeuropas. Die Frage wird gegenwärtig von der Wirtschaftskommission behandelt.

Die nächste Frage - über die antisowjetische Tätigkeit der russischen Weißemigranten und anderer der UdSSR feindlich gesonnener Personen und Organisationen in der amerikanischen und der britischen Besatzungszone in Deutschland und Österreich. Die anglo-amerikanischen Vertreter erklärten, daß sie die in dem diesbezüglichen sowjetischen Dokument dargelegte Frage und die Fakten untersuchen und die Sowjetunion unverzüglich über die Ergebnisse dieser Untersuchung unterrichten und dann bereit sein werden, Maßnahmen zur Unterbindung dieser Tätigkeit zu erörtern.

Die sowjetische Delegation lenkte die Aufmerksamkeit der britischen und der amerikanischen Delegation auf die überreichte Denkschrift betreffend die Repatriierung von Sowjetbürgern. Die britischen Vertreter erklärten, daß sie die in dem sowjetischen Dokument dargestellte Lage klären und sich unverzüglich nach ihrer Rückkehr nach London mit dieser Frage beschäftigen werden.

Die sowjetischen Vertreter überreichten ein neues Dokument zu dieser Frage und unterstrichen, daß sie dieser Angelegenheit eine große Bedeutung beimessen. Die amerikanischen und die britischen Vertreter erklärten, daß sie sich schnellstmöglich mit dieser Frage beschäftigen werden.

Die Außenminister erörterten den Bericht der Kommission zur Abfassung des Konferenzprotokolls. Die Kommission konnte über vier Fragen keine Einigung erzielen, aber den Außen-

ministern gelang es, eine Einigung in dieser Frage zu erzielen. Sie kamen auch überein, daß nur wichtige Konferenzbeschlüsse in das Protokoll aufgenommen werden. Sie wiesen die Protokollkommission darauf hin, daß auch die letzten Konferenzbeschlüsse in das Protokoll aufgenommen werden sollen.

Die nächste Frage - über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Es wurde der USA-Entwurf zu dieser Frage angenommen, in dem der zweite Absatz gestrichen wurde. Es wurde beschlossen, an seine Stelle die Punkte 3, 4 und 5 aus dem Schreiben des sowjetischen Vertreters an die Vertreter der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in der Alliierten Kontrollkommission in Ungarn zu setzen. Diese Frage wurde der Redaktionskommission übergeben, die uns nach Beratung folgenden Text vorschlägt: "Die drei Regierungen nehmen zur Kenntnis, daß die Sowjetvertreter bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn ihren britischen und amerikanischen Kollegen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Kontrollkommissionen übermittelt haben, nachdem die Feindseligkeiten in Europa aufgehört haben.

Die drei Regierungen kamen überein, daß die Revision des Verfahrens der alliierten Kontrollkommissionen in diesen Ländern jetzt durchgeführt werden könne, wobei die Interessen und Verantwortlichkeiten der drei Regierungen berücksichtigt sind, die gemeinsam die Waffenstillstandsbedingungen den jeweiligen Ländern vorgelegt haben, und wobei die Vorschläge der Sowjetregierung für die Alliierte Kontrollkommission in Ungarn als Grundlage für alle drei Länder dienen sollen."

Können wir den Vorschlag der Redaktionskommission in dieser Fassung annehmen?

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Truman: Heute habe ich den polnischen Präsidenten und vier Mitglieder der Provisorischen Polnischen Regierung empfangen. Ich habe ihnen die Beschlüsse über Polen mitgeteilt und eine Kopie dieser Beschlüsse überreicht. Sie werden sich mit Äußerungen über diese Beschlüsse bis zur Veröffentlichung in der Presse zurückhalten. Sie baten mich im Namen der polnischen Regierung, allen drei auf dieser Konferenz vertretenen Regierungen den Dank zu übermitteln.

Bevin: Ich möchte hier erwähnen, daß die Schwierigkeiten mit der militärischen Fluglinie London-Warschau, über die ich gestern sprach, jetzt beseitigt sind. Wir haben uns mit Polen in dieser Frage nun geeinigt.

Byrnes: Auf der Sitzung der Außenminister habe ich vorgeschlagen, daß in den Dokumenten über Polen und über den Zutritt zur Organisation der Vereinten Nationen, dort, wo von den Möglichkeiten die Rede ist, die den Vertretern der alliierten Presse zu gewährleisten sind, die Worte "und den Vertretern des Rundfunks" hinzugefügt werden.

Stalin: Es ist überflüssig, das zu tun.

Attlee: Ich halte das ebenfalls nicht für angebracht.

Truman: Bei uns in Amerika hat der Rundfunk eine andere Stellung als in den anderen Ländern, beispielsweise in England. Der englische Rundfunk untersteht der Kontrolle durch die Regierung, während sich in Amerika die Rundfunkstationen in der gleichen Lage befinden wie die Zeitungen. Wir möchten, daß die Vertreter des Rundfunks die gleichen Rechte erhalten wie die Zeitungskorrespondenten.

Stalin: Das ist überflüssig.

Truman: Die Vertreter des amerikanischen Rundfunks werden wie Zeitungskorrespondenten tätig sein, nur werden sie ihre Informationen über den amerikanischen Rundfunk senden.

Stalin: Ich würde nicht empfehlen, das zu tun. Außerdem muß man sich mit Polen einigen.

Bevin: Aber Sie werden nichts gegen Abkommen mit den entsprechenden Regierungen einwenden?

Stalin: Nein, warum denn?

Truman: Dies ist für uns annehmbar.

Stalin: Bitte. Aber wir beschließen hier, nicht darüber zu schreiben.

Truman: Gut. Ich bin einverstanden.

Byrnes: Die nächste Frage - über die deutsche Kriegs- und Handelsmarine.

Truman: Soweit ich verstehe, wird der Bericht der Kommission zu dieser Frage angenommen. Wir bestätigen den vorbereiteten Beschluß.

Stalin: Ja, richtig.

Byrnes: Wir sind auch übereingekommen, daß der Wortlaut dieses Beschlusses später veröffentlicht wird.

Bevin: Herr Präsident, ich habe den Wortlaut des Punktes über den Anteil Polens und der anderen Länder formuliert, dem wir meines Erachtens zustimmen können. Er lautet: "Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten werden aus ihren Anteilen an den übergebenen deutschen Handelsschiffen die entsprechende Anzahl für andere alliierte Staaten bereitstellen, deren Handelsschiffahrt im Kampf für die gemeinsame Sache gegen Deutschland schwere Verluste erlitten hat, mit Ausnahme Polens, für das die Sowjetunion aus ihrem Anteil Schiffe bereitstellen wird."

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Truman: Ich bin einverstanden.

Attlee: Ich möchte vor der Pause die Frage stellen, ob die Regierungschefs es für angebracht halten, Herrn Churchill und Herrn Eden ein Telegramm zu schicken, in dem ihnen der Dank für die Teilnahme am ersten Teil unserer Konferenz und für ihre Teilnahme an anderen Konferenzen ausgesprochen wird?

Stalin: Das wäre angebracht.

Truman: Ich bin einverstanden.

(Nach der Pause.)

Byrnes: Konnten Sie unser Dokument über die Verwendung des alliierten Eigentums zur Bezahlung von Reparationen durch die Vasallen oder als Kriegsbeute noch studieren?

Stalin: Ich sehe im Prinzip keine Schwierigkeiten für die Lösung dieser Frage, über die Formulierung jedoch muß ich mich noch beraten.

Attlee: Ich denke, daß dieses Dokument noch geprüft werden muß, da nicht alle Formulierungen insgesamt annehmbar erscheinen.

Byrnes: In welcher Hinsicht ist der Entwurf nicht annehmbar?

Attlee: Wenn alliierten Ländern gehöriges Eigentum von diesen in Vasallenländern als Kriegsbeute genommen wurde, so ist das natürlich, da die Vasallenländer die alliierten Länder entschädigen müssen, denen dieses Eigentum gehört. Wenn aber dieses Eigentum von einer dritten Seite erbeutet wurde, erhebt sich die Frage: muß jene dieses Eigentum den alliierten Ländern bezahlen, oder müssen wir die Vasallenländer veranlassen, dieses Eigentum zu bezahlen. Außerdem meine ich, daß der Punkt 3 über die Währung ebenfalls einer Erörterung bedarf. Meines Erachtens muß dies alles noch geprüft werden.

Truman: Gut.

Vielleicht machen wir uns jetzt mit der Mitteilung vertraut.

Stalin: Die Kommission hat die Ausarbeitung noch nicht ganz abgeschlossen.

Attlee: Ich schlage vor, daß die Kommission zur Ausarbeitung des Protokolls und die Kommission zur Ausarbeitung der Mitteilung sich unverzüglich mit dieser Frage befassen und daß wir auseinandergehen und sofort wieder zusammentreten, sobald die Kommissionen ihre Arbeit abgeschlossen haben. Den Zeitpunkt des Zusammentreffens kann man telefonisch verabreden. Die Regierungschefs würden sich mit der Frage der Mitteilung befassen und die Außenminister mit der Frage des Protokolls.

Stalin: Es wäre gut, einen Zeitpunkt für den Beginn der Sitzung festzusetzen, acht Uhr dreißig

oder neun Uhr. Der Zeitpunkt wird festgesetzt, um die Kommission anzuspornen, sie wird sich dann beeilen.

Truman: Drei Stunden Unterbrechung sagen mir zu.

Byrnes: Es gab noch den Vorschlag des Präsidenten über die Binnenwasserstraßen. Die Kommission für das Protokoll und die Kommission für die Mitteilung konnten sich noch nicht über eine Entscheidung zum Vorschlag des Präsidenten einigen.

Truman: Diese Frage wurde dem Rat der Außenminister in London zur Behandlung überwiesen, aber ich bin daran interessiert, daß dies in der Mitteilung publiziert wird. Ich möchte darum bitten, daß diese Frage in der Mitteilung erwähnt wird.

Stalin: Wir haben sie nicht erörtert.

Truman: Ich habe mich dreimal zu dieser Frage geäußert, und die Kommission hat sie an mehreren Tagen behandelt.

Stalin: Sie stand nicht auf der Liste der Fragen, wir haben uns zu dieser Frage nicht vorbereitet und hatten keinerlei Material, unsere Experten für diese Frage sitzen in Moskau. Wozu diese Hast, warum muß man sich so beeilen?

Truman: Diese Frage ist nicht endgültig entschieden, sondern dem Rat der Außenminister in London zur Behandlung überwiesen.

Stalin: Die Schwarzmeer-Meerengen werden ebenfalls nicht in der Mitteilung erwähnt, obwohl die Frage auf der Tagesordnung stand. Die Frage der Wasserwege entstand als Gratisbeilage zur Frage der Meerengen. Und weshalb der Frage der Binnenwasserstraßen ein solcher Vorrang vor der Meerengenfrage eingeräumt wird, verstehe ich nicht.

Truman: Die Frage der Schwarzmeer-Meerengen wird sowohl in der Mitteilung als auch im Protokoll angeführt.

Stalin: Meines Erachtens besteht keine Notwendigkeit, sie in die Mitteilung aufzunehmen, es genügt, sie ins Protokoll aufzunehmen.

Ich schlage vor, in der Mitteilung weder die Meerengen noch die Binnenwasserstraßen zu erwähnen, sondern diese beiden Fragen nur ins Protokoll aufzunehmen.

Truman: Gut, keine Einwände.

Bevin: Ich schlage vor, daß wir Frankreich bitten, sich unserem Beschluß über die Kriegsverbrecher anzuschließen. Frankreich ist Mitglied des Rates der Außenminister in London.

Stalin: Gut.

Truman: Ich habe keine Einwände.

Ich verstehe allerdings nicht, warum wir einen hier angenommenen und ins Protokoll aufgenommenen Beschluß nicht auch in die Mitteilung aufnehmen können.

Stalin: Das ist nicht notwendig. Die Mitteilung wird ohnehin schon zu umfangreich.

Truman: Ich möchte eine Frage stellen: Gibt es Geheimabkommen auf dieser Konferenz?

Stalin: Nein, keine Geheimabkommen.

Byrnes: Ich möchte unterstreichen, daß wir beschlossen haben, die Frage der Binnenwasserstraßen an den Rat der Außenminister zur Behandlung zu überweisen. Somit besteht zu dieser Frage eine Festlegung. Haben wir das Recht, den Beschluß zu dieser Frage zu verlautbaren? Wenn dies nicht in die Mitteilung aufgenommen wird, sondern nur in das Protokoll, können wir dann diese Frage vor der Beratung im Rat der Außenminister öffentlich behandeln?

Stalin: Nehmen wir die Materialien der Krim-Konferenz oder der Teheraner Konferenz. Auf der Teheraner Konferenz wurde eine Reihe von Fragen in das Protokoll aufgenommen, aber es gab auch eine andere Reihe von Beschlüssen, die für alle von Interesse waren, die unsere Politik in den Hauptfragen bestimmten, und diese Beschlüsse wurden in die Mitteilung aufgenommen.

Nun zur Arbeit der Krim-Konferenz. Dort wurden ebenfalls zwei Reihen von Beschlüssen festgehalten. Die erste Reihe von Beschlüssen - die weitaus größere - kam in das Protokoll,

und niemand verlangte, sie in die Mitteilung zu übernehmen. Die andere Reihe von Beschlüssen - die weit geringere - kam in die Mitteilung. Dies waren Beschlüsse, die unsere Politik bestimmen. Ich schlage vor, diese gute Regel beizubehalten, da wir sonst keine Mitteilung, sondern einen ganzen Folianten bekommen.

Ein Teil der Beschlüsse hat keine schwerwiegende Bedeutung, einige Fragen, wie die Frage der Binnenwasserstraßen, wurden nicht einmal erörtert, sie kommen ins Protokoll, und niemand kann uns vorwerfen, wir würden diese Fragen verheimlichen. Eine andere Sache sind die Fragen über Deutschland, über Italien, über die Reparationen usw., die große Bedeutung besitzen, sie kommen in die Mitteilung. Ich meine, daß wir diese gute Tradition nicht verletzen sollten und daß kein Grund besteht, alle Fragen in die Mitteilung aufzunehmen. Die Mitteilung ist die Mitteilung, und das Protokoll ist das Protokoll.

Truman: Ich habe keine Einwände gegen dieses Verfahren, wenn es für alle Beschlüsse angewandt wird. Aber wenn ich eine Erklärung vor dem Senat abgeben sollte, daß diese Frage dem Rat der Außenminister zur Behandlung überwiesen wird, habe ich dann das Recht dazu?

Stalin: Niemand kann Ihre Rechte antasten.

(Truman schließt die Sitzung.)<<

01./02.08.1945

Die Potsdamer Konferenz wird am 2. August 1945 um 0.30 Uhr beendet. Im Verlauf dieser internationalen Konferenz schließen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge, sondern lediglich Absprachen bzw. Vereinbarungen (x150/18).

Mit Verabschiedung der Potsdamer Erklärung werden die jahrhundertealten Grenzen des deutschen Volkes beispiellos verändert. Die westlichen Alliierten beginnen gleichzeitig eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement").

Die Unbestimmtheiten des Potsdamer Abkommens verursachen nicht nur einen jahrzehntelangen Schwebezustand der künftigen deutschen Staatsgrenzen, sondern sie besiegeln außerdem endgültig das Schicksal der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa. Die Massenvertreibung der Deutschen ist danach nicht mehr zu verhindern.

Konferenz von Potsdam: Dreizehnte Abschluß-Plenarsitzung vom 1./2. August 1945 (x867/...):>>(Truman eröffnet die Sitzung.)

Byrnes: Die Kommission für Wirtschaftsfragen hat den Bericht über die Reparationen vorbereitet. Es ist gelungen, Vorschläge auszuarbeiten, die für alle Delegationen annehmbar sind. In Punkt 1 heißt es, daß die Reparationsansprüche der Sowjetunion aus der von der Sowjetunion besetzten Zone Deutschlands und aus den entsprechenden deutschen Guthaben im Ausland befriedigt werden.

Ich lenke die Aufmerksamkeit auf die Punkte 8 und 9 dieses Dokuments. Ich würde sehr gern jetzt gleich eine Abänderung einbringen, denn ich meine, daß diese im Interesse aller liegt. Punkt 8 lautet: "Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche auf Aktien deutscher Unternehmen usw." Ich schlage vor, nach den Worten "auf alle Ansprüche" die Worte "bezüglich der Reparationen" einzufügen. Der Zweck dieser Abänderung besteht darin, den Eindruck zu vermeiden, daß die Sowjetunion auch außerhalb der Reparationen noch Ansprüche auf deutsche Unternehmen erhebt. Die gleiche Abänderung ist auch bei Punkt 9 vorzunehmen, wo von Forderungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs die Rede ist.

Stalin: Richtig.

Byrnes: Es ist meine einzige Abänderung. Kann man annehmen, daß das Dokument über die Reparationen gebilligt ist?

Bevin: Wie soll man einen solchen Fall werten, wenn deutsche Unternehmen, die Eigentum britischer Untertanen waren, vor 1939 für Kriegszwecke übernommen wurden? In solchen Fällen gehen Engländer wegen dieser Änderung ihrer Eigentumsrechte verlustig.

Byrnes: In dem Falle, den Herr Bevin anführt, ändert die Abänderung nichts an der bestehenden Lage.

Bevin: Ich habe keine Einwände.

Byrnes: Wir können jetzt die Frage der Verwendung von alliierterem Eigentum zur Reparationszahlung oder als Kriegsbeute erörtern, wenn die sowjetische Delegation die Zeit hatte, sich mit dem Vorschlag zu befassen.

Stalin: Wir hatten keine Zeit, den Wortlaut dieses Entwurfs zu beraten. Ich schlage vor, den folgenden Beschluß zu notieren: "Die Konferenz hat beschlossen, den amerikanischen Vorschlag im Prinzip anzunehmen. Der genaue Wortlaut des Vorschlags ist auf diplomatischem Wege abzustimmen."

Wir hatten keine Zeit, den Wortlaut zu durchdenken, aber in der Sache sind wir mit dem Vorschlag einverstanden.

Truman: Ich bin mit dem Vorschlag der sowjetischen Delegation einverstanden.

Attlee: Ich bin ebenfalls einverstanden.

Byrnes: Man hat mir mitgeteilt, daß die Kommission, die sich mit der Aufstellung des Protokolls befaßt hat, eine Einigung erzielen konnte. Ich halte es für überflüssig, das ganze Protokoll vorzulesen, sondern nur die Punkte, über die es einzelne Meinungsverschiedenheiten gibt. Wir müssen natürlich noch den Vorschlag der sowjetischen Delegation über die Kriegsbeute hinzufügen, den wir soeben angenommen haben. Andere Abänderungen habe ich nicht.

Stalin: Ich habe eine Abänderung. Zur Frage der Westgrenze Polens heißt es im zweiten Absatz, daß die Grenze auf der Linie der Ostsee durch Swinemünde verläuft, als würde die Grenze durch die Stadt selbst gehen. Ich schlage daher vor zu sagen, daß die Grenzlinie von der Ostsee unmittelbar westlich oder etwas westlich von Swinemünde verläuft. Auf der Karte ist das deutlich.

(Truman und Attlee billigen die Formulierung "unmittelbar westlich von Swinemünde".)

Stalin: Die zweite Abänderung betrifft die Grenze des Gebietes Königsberg. Im zweiten Absatz steht geschrieben, daß der genaue Grenzverlauf von Experten festzulegen ist. Es wird vorgeschlagen zu sagen: "Dabei ist der genaue Grenzverlauf am Ort von Experten der UdSSR und Polens festzulegen."

Bevin: Wir können das nicht der Sowjetunion und Polen allein überlassen.

Stalin: Es handelt sich aber um die Grenze zwischen Polen und Rußland.

Bevin: Aber das muß von den Vereinten Nationen sanktioniert werden. Wir haben uns geeinigt, daß wir auf der Friedenskonferenz den sowjetischen Wunsch hinsichtlich dieser Grenze unterstützen werden, und jetzt sagen Sie uns, daß diese Grenze von der Sowjetunion und Polen festgelegt wird und uns das nichts angeht.

Stalin: Das ist ein Mißverständnis. Die Grenze insgesamt wird von der Friedenskonferenz festgelegt, aber es gibt einen anderen Begriff, den örtlichen Grenzverlauf. Es wird ein genereller Grenzverlauf vorgegeben, aber der örtliche Grenzverlauf kann von dieser gedachten Linie bis zu einem halben Kilometer nach dieser oder jener Seite abweichen. Die Grenze verläuft beispielsweise durch eine Siedlung. Warum soll man die Siedlung durch eine Grenzlinie teilen? An der Festlegung des örtlichen Grenzverlaufs sind nur Polen und Rußland interessiert. Wenn Sie meinen, daß das nicht ganz gewährleistet ist, wer soll dann noch in die Kommission aufgenommen werden? Jemand für England, für die USA? Wen Sie belieben, wir haben keine Einwände.

Attlee: Mir scheint, daß die Frage in folgendem besteht. Wir haben uns geeinigt, einen Vorschlag über die Grenzen im Prinzip anzunehmen. Was die endgültige Abgrenzung dieser Gebiete, die endgültige Grenzfestlegung, betrifft, so ist das Sache der Konferenz. Wenn wir die Sache jetzt Experten Polens und der Sowjetunion übergeben, so verletzen wir damit die technische Arbeit der Friedenskonferenz.

Stalin: Wie sieht das Herr Bevin?

Bevin: Wir wollen eine Expertenkommission, die von der Friedenskonferenz benannt wird.

Byrnes: Ich denke, daß man folgende Fassung vorschlagen könnte: Wenn sich Polen und die Sowjetunion auf der Friedenskonferenz über die Grenze einig sind, ist die ganze Sache abgeschlossen, und es bedarf keiner Experten. Wenn aber auf der Friedenskonferenz zwischen Polen und Rußland Meinungsverschiedenheiten herrschen werden, wird man eine Expertenkommission benennen müssen, deren Zusammensetzung durch den Rat der Außenminister oder durch die Friedenskonferenz selbst bestimmt wird. Das allerdings nur im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und der Sowjetunion.

Stalin: Lassen wir es bei der vorherigen Formulierung. Dort ist aber nicht gesagt, aus welchen Experten die Kommission bestehen soll.

(Truman und Attlee stimmen zu, daß die vorherige Formulierung bestehen bleibt.

Dann bringt die sowjetische Delegation eine Abänderung zum Abschnitt über den Abschluß der Friedensverträge und über die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen ein. Die sowjetische Delegation weist darauf hin, daß zwischen dem ersten und dritten Absatz des Dokuments ein Widerspruch besteht. Im ersten Absatz heißt es, die drei Regierungen betrachten es als wünschenswert, daß die gegenwärtige anormale Stellung Italiens, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns und Finnlands nach dem Abschluß von Friedensverträgen beendet werden soll, während der dritte Absatz die Möglichkeit der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn vor Abschluß der Friedensverträge mit diesen Ländern vorsieht. Die sowjetische Delegation schlägt vor, aus dem ersten Absatz die Worte "nach dem Abschluß von Friedensverträgen" zu streichen.)

Attlee: Das scheint mir nicht richtig zu sein, denn als wir den dritten Absatz formulierten, dachten wir an eine Herstellung diplomatischer Beziehungen "soweit ... dies möglich ist". Streicht man aus dem ersten Absatz die Worte "nach dem Abschluß von Friedensverträgen", so wird das bedeuten, daß wir weitergehen, als wir beabsichtigten. Diese Worte müssen stehenbleiben.

Stalin: Aber im ersten Absatz heißt es, daß diplomatische Beziehungen erst nach dem Abschluß von Friedensverträgen aufgenommen werden können, und im dritten Absatz heißt es anders. Es ergibt sich ein Widerspruch.

Attlee: Gerade deshalb wünschen die Engländer diese Worte. Im ersten Absatz ist eine notwendige Handlung vorgesehen, nämlich die Herstellung diplomatischer Beziehungen nach dem Abschluß von Friedensverträgen, im dritten Absatz hingegen ergeht die Empfehlung zu versuchen, dies zu tun, soweit dies vor Abschluß der Friedensverträge möglich ist.

Stalin: Wir können dem nicht zustimmen, da der Versuch, der im dritten Absatz bezüglich der Herstellung diplomatischer Beziehungen eingeräumt wird, im ersten Absatz direkt negiert wird. Das ändert den Sinn dieser Entscheidung. Wie soll man dem zustimmen können?

Attlee: Mir scheint hier kein Widerspruch vorzuliegen: Im ersten Fall ist von der Herstellung normaler Beziehungen die Rede, das heißt voller diplomatischer Beziehungen, und im zweiten Fall der Versuch, nach Möglichkeit näher an die Herstellung solcher Beziehungen heranzukommen.

Stalin: Ich kann einer solchen Auslegung auf keinen Fall zustimmen. Ich nehme als konkretes Beispiel Finnland. Es gibt keine Begründung, um weiterhin die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Finnland zu verweigern. Während im ersten Absatz die Worte "nach dem Abschluß von Friedensverträgen" die Herstellung diplomatischer Beziehungen direkt verbieten. Das ist völlig falsch.

Attlee: Wir befinden uns noch im Kriegszustand mit Finnland.

Stalin: Mit Italien ist der Kriegszustand ebenfalls nicht beendet, indessen unterhält Amerika diplomatische Beziehungen mit Italien, und auch wir unterhalten diplomatische Beziehungen.

Attlee: Mir scheint, daß wir jetzt wieder zurückkehren zu dem, was wir vor einigen Tagen erörtert haben. Wir haben unseren Standpunkt erschöpfend dargelegt, und wir sind der Sowjetunion entgegengekommen, soweit dies nach unserer Verfassung überhaupt möglich war. Wir finden, daß wir große Zugeständnisse gemacht haben, über die hinaus wir nicht gehen können.

Stalin: Daraus wird nichts. Finnland hat wesentlich größere Rechte auf die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen als Italien. In Finnland besteht eine frei gewählte Regierung, die seitdem den Krieg gegen die Alliierten längst beendet und Deutschland den Krieg erklärt hat. In Italien gibt es keine frei gewählte Regierung, und die Beteiligung am Krieg gegen Deutschland nach der Kapitulation war minimal. Mit welcher Begründung sollen wir die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Finnland hinausschieben? Wo bleibt die Logik?

Bevin: Ich möchte zu einer Einigung kommen und unterbreite deshalb folgenden Vorschlag. Ich schlage die folgende Fassung des ersten Absatzes vor: "Die drei Regierungen betrachten es als wünschenswert, daß die gegenwärtig anormale Stellung Italiens, Bulgariens, Finnlands, Ungarns und Rumäniens durch Abschluß von Friedensverträgen beendet werden soll. Sie vertrauen darauf, daß auch die anderen interessierten alliierten Regierungen diese Ansicht teilen."

Stalin: Gut. Die sowjetische Delegation hat keine weiteren Abänderungsvorschläge.

Bevin: Hurra! (*Heiterkeit*)

Byrnes: Die nächste Frage - über die Mitteilung. Wir haben von der englischen Delegation eine neue Fassung der Einleitung erhalten. Wir haben keine Einwände dagegen.

Stalin: Gibt es einen großen Unterschied? Worin besteht dieser Unterschied?

Byrnes: Auf Seite zwei wird eine Veränderung rein redaktionellen Charakters vorgenommen, der Sinn ändert sich nicht.

Stalin: Vielleicht verfahren wir so: Nach der Übersetzung in die russische Sprache sehen wir uns diese Veränderung an und gehen jetzt zum nächsten Abschnitt über.

(Truman und Attlee stimmen zu.)

Byrnes: Abschnitt II - über die Einrichtung eines Rates der Außenminister. Hier gibt es keine Meinungsverschiedenheiten.

(Abschnitt II wird angenommen.)

Byrnes: Abschnitt III - über Deutschland. Im ersten Absatz gibt es Einwände gegen die Worte "denen es laut Beifall spendete".

Stalin: Man kann sagen, "welche es ... offen gebilligt hat".

Bevin: Blind gehorcht hat, das heißt, auf dumme Weise gehorcht hat.

Stalin: Ich schlage vor, doch folgendermaßen zu sagen: "welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat".

(Der Vorschlag wird angenommen.)

Byrnes: Andere Abänderungen gibt es nicht?

Stalin: Nein.

Bevin: In Punkt 12 der wirtschaftlichen Grundsätze ist eine Wiederholung dessen, was bereits in Punkt 9 (IV) der politischen Grundsätze gesagt ist.

Stalin: Ich schlage vor, diesen Ausdruck aus den wirtschaftlichen Grundsätzen zu streichen und ihn in den politischen Grundsätzen aufzunehmen. *(Alle stimmen zu.)* Wir haben keine weiteren Abänderungen.

Byrnes: Der Abschnitt IV - über die Reparationen aus Deutschland. Es gibt keine Abänderungen.

Abschnitt V - über die Kriegs- und Handelsflotte Deutschlands.

Stalin: Es gibt einen vereinbarten Beschluß, wir haben keine Abänderungen.

Byrnes: Abschnitt VI - über die Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet.

Stalin: Einverstanden.

Byrnes: Abschnitt VII - Kriegsverbrecher.

Stalin: Ich denke, daß der erste einleitende Absatz zu streichen wäre und nur der zweite Absatz bleiben sollte, der mit den Worten beginnt: "Die drei Regierungen haben Kenntnis genommen" usw.

Bevin: Wir haben es bereits gestrichen.

Stalin: Gut.

Byrnes: Abschnitt VIII - über Österreich.

(Die sowjetische Delegation schlägt vor, aus dem Abschnitt über Österreich den letzten Satz über die Reparationen zu streichen und ihn nur im Protokoll stehenzulassen.)

Truman: Wir nehmen den Vorschlag der sowjetischen Delegation an, den letzten Satz aus der Mitteilung zu streichen.

Byrnes: Abschnitt IX - über Polen.

Stalin: Keine Abänderung.

Bevin: Ich möchte eine kleine Abänderung redaktionellen Charakters vorschlagen. Im zweiten Abschnitt statt der Worte "ihre Haltung wurde in der folgenden Feststellung definiert" zu sagen "definieren sie ihre Haltung in der folgenden Feststellung".

Stalin: Das kann man.

Bevin: Auf Seite zwei würde ich hinsichtlich Polens ebenfalls die einleitenden Worte "bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt" ersetzen durch die Worte "bezüglich der Westgrenze Polens legten sie folgenden Standpunkt fest".

Truman: Ich habe bereits den Vertretern der polnischen Regierung mitgeteilt, daß wir der früheren Formulierung zugestimmt haben.

Stalin: Dann ist es besser, die frühere Formulierung zu belassen.

Bevin: Der Vorschlag des Generalissimus, "unmittelbar westlich von Swinemünde" zu sagen, ist meines Erachtens sehr treffend.

Stalin: Ja, so sollte man besser sagen. Gehen wir zum X. Abschnitt über.

Bevin: Hier möchte ich eine kleine Abänderung vor allem psychologischen Charakters machen. Ich würde den einleitenden Teil des Abschnitts X folgendermaßen fassen: "Die Konferenz einigte sich auf die folgende Erklärung über eine gemeinsame Politik zur möglichst baldigen Schaffung der Bedingungen für einen dauerhaften Frieden nach der siegreichen Beendigung des Krieges in Europa." Das klingt besser.

Stalin: Dem Wesen nach ist es die gleiche Formulierung, sie gibt nichts Neues.

Truman: Beides ist akzeptabel.

Bevin: Englisch liest sich das besser. Im Amerikanischen vielleicht schlechter? (*Heiterkeit*)

Truman: Beides ist akzeptabel.

Stalin: Die frühere Formulierung enthält den gleichen Gedanken wie bei Herrn Bevin, aber er ist kürzer dargelegt. Man kann aber natürlich auch das andere akzeptieren.

Bevin: Dann ziehen Sie diesmal bitte unsere Fassung vor. (*Heiterkeit*)

Stalin: Wenn Herr Bevin darauf besteht, kann man wohl seine Formulierung akzeptieren.

Truman: Ich bin einverstanden. Abschnitt XII - über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn.

Stalin: Das ist vereinbart.

Truman: Abschnitt XIII - Überführung deutscher Bevölkerungsteile.

Stalin: Hier ist bereits besser gesagt - "ordnungsgemäße Überführung".

Truman: Die Frage der militärischen Verhandlungen.

Stalin: Ist von allgemeinem Interesse. Wir haben keine Einwände, daß die Frage in der Mitteilung erscheint.

Bevin: Die englische Delegation hat eine Frage zu Abschnitt XII über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn. In den letzten drei Zeilen heißt es: "und nimmt als Grundlage bezüglich der drei Länder die Vorschläge der Sowjetregierung für die Alliierte Kontrollkommission in Ungarn an". Aber wir sagen nicht, worin diese Vorschläge bestehen. Deshalb könnte man sagen, "wobei die vereinbarten Vorschläge als Grundlage dienen sollen".

Stalin: Dem kann man zustimmen. Wer wird die Mitteilung unterzeichnen?

Truman: Es unterzeichnen alle.

Stalin: Gut.

Truman: Kehren wir zum einleitenden Teil der Mitteilung zurück.

Stalin: Wir haben keine Einwände.

Bevin: Wir möchten die Mitteilung am Freitagmorgen in der Presse veröffentlichen.

Stalin: Und wann kann sie im Rundfunk gesendet werden?

Bevin: Donnerstag, 9.30 Uhr abends, Greenwich-Zeit.

Stalin: Gut.

Byrnes: Bezüglich des Ruhrgebiets. Im russischen Text des Protokolls heißt es, daß die Konferenz die sowjetischen Vorschläge bezüglich des Ruhrindustrialgebiets behandelt hat. Es wurde beschlossen, diese Frage dem Rat der Außenminister in London zur Diskussion zu überweisen. Im englischen Text des Protokolls fehlt der Hinweis auf das Ruhrgebiet. Ich habe das so aufgefaßt, daß es keinen solchen Beschluß gab, aber der Präsident sagt, daß dies auf seinen Vorschlag hin angenommen wurde. Ich schlage deshalb vor, die Fassung zu präzisieren. Hier ist nicht gesagt, worin der Vorschlag der sowjetischen Delegation besteht, der dem Rat der Außenminister in London zur Behandlung überwiesen wird.

Stalin: Diese Frage muß man meines Erachtens absetzen.

Truman: Gut.

Stalin: *(nach Kenntnisnahme der Grußadresse an Churchill und Eden)* Ich habe keine Einwände gegen den vorgeschlagenen Text der Adresse.

Attlee: Ich schlage vor, daß das Telegramm in englischer Sprache vom Präsidenten und vom Generalissimus unterzeichnet wird.

Stalin: Wäre es nicht möglich, daß der Präsident als Vorsitzender der Konferenz als erster unterschreibt?

Attlee: Es werden hier drei Unterschriften stehen.

(Die Grußadresse wird von den drei Regierungschefs unterzeichnet.)

Byrnes: Ich denke, daß man Vertreter benennen sollte, die den Text des Protokolls überprüfen.

(Es werden die Vertreter für die Kommission zur Redigierung des Protokolls benannt.)

Truman: Ich erkläre die Berliner Konferenz für geschlossen. Bis zur nächsten Begegnung, die, wie ich hoffe, bald stattfinden wird.

Stalin: Gott geb's!

Attlee: Herr Präsident, bevor wir auseinandergehen, möchte ich dem Generalissimus unseren Dank aussprechen für die ausgezeichneten Maßnahmen, die hier getroffen wurden zu unserer Unterbringung und zur Schaffung guter Arbeitsbedingungen und Ihnen, Herr Präsident, für die so geschickte Leitung dieser Konferenz.

Ich möchte die Hoffnung ausdrücken, daß unsere Konferenz sich als wichtiger Markstein auf dem Wege erweisen wird, auf dem unsere drei Völker gemeinsam zu einem dauerhaften Frieden schreiten, und daß die Freundschaft zwischen uns drei, die wir uns hier getroffen haben, fest und von langer Dauer sein wird.

Stalin: Das ist auch unser Wunsch.

Truman: Im Namen der amerikanischen Delegation möchte ich dem Generalissimus den

Dank aussprechen für alles, was er für uns getan hat, und ich möchte mich den Worten von Herrn Attlee anschließen.

Stalin: Die russische Delegation schließt sich den von Herrn Attlee hier ausgesprochenen Dank an den Präsidenten für dessen geschickte und exakte Leitung an.

Truman: Ich danke Ihnen für die gute Zusammenarbeit bei der Lösung aller wichtigen Fragen.

Stalin: Ich möchte Herrn Byrnes meinen persönlichen Dank aussprechen, der uns in unserer Arbeit wertvollen Beistand geleistet und das Zustandekommen unserer Beschlüsse gefördert hat.

Byrnes: Ich bin tief gerührt durch die liebenswürdigen Worte des Generalissimus und hoffe, daß ich gemeinsam mit meinen Kollegen für die Arbeit dieser Konferenz nützlich war.

Stalin: Die Konferenz kann man wohl als gelungen bezeichnen.

Truman: Ich möchte den anderen Außenministern und all denen, die uns in unserer Arbeit so sehr geholfen haben, danken.

Attlee: Ich schließe mich den Gefühlen, die hier an die Adresse unserer drei Außenminister geäußert wurden, an.

Truman: Ich erkläre die Berliner Konferenz für geschlossen.<<

Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte. Ungeachtet der weitreichenden Beschlüsse wurde damals kein völkerrechtliches Abkommen oder ein Friedensvertrag, sondern lediglich ein Gesprächsprotokoll unterzeichnet.

Die französische Regierung stimmte den Potsdamer Beschlüssen - mit Ausnahme der Abschnitte, die sich auf die Erhaltung der Einheit Deutschlands bezogen - nachträglich am 7. August 1945 zu, lehnte es jedoch ab, die französische Besatzungszone für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene zu öffnen (x040/293, x118/31).



Abb. 71 (x175/411): Potsdamer Konferenz (sitzend von links der neue britische Premierminister Clement Attlee, der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman und der sowjetische Generalissimus Josef Stalin).

Die Potsdamer Konferenz war keine Friedenskonferenz. Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlichen Vertrag, denn die Potsdamer Beschlüsse entsprachen nicht den damaligen Kriterien eines internationalen Vertrages. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die betroffenen Deutschen waren damals in keiner Weise beteiligt.

Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Die Artikel VI über Königsberg und Ostpreußen, Artikel IX über die provisorische Westgrenze Polens und Artikel XIII über die "ordnungsgemäße Überführung" der im Osten verbliebenen Deutschen lösten letzten Endes die größte Vertreibung der Geschichte aus.

Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen. Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und

unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.

Nach der Potsdamer Konferenz setzte man in Polen und in der CSR die "wilden Vertreibungen" fort. Die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" und andere Abmachungen wurden häufig ebenfalls nicht beachtet.

Das sogenannte Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam) wurde am 22. August 1945 veröffentlicht (x101/188-197): >>"Potsdamer Abkommen"

2. August 1945

Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin

I.

Am 17. Juli 1945 trafen sich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Harry S. Truman, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Generalissimus J. W. Stalin, und der Premierminister Großbritanniens, Winston S. Churchill, sowie Herr Clement R. Attlee auf der von den drei Mächten beschickten Berliner Konferenz. Sie wurden begleitet von den Außenministern der drei Regierungen, W. M. Molotow, Herrn D. F. Byrnes und Herrn A. Eden, den Stabschefs und anderen Beratern.

In der Periode vom 17. bis 25. Juli fanden neun Sitzungen statt. Darauf wurde die Konferenz für zwei Tage unterbrochen, an denen in England die Wahlergebnisse verkündet wurden.

Am 28. Juli kehrte Herr Attlee in der Eigenschaft als Premierminister in Begleitung des neuen Außenministers, Herrn E. Bevin, zu der Konferenz zurück. Es wurden noch vier Sitzungen abgehalten. Während der Konferenz fanden regelmäßige Begegnungen der Häupter der drei Regierungen, von den Außenministern begleitet, und regelmäßige Beratungen der Außenminister statt.

Die Kommissionen, die in den Beratungen der Außenminister für die vorherige Vorbereitung der Fragen eingesetzt worden waren, tagten gleichfalls täglich. Die Sitzungen der Konferenz fanden in Cäcilienhof bei Potsdam statt.

Die Konferenz schloß am 2. August 1945. Es wurden wichtige Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen. Es fand ein Meinungsaustausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister, der auf dieser Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt.

Präsident Truman, Generalissimus Stalin und Premierminister Attlee verlassen diese Konferenz, welche das Band zwischen den drei Regierungen fester geknüpft und den Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Verständigung erweitert hat, mit der verstärkten Überzeugung, daß ihre Regierungen und Völker, zusammen mit anderen Vereinten Nationen, die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden.

II.

Die Einrichtung eines Rates der Außenminister

Die Konferenz erreichte eine Einigung über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten, zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung und zur Beratung anderer Fragen, welche nach Übereinstimmung zwischen den Teilnehmern in dem Rat der Regierungen von Zeit zu Zeit an den Rat übertragen werden können.

Der Text der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet:

1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika.

2. (I) Der Rat tagt normalerweise in London, wo der ständige Sitz des Vereinigten Sekretariats sein wird, das durch den Rat zu schaffen ist. Jeder Außenminister wird durch einen Stellvertreter von hohem Rang begleitet werden, welcher gegebenenfalls bevollmächtigt ist, während

seiner, des Außenministers, Abwesenheit die Arbeit weiterzuführen, sowie von einem kleinen Stab technischer Mitarbeiter.

(II) Die erste Sitzung des Rates findet in London nicht später als am 1. September 1945 statt. Die Sitzungen können nach allgemeiner Übereinkunft nach anderen Hauptstädten einberufen werden; diese Übereinkunft kann von Zeit zu Zeit herbeigeführt werden.

3. (I.) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.

(II) Zwecks Lösung jeder dieser Aufgaben wird der Rat aus Mitgliedern bestehen, welche diejenigen Regierungen vertreten, die die Bedingungen in der Kapitulation unterschrieben haben, diktiert an den Feindstaat, den die gegebene Aufgabe betrifft. Bei der Betrachtung der Fragen der Friedensregelung mit Italien wird Frankreich als Unterschriftsleistende der Kapitulationsbedingungen Italiens betrachtet werden. Andere Mitglieder werden zur Teilnahme am Rat eingeladen werden, wenn Fragen erörtert werden, die sie direkt betreffen.

(III) Andere Angelegenheiten werden von Zeit zu Zeit dem Rat übertragen werden nach Übereinkunft zwischen den Regierungen, die seine Mitglieder sind.

4. (I) Wenn der Rat eine Frage erörtern wird, an der unmittelbar ein Staat interessiert ist, der in ihm nicht vertreten ist, so muß dieser Staat eingeladen werden, seine Vertreter zur Teilnahme an der Beratung und Prüfung dieser Frage zu entsenden.

(II) Der Rat kann seine Arbeitsweise dem Charakter des gestellten, von ihm zu prüfenden Problems anpassen. In gewissen Fällen kann er die Frage zunächst in seiner Zusammensetzung vor der Teilnahme anderer interessierter Staaten vorberaten. In anderen Fällen kann der Rat zu einer offiziellen Konferenz den Staat einberufen, der hauptsächlich an der Lösung eines besonderen Problems interessiert ist.

Der Entschließung der Konferenz entsprechend, schickte jede der drei Regierungen gleichlautende Einladungen an die Regierungen von China und Frankreich, diesen Text anzunehmen und sich ihnen zur Errichtung des Rates anzuschließen.

Die Errichtung des Rates der Außenminister für besondere Ziele, die in diesem Text genannt worden sind, widerspricht nicht der auf der Krim-Konferenz erzielten Übereinkunft über die Abhaltung periodischer Beratungen der Außenminister der Vereinigten Staaten, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Vereinigten Königreiches.

Die Konferenz überprüfte auch die Situation der Europäischen Konsultativen Kommission im Sinne der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß die Kommission erfolgreich ihre Hauptaufgaben bewältigt hat, indem sie die Vorschläge betreffend die bedingungslose Kapitulation, die Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs und das internationale Kontrollsystem in diesen Ländern vorlegte. Es wurde für richtig befunden, daß die speziellen Fragen, die die gegenseitige Angleichung der Politik der Alliierten hinsichtlich der Kontrolle über Deutschland und Österreich betreffen, in Zukunft der Zuständigkeit des Kontrollrats in Berlin und der Alliierten Kommission in Wien unterliegen sollen. Demgemäß ist man darüber einig geworden, die Auflösung der Europäischen Konsultativen Kommission zu empfehlen.

III.

Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und **das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen**, die unter der Leitung derer, welche es zur

Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und **die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung** in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere **Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.**

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volke die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Der Text dieser Übereinkunft lautet:

"Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß:

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone, sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.

2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung. Zu diesem Zweck:

a) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, der Reservisten, der Kriegsschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen;

b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgerät und alle Spezialmittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgeräte wird vorgebeugt werden.

(II) Das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.

5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.

6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.

8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden.

9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:

(I) Die lokale Selbstverwaltung wird in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen, und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und den Zielen der militärischen Besetzung vereinbar ist, wiederhergestellt.

(II) In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.

(III) Der Grundsatz der Wahlvertretung soll in die Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesverwaltungen, so schnell wie es durch erfolgreiche Anwendung dieser Grundsätze in der örtlichen Selbstverwaltung gerechtfertigt werden kann, eingeführt werden.

(IV) Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.

10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen

sollen respektiert werden. Die Schaffung Freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden.

B. Wirtschaftliche Grundsätze

11. Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden.

Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken, entsprechend dem genehmigten Stand der friedlichen Nachkriegsbedürfnisse Deutschlands, um die in dem Punkt 15 angeführten Ziele zu befriedigen.

Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, empfohlen durch die interalliierte Reparationskommission und bestätigt durch die beteiligten Regierungen, entweder zu entfernen oder, falls sie nicht entfernt werden kann, zu vernichten.

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

13. Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen.

14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Mit diesem Ziel sind gemeinsame Richtlinien aufzustellen hinsichtlich:

- a) der Erzeugung und der Verteilung der Produkte der Bergbau- und der verarbeitenden Industrie;
- b) der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und der Fischerei;
- c) der Löhne, der Preise und der Rationierung;
- d) des Import- und Exportprogramms für Deutschland als Ganzes;
- e) der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und der Zölle;
- f) der Reparationen und der Beseitigung des militärischen Industriepotentials;
- g) des Transport- und Verkehrswesens.

Bei der Durchführung dieser Richtlinien sind gegebenenfalls die verschiedenen örtlichen Bedingungen zu berücksichtigen.

15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

- a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;
- b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**. (Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion);
- c) zur Sicherung - in der Reihenfolge, die der Kontrollrat festsetzt - einer gleichmäßigen Verteilung der wesentlichsten Waren unter den verschiedenen Zonen, um ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben in ganz Deutschland zu schaffen und die Einfuhrnotwendigkeit einzuschränken;
- d) zur Überwachung der deutschen Industrie und aller wirtschaftlichen und finanziellen internationalen Abkommen einschließlich der Aus- und Einfuhr mit dem Ziel der Unterbindung einer Entwicklung des Kriegspotentials Deutschlands und der Erreichung der anderen genann-

ten Aufgaben;

e) zur Überwachung aller deutschen öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen Forschungs- oder Versuchsanstalten, Laboratorien usw., die mit einer Wirtschaftstätigkeit verbunden sind.

16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. Den deutschen Behörden ist nahelegen, in möglichst vollem Umfange die Verwaltung dieses Apparates zu fördern und zu übernehmen. So ist dem deutschen Volk klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird. Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.

17. Es sind unverzüglich Maßnahmen zu treffen zur:

a) Durchführung der notwendigen Instandsetzungen des Verkehrswesens,

b) Hebung der Kohlenerzeugung,

c) weitestmöglichen Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion und

d) Durchführung einer beschleunigten Instandsetzung der Wohnungen und der wichtigsten öffentlichen Einrichtungen.

18. Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind.

19. Die Bezahlung der Reparationen soll dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne eine Hilfe von außen zu existieren. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes Deutschlands sind die nötigen Mittel für die Einfuhr bereitzustellen, die durch den Kontrollrat in Deutschland genehmigt worden ist. Die Einnahmen aus der Ausfuhr der Erzeugnisse der laufenden Produktion und der Warenbestände dienen in erster Linie der Bezahlung dieser Einfuhr. Die hier erwähnten Bedingungen werden nicht angewandt bei den Einrichtungen und Produkten, die in den Punkten 4a und 4b der Übereinkunft über die deutschen Reparationen erwähnt sind.

IV.

Reparationen aus Deutschland

1. In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krim-Konferenz, wonach Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft über Reparationen erreicht:

Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.

2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.

3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und der anderen zu Reparationsforderungen berechtigten Länder werden aus den westlichen Zonen und den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden.

4. In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR aus ihrer eigenen Besatzungszone erhält, wird die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen erhalten:

a) 15 % derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Ausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrien, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig und aus den westlichen Zonen Deutschlands zu entnehmen sind, im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Kali,

Zink, Holz, Tonprodukten, Petroleumprodukten und anderen Waren, nach Vereinbarung.

b) 10 % derjenigen industriellen Ausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und aus den westlichen Zonen zu entnehmen und auf Reparationskonto an die Sowjetregierung zu übertragen ist ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art. Die Entnahmen der Ausrüstung, wie sie oben in a) und b) vorgesehen sind, sollen gleichzeitig erfolgen.

5. Der Umfang der aus den westlichen Zonen zu entnehmenden Ausrüstung, der auf Reparationskonto geht; muß spätestens innerhalb sechs Monaten von jetzt ab bestimmt sein.

6. Die Entnahme der industriellen Ausrüstung soll so bald wie möglich beginnen und innerhalb von zwei Jahren, gerechnet vom Zeitpunkt der in § 5 spezifizierten Bestimmung, abgeschlossen sein. Die Auslieferung der in § 4a) genannten Produkte soll so schnell wie möglich beginnen, und zwar in durch Vereinbarung bedingten Teillieferungen seitens der Sowjetunion, und innerhalb von fünf Jahren von dem erwähnten Datum ab erfolgen.

Die Bestimmung des Umfanges und der Art der industriellen Ausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und der Reparation unterliegt, soll durch den Kontrollrat gemäß den Richtlinien erfolgen, die von der alliierten Kontrollkommission für Reparationen, unter Beteiligung Frankreichs, festgelegt sind, wobei die endgültige Entscheidung durch den Kommandierenden der Zone getroffen wird, aus der die Ausrüstung entnommen werden soll.

7. Vor der Festlegung des Gesamtumfanges der der Entnahme unterworfenen Ausrüstung sollen Vorschußlieferungen solcher Ausrüstung erfolgen, die als zur Auslieferung verfügbar bestimmt werden in Übereinstimmung mit dem Verfahren, das im letzten Satz des § 6 vorgesehen ist.

8. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche bezüglich der Reparationen aus Anteilen an deutschen Unternehmungen, die in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in allen Ländern, mit Ausnahme der weiter unten in § 9 gekennzeichneten Fälle.

9. Die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreichs verzichten auf ihre Ansprüche im Hinblick auf Reparationen hinsichtlich der Anteile an deutschen Unternehmungen, die in der östlichen Besatzungszone in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ostösterreich.

Die Sowjetunion erhebt keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold.

V.

Die deutsche Kriegs- und Handelsmarine

Die Konferenz erzielte im Prinzip eine Einigung hinsichtlich der Maßnahmen über die Ausnutzung und die Verfügung über die ausgelieferte deutsche Flotte und die Handelsschiffe. Es wurde beschlossen, daß die drei Regierungen Sachverständige bestellen, um gemeinsam detaillierte Pläne zur Verwirklichung der vereinbarten Grundsätze auszuarbeiten. Eine weitere gemeinsame Erklärung wird von den drei Regierungen gleichzeitig zu gegebener Zeit veröffentlicht werden.

VI.

Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet

Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung, daß **vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung** derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg - Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen soll.

Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion ge-

mäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt. **Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden.**

VII.

Kriegsverbrecher

Die drei Regierungen haben von dem Meinungs-austausch Kenntnis genommen, der in den letzten Wochen in London zwischen britischen, USA-, sowjetischen und französischen Vertretern mit dem Ziele stattgefunden hat, eine Vereinbarung über die Methoden des Verfahrens gegen alle Hauptkriegsverbrecher zu erzielen, deren Verbrechen nach der Moskauer Erklärung vom Oktober 1943 räumlich nicht besonders begrenzt sind.

Die drei Regierungen bekräftigen ihre Absicht, diese Verbrecher einer schnellen und sicheren Gerichtsbarkeit zuzuführen. Sie hoffen, daß die Verhandlungen in London zu einer schnellen Vereinbarung führen, die diesem Zwecke dient, und sie betrachten es als eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit, daß der Prozeß gegen diese Hauptverbrecher zum frühest möglichen Zeitpunkt beginnt.

Die erste Liste der Angeklagten wird vor dem 1. September dieses Jahres veröffentlicht werden.

VIII.

Österreich

Die Konferenz hat einen Vorschlag der Sowjetregierung über die Ausdehnung der Autorität der österreichischen provisorischen Regierung auf ganz Österreich geprüft.

Die drei Regierungen stimmten darin überein, daß sie bereit seien, diese Frage nach dem Einzug der britischen und amerikanischen Streitkräfte in die Stadt Wien zu prüfen.

Artikel IX.

Polen

Die Konferenz hat die Fragen, die sich auf die Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit und auf die Westgrenze Polens beziehen, der Betrachtung unterzogen.

Hinsichtlich der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit definierten sie ihre Haltung in der folgenden Feststellung:

a) Wir haben mit Genugtuung von dem Abkommen Kenntnis genommen, das die polnischen Vertreter aus Polen selbst und diejenigen aus dem Auslande erzielt haben, durch das die in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz erfolgte Bildung einer Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit möglich geworden ist, die von den drei Mächten anerkannt worden ist. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der Polnischen Provisorischen Regierung durch die britische Regierung und die Regierung der Vereinigten Staaten hatte die Zurückziehung ihrer Anerkennung der früheren polnischen Regierung in London zur Folge, die nicht mehr besteht.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben Maßnahmen zum Schutze der Interessen der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staate gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.

Sie haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen.

Der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit werden alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden zur Wiederherstellung eines beliebigen Eigentumsrechtes des Polnischen Staates, das ihm ungesetzlich entzogen worden sein sollte.

Die drei Mächte sind darum besorgt, der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit bei der Angelegenheit der Erleichterung der möglichst baldigen Rückkehr aller Polen im Ausland nach Polen behilflich zu sein, und zwar für alle Polen im Ausland, die nach Polen zurückzukehren wünschen, einschließlich der Mitglieder der polnischen bewaffneten Streitkräfte und der polnischen Handelsmarine. Sie erwarten, daß den in die Heimat zurückkehrenden Polen die gleichen persönlichen und eigentumsmäßigen Rechte zugebilligt werden wie allen übrigen polnischen Bürgern.

Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz der Abhaltung freier und ungehinderter Wahlen, die sobald wie möglich auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung durchgeführt werden sollen, zugestimmt hat, wobei alle demokratischen und antinazistischen Parteien das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben und die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen sollen, der Welt über die Entwicklung der Ereignisse in Polen vor und während der Wahlen zu berichten.

b) Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt:

In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der polnischen provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Nationalrates Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange dargelegt. Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, **daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.**

Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens, die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.

X.

Der Abschluß der Friedensverträge und Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen

Die Konferenz einigte sich auf die folgende Erklärung über eine gemeinsame Politik zur möglichst baldigen Schaffung der Bedingungen für einen dauerhaften Frieden nach der siegreichen Beendigung des Krieges in Europa.

Die drei Regierungen betrachten es als wünschenswert, daß die gegenwärtige anormale Stellung Italiens, Bulgariens, Finnlands, Ungarns und Rumäniens durch den Abschluß von Friedensverträgen beendet werden soll. Sie vertrauen darauf, daß auch die anderen interessierten alliierten Regierungen diese Ansicht teilen.

Für ihren Teil haben die drei Regierungen die Vorbereitung eines Friedensvertrages für Italien als erste unter den vordringlichen und wichtigen Aufgaben vorgesehen, denen sich der Rat der Außenminister unterziehen soll. Italien war die erste der Achsenmächte, die mit Deutschland gebrochen hat, zu dessen Niederlage es materiell erheblich beigetragen hat, und es hat sich jetzt den Alliierten in ihrem Kampf gegen Japan angeschlossen. Italien hat sich selbst vom

faschistischen Regime befreit und macht gute Fortschritte auf dem Wege zur Wiederherstellung einer demokratischen Regierung und demokratischer Einrichtungen. Der Abschluß eines solchen Friedensvertrages mit einer anerkannten und demokratischen italienischen Regierung würde es den drei Regierungen ermöglichen, ihrem Wunsche entsprechend einen Antrag Italiens auf die Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen.

Die drei Regierungen haben ferner den Rat der Außenminister mit der Aufgabe einer Vorbereitung von Friedensverträgen für Bulgarien, Finnland, Ungarn und Rumänien beauftragt. Der Abschluß von Friedensverträgen mit anerkannten demokratischen Regierungen in diesen Staaten würde ebenfalls die drei Regierungen befähigen, deren Anträge auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zu unterstützen.

Die drei Regierungen kommen überein, jede für sich in naher Zukunft im Lichte der dann vorherrschenden Bedingungen die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu untersuchen, soweit dies vor Abschluß von Friedensverträgen mit diesen Ländern möglich ist.

Die drei Regierungen zweifeln nicht, daß im Hinblick auf die veränderten Umstände, bedingt durch das Kriegsende in Europa, die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen, der Welt über die Ereignisse in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland zu berichten.

Hinsichtlich der Zulassung anderer Staaten zur Organisation der Vereinten Nationen erklärt Artikel 4 der Charta der Vereinten Nationen folgendes:

"1. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, die die in der vorliegenden Charta enthaltenen Verpflichtungen akzeptieren und nach dem Urteil der Organisation willens und in der Lage sind, diese Verpflichtungen durchzuführen.

2. Die Zulassung jedes derartigen Staates zur Mitgliedschaft der Vereinten Nationen erfolgt durch Beschluß der Generalversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates."

Die drei Regierungen werden ihrerseits Anträge auf Mitgliedschaft seitens solcher Staaten, die während des Krieges neutral geblieben sind und die oben aufgeführten Bedingungen erfüllen werden, unterstützen. Die drei Regierungen fühlen sich jedoch verpflichtet, klarzustellen, daß sie für ihren Teil einen Antrag auf Mitgliedschaft seitens der gegenwärtigen spanischen Regierung, die sich mit Unterstützung der Achsenmächte gebildet hat, nicht begünstigen werden, da diese angesichts ihres Ursprunges, ihres Charakters, ihrer Geschichte und ihrer engen Verbindung mit den Angreiferstaaten nicht die notwendigen Qualifikationen zur Rechtfertigung einer derartigen Mitgliedschaft besitzt.

XI.

Territoriale Treuhänderschaft

Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich einer Treuhänderschaft über Territorien, wie sie in dem Beschluß der Krim-Konferenz und in der Charta der Vereinten Nationen definiert sind.

Nach einem Meinungs austausch über diese Frage wurde beschlossen, daß die Verfügung über frühere italienische Kolonialgebiete im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages für Italien geklärt und im September vom Rat der Außenminister beraten werden soll.

XII.

Verfahrensrevision bei der alliierten Kontrollkommission in Rumänien, Bulgarien und Ungarn

Die drei Regierungen nahmen zur Kenntnis, daß die Sowjetvertreter bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn ihren britischen und amerikanischen Kollegen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Kontrollkommissionen übermittelt haben, nachdem die Feindseligkeiten in Europa aufgehört haben.

Die drei Regierungen kamen überein, daß die Revision des Verfahrens der alliierten Kontrollkommission in diesen Ländern jetzt durchgeführt werden könne, wobei die Interessen und Verantwortlichkeiten der drei Regierungen berücksichtigt sind, die gemeinsam die Waffenstillstandsbedingungen den jeweiligen Ländern vorgelegt haben, und wobei die vereinbarten Vorschläge als Grundlage dienen sollen.

XIII.

Ordnungsmäßige Überführung deutscher Bevölkerungsteile

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in **Polen**, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. **Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.**

Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll.

Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist.

Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß geprüft haben.

Artikel XIV.

Militärische Besprechungen

Während der Konferenz fanden Sitzungen zwischen den Stabschefs der drei Regierungen über militärische Themen gemeinsamen Interesses statt.

2. August 1945.

(Dieser Bericht ist von J. W. Stalin, Harry S. Truman und C. R. Attlee unterzeichnet.)<<

Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte. Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

Die Potsdamer Konferenz war keine Friedenskonferenz. Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlich bindenden Vertrag, denn die Potsdamer Beschlüsse entsprachen nicht den damaligen Kriterien eines internationalen Vertrages. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die betroffenen Deutschen waren damals in keiner Weise beteiligt.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die deutschen "Ostgebiete" (x051/434): >>Ostgebiete, nach 1945 Bezeichnung für die östlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.37 - also nicht mit Sude-

tenland.

Aufgrund des Potsdamer Abkommens vom 2.8.45 wurden die Ostgebiete vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem Friedensvertrag, polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt. Statt der vorgesehenen "humanen" Aussiedlung der deutschen Bevölkerung der Ostgebiete kam es jedoch zur Vertreibung. Gegen das Abkommen verstieß auch die Eingliederung der sowjetisch verwalteten Ostgebiete am 17.10.45 und der polnisch verwalteten Ostgebiete am 12.1.49 in den jeweiligen Staatsverband.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die sowjetisch-polnischen "Täuschungsmanöver" während der Potsdamer Konferenz (x039/142-143): >>... Angesichts der Einwohnerzahlen von etwa 5 bis 6 Millionen für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie im Sommer 1945 stimmte es merkwürdig, daß bei der fünften Sitzung der Potsdamer Konferenz am 21. Juli 1945 Stalin behauptete, daß nicht ein einziger Deutscher auf dem Territorium lebe, das Polen übergeben werden sollte.

Die Provisorische Regierung wurde auch gebeten, ihre Ansichten zur Oder-Neiße-Grenze vorzutragen. Präsident Boleslaw Bierut sprach von nur 1,5 Millionen Deutschen in den fraglichen Gebieten und sie würden "freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei ist".

Damit wurden Churchill und Truman, die über die Zahl der noch umzusiedelnden Deutschen berieten, absichtlich getäuscht.

Churchill selbst hatte immer wieder gesagt, daß die Zahl der umzusiedelnden Deutschen in einem angemessenen Verhältnis zu den polnischen Umsiedlern aus den von Rußland annektierten Gebieten stehen müßte: "Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir zwei bis drei Millionen; doch eine Ausweisung von acht oder neun Millionen Deutschen ... war zu viel und völlig falsch."

Bezüglich der Rückkehr von Deutschen in ihre Heimat sagte er: "Es konnte Polen nicht gut tun, so viel zusätzliches Territorium zu gewinnen. Wenn die Deutschen es schon verlassen hatten, sollten sie zurückkehren dürfen. Wir wünschten keine breite deutsche Bevölkerung, die von ihren Nahrungsquellen abgeschnitten war. Die Ruhr lag in unserer Zone und falls sich nicht genügend Nahrung für die Einwohner finden ließ, mußte es zu Zuständen wie in deutschen Konzentrationslagern kommen."

Doch die Westalliierten kontrollierten nicht die Gebiete, aus welchen die Deutschen umgesiedelt werden sollten. Erst später bemerkten sie die Täuschungsmanöver der Polen und der Russen, die verschwiegen, daß die angestrebte Vertreibung weitere 5,6 Millionen Menschen umfassen sollte.

Erst im November 1945, als sich der Alliierte Kontrollrat in Berlin um einen besseren Überblick bemühte, wurde klar, daß sehr viel mehr Deutsche, als vorher behauptet, noch in den Oder-Neiße-Gebieten lebten. Die Polnische Regierung sprach nun von 3,5 Millionen.

Dazu bemerkte ... ein interner Bericht des britischen Foreign Office: "Genau so, wie wir in Potsdam ... betrogen wurden, als sie behaupteten daß nur 1,5 Millionen Deutsche östlich der Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollkommission gemeldet wurden."

Er sollte Recht behalten.<<

Stalin begründete die deutschen Gebietsabtretungen damals mit dem polnisch-sowjetischen "Sicherheitsbedürfnis" (x149/115): >>... Im Laufe der letzten 25 Jahre sei Deutschland zweimal über Polen in Rußland eingefallen. Weder die Engländer noch die Amerikaner hätten solche Invasionen erlebt, die kaum erträglich seien und deren Folgen man nicht so leicht vergessen könne.

Diese deutschen Invasionen seien nicht einfach Kriegsführung, sondern den Einfällen der Hunnen vergleichbar. ... So habe Polen als Vorfeld für die deutschen Angriffe auf Rußland

gedient. Polens Schwäche und Feindseligkeit habe zugleich eine erhebliche Schwächung der Sowjetunion bedeutet, Rußland sei daher wesentlich daran interessiert, ein starkes und befreundetes Polen zum Nachbarn zu haben.<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan schrieb später über Stalins Motive (x028/211-212): >>... Eine so unnatürliche Grenze wie die Oder-Neiße-Grenze konnte nur mit Waffengewalt aufrechterhalten und verteidigt werden ... Das aus einem guten Stück Deutschland herausgeschnittene Polen müßte sich schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb des ständigen Wohlwollens der Russen versichern, und zwar zu deren Bedingungen.<<

Harry S. Truman schrieb später über die Potsdamer Konferenz (x063/605-606, x149/115): >>... Wir standen in Potsdam vollendeten Tatsachen gegenüber, wir waren durch die Umstände so gut wie gezwungen, die russische Besetzung Ostpolens und der polnischen Besetzung des deutschen Gebietes östlich der Oder zuzustimmen.

Es war ein dreister Gewaltakt. ...<<

>>... Das von den Russen mitunterzeichnete Dokument eröffnete die Aussicht auf eine friedliche Zusammenarbeit in Europa. Trotzdem hatte ich einsehen müssen, daß die Russen rücksichtslose Verhandlungspartner waren. ... Macht ist das einzige, was die Russen verstehen.<<

US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über das Potsdamer Abkommen (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - Sie verstießen gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Churchill kritisierte später die britischen Konferenzteilnehmer in Potsdam (x024/109-110, x028/106): >>... Weder ich noch Eden hätten die westliche Neiße akzeptiert. Als Kompensation für Polens Rückzug auf die Curzon-Linie hatten wir die Verschiebung der polnischen Westgrenze bis zur Oder und östlichen Neiße anerkannt, doch nie hätte eine Regierung, deren Chef ich war, sich damit einverstanden erklärt, die Grenze bis zur westlichen Neiße zu erstrecken, nur weil die russischen Armeen das Gebiet dazwischen und darüber hinaus besetzt hatten.

Das war nicht nur eine Frage des Prinzips, sondern vielmehr eine praktische Angelegenheit von enormer Tragweite, da es dabei um die Entwurzelung von weiteren 3 Millionen Menschen ging. Hier war Unrecht im Werden, gegen das unter dem Gesichtspunkt der künftigen Befriedung Elsaß-Lothringen und der Polnische Korridor nicht viel mehr als Kleinigkeiten waren. ...<<

>>... Die Briten hatten schwere moralische Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen. Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir, 2 bis 3 Millionen; doch eine Ausweisung von 8 oder 9 Millionen Deutschen, wie sie die polnischen Forderungen mit sich brachten, war zu viel und völlig falsch.<<

Die französische Regierung äußerte am 14. September 1945 Vorbehalte gegen die während der Potsdamer Konferenz beschlossene politische Behandlung Deutschlands (x156/33): >>Diese Vorbehalte beziehen sich auf die vorgesehene Wiederherstellung einer Zentralregierung in Deutschland, auf die Wiederherstellung der politischen Parteien für ganz Deutschland und auf die Schaffung zentraler Verwaltungsstellen unter der Leitung von Staatssekretären, deren Amtsbereich sich auf das gesamte deutsche Gebiet erstrecken würde. ...

Sie ist der Ansicht, ... daß eine Teilung Deutschlands in mehrere Staaten, wenn sie die Folge einer natürlichen Entwicklung und nicht einer auferlegten Lösung sein würde, für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa günstig wäre.

Aus diesen Gründen bedauert sie, daß der gleiche Abschnitt IX bereits jetzt die Eventualität

der Wiederherstellung einer deutschen Zentralregierung unter deutscher Leitung und die Wiederherstellung politischer Parteien für ganz Deutschland vorsieht, lauter Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die deutschen Einheitsbestrebungen neu zu beleben und die Rückkehr zu einer Form des zentralisierten deutschen Staates zu begünstigen. ...<<

Bundeskanzler Adenauer berichtete später während der Regierungserklärung am 20. September 1949 über das Potsdamer Abkommen (x973/...): >>... Lassen Sie mich nun zu Fragen übergehen, die uns in Deutschland außerordentlich am Herzen liegen und die für unser gesamtes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neiße-Linie. Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich: Die Chefs der drei Regierungen - das sind die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland - haben ihre Ansicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenze bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß.

(Hört! Hört! rechts.)

Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden.

(Sehr richtig! und lebhafter Beifall rechts, in der Mitte und bei der SPD.)

Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjet-Union ausdrücklich angeschlossen hat.

(Erneute Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Die Bestimmungen der Atlantik-Charta sind ganz eindeutig und klar. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat durch Beschluß vom 3. November 1948 die Großmächte aufgefordert, nach diesen Prinzipien baldmöglichst Friedensverträge abzuschließen. Wir werden nicht aufhören, in einem geordneten Rechtsgang unsere Ansprüche auf diese Gebiete weiter zu verfolgen.

(Lebhafter Beifall in der Mitte und rechts. - Abgeordneter Dr. Richter: Bitte auch das Sudetenland dabei nicht vergessen, Herr Bundeskanzler!)

Ich weise darauf hin, daß die Austreibung der Vertriebenen in vollem Gegensatz zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vorgenommen worden ist.

(Sehr richtig! rechts.)

In diesem Potsdamer Abkommen ist nur von einer Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn verbliebenen deutschen Bevölkerung die Rede, und es war vereinbart worden, daß jede stattfindende Umsiedlung auf organisierte und humane Weise vorgenommen werden sollte. Es fällt mir sehr schwer, meine Damen und Herren, wenn ich an das Schicksal der Vertriebenen denke, die zu Millionen umgekommen sind,

(Zuruf in der Mitte: 5 Millionen!)

mit der notwendigen leidenschaftslosen Zurückhaltung zu sprechen. Ich darf aber darauf hinweisen, daß kein Geringerer als Winston Churchill bereits im August 1945 im britischen Unterhaus öffentlich und feierlich nicht nur gegen die Praxis der Massenaustreibung Protest eingelegt hat.

(Abgeordneter Dr. Schmid: Er hat mit unterschrieben!)

Die Massenaustreibung nannte Churchill eine "Tragödie unvorstellbaren Ausmaßes", und er deutete an, daß eine unerhört große Zahl von diesen Vertriebenen einfach verschwunden sei. Am 10. Oktober 1945 stellte der britische Außenminister Bevin fest, daß Großbritannien in keiner Weise verpflichtet sei, die Ansprüche Polens auf die Oder-Neiße-Linie zu unterstützen. Die gleiche Feststellung traf der frühere amerikanische Außenminister Byrnes am 6. September 1946 in seiner bekannten Rede in Stuttgart. Die Bundesregierung wird allen diesen Fragen die größte Aufmerksamkeit widmen und sich dafür einsetzen, daß auch das uns zustehende Recht geachtet wird.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Sie wird das ganze Rechts- und Tatsachenmaterial in einer Denkschrift, die veröffentlicht und den alliierten Regierungen überreicht werden wird, zusammenfassen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Potsdamer Konferenz (x001/105E-107E,143E): >>... Auf der Potsdamer Konferenz waren die Regierungen der UdSSR, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens übereingekommen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen in einem künftigen Friedensvertrag unter die Verwaltung des polnischen Staates zu stellen.

Es kann nach der heute möglichen Einsicht in die diplomatische Vorgeschichte der Entstehung der Oder-Neiße-Linie kein Zweifel sein, daß die Westmächte gegen Ende des Krieges im Prinzip mit der UdSSR, darüber einer Meinung waren, "daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten solle".

Anzunehmen ist jedoch, daß sie schließlich nach anfänglichem Schwanken die künftigen polnischen Grenzen nicht bis zur Oder und Lausitzer Neiße ausgedehnt wissen wollten. Auch nach Potsdam betonten die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wiederholt, was schon eindeutig aus dem Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse hervorging, daß die Frage der Westgrenzen Polens nach wie vor offen sei und erst der Regelung in einem künftigen Friedensvertrag bedürfe.

Wenn sich die Westmächte dennoch in Potsdam darauf einließen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße provisorisch der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, so war das außer aus taktischen Überlegungen unter dem Zwang von vollendeten Tatsachen geschehen, vor die sich die Vertreter der angloamerikanischen Staaten in Potsdam gestellt sahen.

Entgegen den Beschlüssen der Großen Drei in Jalta waren weite Gebiete Ostdeutschlands ohne Fühlungnahme mit den Westmächten durch einseitige russisch-polnische Maßnahmen der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt worden, und sowohl die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland als auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung hatten schon begonnen.

Da die Vertreter der Westmächte außerstande waren, die Sowjets zu zwingen, dieses Vorgehen wieder rückgängig zu machen, und da sie vor allem Wert darauf legten, daß die sich bereits anbahnenden Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten nicht zu einem Scheitern der ganzen Konferenz führten, haben sie sich veranlaßt gesehen, der polnischen Verwaltungshoheit in Ostdeutschland als einem Provisorium zuzustimmen.

Obwohl aus der Formulierung der Potsdamer Beschlüsse eindeutig hervorgeht, daß die Zustimmung der Westmächte zu dem geschaffenen Provisorium keinerlei Festlegung hinsichtlich des Verlaufes der künftigen deutsch-polnischen Grenze bedeutet, so haben doch die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in verhängnisvoller Weise unberücksichtigt gelassen, daß auch aus einem Provisorium ein Dauerzustand werden konnte, wenn künftige Meinungsverschiedenheiten den Abschluß eines Friedensvertrages verhindern sollten.

Von dem Vorwurf, dies entweder nicht gesehen oder es stillschweigend übergangen zu haben, um das Einvernehmen mit der Sowjetunion zu erhalten, sind die Westmächte fraglos nicht freizusprechen. - Die eigentlichen Urheber jenes Beschlusses über die polnische Verwaltungsübernahme östlich der Oder und Neiße sind jedoch die UdSSR, und die ihnen hörige polnische Regierung gewesen, die in bewußter Absicht und mit Erfolg eine Politik der vollendeten Tatsachen getrieben hatten.

Bereits am 5. Februar 1945 gab Boleslaw Bierut als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Polnischen Republik in einer Presseerklärung bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie übernommen habe. Faktisch lag zu

dieser Zeit die Befehlsgewalt über die deutschen Ostprovinzen, soweit sie bis dahin schon von der Roten Armee erobert waren, bei der sowjetischen Armeeführung, aber aus der Erklärung Bieruts wird deutlich, daß der von der Sowjet-Union allein anerkannten polnischen Regierung bereits im Februar 1945 prinzipiell die Verwaltungshoheit über die deutschen Ostgebiete durch die sowjetische Regierung eingeräumt wurde.

In weiten Gebieten Ostdeutschlands haben aber auch faktisch die inzwischen gebildeten polnischen Behörden bereits lange vor dem Potsdamer Abkommen die Verwaltung ausgeübt.

In auffälliger Weise geschah dies im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Am 30. März 1945 erließ die polnische Provisorische Regierung das Dekret "Über die Bildung der Wojewodschaft Danzig", welches das Gebiet des ehemaligen Freistaates dem polnischen Staat einverleibte und der polnischen Gesetzgebung unterstellte.<<

>>... Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nichts aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".

Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.

Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in geordneter und humaner Weise" durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung, weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten. ...<<

Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk schrieb später über die Potsdamer Konferenz (x069/-208): >>An die Stelle Roosevelts ist Truman getreten. Churchill hat in Voraussicht seines Sturzes seinen Nachfolger Attlee mitgebracht. Tiefeinschneidende Beschlüsse werden gefaßt, in den wichtigsten Fragen aber kommt man zu keiner Einigung.

Die Reste der deutschen Flotte werden unter den 3 Siegermächten aufgeteilt. In Zukunft soll Deutschland keine seefähigen Schiffe und auch keine Flugzeuge mehr besitzen. Synthetisches Benzin, Buna und andere Werkstoffe dürfen nicht mehr hergestellt werden. Die Sieger bemächtigen sich sämtlicher Patente und nehmen das deutsche Auslandsvermögen sowie zahlreiche Industrieanlagen in Anspruch. In den nächsten Jahren werden in den westlichen Besatzungszonen 8 % aller Werke demontiert, in Berlin 50 %, in der Sowjetischen Besatzungszone 45 %.

Die Sieger verpflichten sich zwar, während der Besatzungszeit "Deutschland als eine einzige wirtschaftliche Einheit" zu behandeln, riegeln aber schon bald ihre Besatzungsgebiete voneinander ab. Sie erklären auch, sie wollten "dem deutschen Volk genügend Mittel übrig lassen, um es in die Lage zu versetzen, ohne fremde Hilfe zu bestehen", ihre Maßnahmen aber machen das völlig unmöglich. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Konferenz von Potsdam (x306/89): >>... Zu einer Auseinandersetzung über die Gül-

tigkeit des Potsdamer Abkommens führte der Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht über das am 17. August 1956 verkündete Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die KPD war wegen "Verstoßes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung" gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes verboten worden. Die Vertreter der KPD, vor allem der Ostberliner Professor Kröger, vertraten die Ansicht, daß dem Potsdamer Abkommen eine normative Kraft innewohne, die gegenüber dem Begriff "freiheitlich demokratische Ordnung" den Vorrang habe, zumal dessen Bestandteil "demokratisch" im Potsdamer Abkommen inhaltlich festgelegt sei. Das Potsdamer Abkommen sei ein völkerrechtlicher Vertrag und nicht nur ein völkerrechtliches Abkommen der Unterzeichnermächte ... Die Bundesregierung entgegnete durch Professor Kaufmann, daß es sich in Potsdam um ein Verwaltungsabkommen der Besatzungsmächte gehandelt habe, das nur für diese verpflichtende Wirkungen habe und keinesfalls das deutsche Volk als "Normenadressat" habe. ...

Das Bundesverfassungsgericht beschritt im Urteil einen mittleren Weg: "Mangels einer Einigung der Alliierten aber galt die allgemeine Regel des Potsdamer Abkommens, wonach die höchste Regierungsgewalt in Deutschland den Oberbefehlshabern der Streitkräfte, jedem in seiner Besatzungszone, übertragen ist. Auch wenn man also der Ansicht der KPD über die rechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für das deutsche Volk folgen wollte, wären nach dieser Bestimmung für das deutsche Volk bei der Ausgestaltung seiner Staatsordnung nur etwaige Entscheidungen der zuständigen Zonenbefehlshaber dafür maßgebend gewesen, was über die Festlegung des Potsdamer Abkommens hinaus als demokratisch zu gelten habe." Demokratisch ist, was die Zonenbefehlshaber als demokratisch bezeichnen. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über das "Potsdamer Abkommen" (x051/453): >>Potsdamer Abkommen, von den Regierungschefs von Großbritannien (Attlee), der UdSSR (Stalin) und der USA (Truman) unterzeichnetes Abschlußkommuniqué der Konferenz, die vom 17.7. bis 2.8.45 in Potsdam stattfand.

Vorausgegangen waren der Konferenz, an der neben den Regierungschefs auch die Außenminister teilnahmen, die Kapitulation des Deutschen Reiches am 7./8.5.45 und die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch den Alliierten Kontrollrat auf der Grundlage der Junideklaration vom 5.6.45.

Der wichtigste Teil des Potsdamer Abkommens, Artikel III, hatte die territorialen, politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der Behandlung des besiegten Deutschlands zum Inhalt und sah Maßnahmen vor, "die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann" und die Deutschland zugleich darauf vorbereiten sollten, "sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen", damit es so "zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einnehmen" könne.

Politische Bestimmungen:

1. Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, d.h. die Vernichtung aller seiner Waffen und militärischer Einrichtungen und die Auflösung aller seiner Streitkräfte;
2. Entnazifizierung, d.h. Auflösung der NSDAP und ihrer Organisationen, Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze, Internierung der führenden Nationalsozialisten und einflußreicher Anhänger der NSDAP sowie Entfernung aktiver NSDAP-Mitglieder aus öffentlichen Ämtern, außerdem Inhaftierung und Aburteilung von Kriegsverbrechern;
3. Demokratisierung, u.a. durch Erlaubnis zur Bildung demokratischer Parteien und Gewerkschaften und die Wahl von Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesparlamenten;
4. Dezentralisierung, d.h. der Aufbau einer dezentralisierten deutschen Verwaltung; nur im Bereich der Wirtschaft, des Verkehrs- und Transportwesens sollten zentrale deutsche Verwaltungsstellen erhalten oder neu errichtet werden.

Wirtschaftliche Bestimmungen:

1. Verbot der Rüstungsproduktion;
2. Dekartellisierung und (teilweise) Demontage der deutschen Wirtschaft;
3. Förderung der Friedensindustrie, der Konsum- und der Landwirtschaft;
4. Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft durch die Alliierten;
5. Instandsetzung oder Neubau von Verkehrswegen, Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen als vordringliche Aufgabe;
6. Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit;
7. Erhebung von Reparationen; jede der vier Besatzungsmächte sollte Reparationen (in Sachwerten) nur aus ihrer eigenen Besatzungszone entnehmen, die UdSSR darüber hinaus aus der amerikanischen, britischen und französischen Zone 15 % der erhalten gebliebenen, für die Friedensproduktion nicht benötigten industriellen Anlagen im Austausch gegen andere Güter und 10 % ohne Gegenleistung erhalten. Die Höhe der Reparationen wurde nicht festgelegt; doch sollten diese "dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren".

Territoriale Regelungen:

1. Übergabe Königsbergs und des angrenzenden nördlichen Ostpreußens "vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedenskonferenz" an die UdSSR;
2. Unterstellung der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie einschließlich der ehemaligen Freien Stadt Danzig "unter die Verwaltung des polnischen Staates", doch "endgültige Festlegung der Westgrenze Polens" ebenfalls erst auf der Friedenskonferenz;
3. Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn und Umsiedlung nach Deutschland "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" (Vertreibung).

Die provisorische französische Regierung stimmte am 4.8. dem Potsdamer Abkommen im Wesentlichen zu. Es bildete die rechtliche Grundlage für die gemeinsame Verantwortung der vier Mächte (Großbritannien, Frankreich, UdSSR und USA) gegenüber Deutschland als Ganzem und für die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit.

Doch hält die UdSSR (und ebenso die DDR) die territorialen Regelungen des Potsdamer Abkommens für endgültig, während die Westmächte (wie auch die Bundesrepublik) daran festhalten, daß diese erst durch einen – bis heute nicht zustande gekommenen - Friedensvertrag endgültig rechtsverbindlich zu treffen seien.<<

Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die "Potsdamer Konferenz" (x287/187): >>... In Potsdam hatten die Westmächte die Annexion Nordostpreußens mit dessen Hauptstadt Königsberg durch die UdSSR hingenommen. Truman und der ahnungslose Attlee verpflichteten sich, diesen sowjetischen Gebietsanspruch bei einer endgültigen Friedensregelung zu unterstützen.

Schon vor der Potsdamer Konferenz hatte die Sowjetunion das restliche Ostpreußen und die übrigen Reichsgebiete östlich der Oder und Neiße den Polen übertragen. Die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung stand jedoch im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen.

Denn erstens fand diese größte Massenvertreibung der europäischen Geschichte weder "ordnungsgemäß" noch "human" statt, wie man vorsah. Und zweitens, hätte sich die Vertreibung nur auf altpolnische Gebiete erstrecken dürfen, also nicht auf die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, da Südpolen, das Territorium der früheren Stadt Danzig, Ostpommern und Schlesien erst laut Potsdamer Protokoll unter polnische Verwaltung gestellt wurden, und zwar mit dem juristischen Vorbehalt, die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückzustellen. ...

Völkerrechtlich ging das Potsdamer Abkommen von Deutschland in seinen Grenzen von 1937 aus, wie sie sich aus dem Versailler Friedensvertrag und der Saarabstimmung ergaben. Die Ostgebiete wurden ... nur vorläufig unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellt, da der Übergang der Gebietshoheit formalrechtlich nur durch einen Friedensvertrag erfolgen

konnte.

Theodor Veiter vermißt eine völkerrechtliche Grundlage für die Massenausiedlung der mehr als zwölf Millionen deutschen Menschen - wobei 1,5 Millionen Menschen aus Ostdeutschland durch Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren; denn rechtlich sei die Oder-Neiße-Linie keine Grenze. ...<<

Der deutsche Historiker Prof. Dr. Helmuth G. Dahms berichtete später über die Potsdamer Konferenz (x090/306): >>... Moskau hatte die Einladung Frankreichs zur Potsdamer Konferenz hintertrieben. Die sowjetische Position verbesserte sich auch, als Churchill infolge des Ausgangs der britischen Wahl abgelöst wurde. Stalin rechnete nur mit Truman als gleichwertigen Verhandlungspartner, von dem bekannt war, daß er die nordamerikanischen Truppen schon bald aus Europa zurückziehen wollte.

Trumans Berater durchschauten die Absichten des sowjetischen Diktators. Der Präsident schloß deshalb einen Formelkompromiß. Jede Besatzungsmacht erhielt das Recht, sich aus der Reparationsmasse der eigenen Zone zu bedienen. Die UdSSR sollten zusätzlich 10 % der westlichen Entnahmen erhalten, weitere 15 % im Austausch gegen Nahrungsmittel, Kohle und Kalisalz.

Das Verlangen, die willkürlich gezogene polnische Westgrenze anzuerkennen, lehnten die Westmächte ab. Allerdings galten die deutschen Ostprovinzen nun nicht länger als "Teil der Sowjetischen Besatzungszone". Eine neue Definition der Oder-Neiße-Linie erlaubte Stalin sogar, noch mehr Gebiet - Stettin und Swinemünde mit 850 qkm - der polnischen Verwaltung zu überlassen.

Der westliche Vorbehalt, die Grenzfrage bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen, wurde weiter erschwert durch den Beschluß, alle Deutschen "in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn" auszusiedeln, denn damit waren auch die Bewohner der Ostprovinzen gemeint. ...

Die Konferenz formulierte Maximen für die Liquidierung des Nationalsozialismus. Begriffe wie Umerziehung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Dezentralisierung und Dekartellisierung wurden zu Grundsätzen der Besatzungspolitik. Nicht nur Kriegsverbrecher, auch Personen, die an "nazistischen Maßnahmen" teilgenommen hatten, sollten interniert und vor Gericht gestellt werden.

Die Siegermächte wollten im Kontrollrat gemeinsam und einstimmig beschließen, aber jede Macht auch für sich allein entscheiden. Sie sicherten den Menschen in ihren Besatzungszonen gleiche Behandlung zu, doch diese war von vornherein unmöglich, weil die Konferenz kein einheitliches Reparationsgebiet schuf und an dem sowjetischen Sonderweg nichts auszusetzen fand.

Das "Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 war kein völkerrechtlich bindender Vertrag. Verschiedene Textstellen hatten lediglich den Charakter vager Absichtserklärungen. Der "Protokoll" genannte Schriftsatz wurde nicht ratifiziert. Frankreich verweigerte dem beschlossenen Aufbau deutscher "Zentralbehörden" seine Zustimmung und forderte zuerst die Abtretung des Rheinlandes, des Saar- und Ruhrgebietes.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Potsdamer Konferenz (x024/203-204): >>Britten und Amerikaner erkannten bald, daß ihre allzu rasche Zustimmung zur Vertreibung von Polen und Deutschen ein politischer Fehler gewesen war. Schließlich hatte Großbritannien Deutschland wegen der Garantie der polnischen Grenzen den Krieg erklärt.

Als später Stalin den Anspruch auf Ostpolen nicht aufgab, hatten sich Briten und Amerikaner gegen diese Absicht des Diktators nicht durchsetzen können. Die Vertreibung der Deutschen geriet sowohl flächen- als auch zahlenmäßig außer Kontrolle der Westalliierten. Auch wenn Stalin sie durch falsche Zahlen getäuscht hatte, blieb ihre Mitverantwortung und Mitschuld.

...<<

Der britische Historiker Robert Conquest berichtete später über die entscheidenden politischen Fehler der westlichen Alliierten während der Konferenz in Potsdam (x080/339-341):

>>Während Stalin in Potsdam die verschiedensten unbegründeten Ansprüche auf unbesetzte oder von den Alliierten besetzte Territorien erhob und wieder fallen ließ und auf diese Weise "Zugeständnisse" machte, festigte er letztlich seine Position in Osteuropa.

... Am Vorabend der Konferenz wurde der erste Atombombentest in der Wüste von New Mexico durchgeführt. Truman informierte Stalin, daß die USA nun über eine höchst wirksame neue Waffe verfügten. Stalin, der durch Klaus Fuchs und andere Spione bereits alles über das Projekt wußte, erwiderte lediglich, er hoffe, die Waffe würde gegen Japan eingesetzt.

Fast 4 Jahre hatten die Alliierten nach den falschen Grundsätzen gehandelt. ...

Stalin hatte auf der ganzen Linie gesiegt. Das lag daran, daß er es ebenso wie in der Vergangenheit geschafft hatte, zumindest zeitweise einen "liebenswürdigen" Eindruck zu erwecken. Er spielte die Karte der gigantischen Kriegsanstrengungen Rußlands aus, um vom Westen Zugeständnisse zu erlangen. ...

Stalin hatte dem NKWD im Zusammenhang mit den Moskauer Schauprozessen gesagt, der Westen werde das "schlucken". Jetzt praktizierte er ähnliche Täuschungsmanöver, und wieder fand er genügend Dumme, die darauf hereinfließen. ...<<

Der britische Politiker Robert Boothby berichtete später über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x338/286): >>... Jalta ebnete den Weg nach Potsdam, wo ... zwischen Rußland, Polen und Deutschland Grenzen gezogen wurden, die mit Ausnahme der Curzon-Linie nicht den Schatten einer geographischen oder ethnographischen Berechtigung hatten und die wirtschaftlichen Gegebenheiten völlig unberücksichtigt ließen.

Dies führte unmittelbar zu den Zwangsdeportationen. Millionen von ... Deutschen wurden wie das Vieh, nicht einmal im Viehwagen, weggetrieben. Von Deutschland wurde ein Viertel seiner bestellten Fläche abgetrennt. Durch das Hereinströmen der Flüchtlingsmassen von allen Seiten in den verstümmelten Rumpf wurden weitere Millionen praktisch dem Hungertode preisgegeben. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan schrieb nach dem Potsdamer Abkommen über das nordamerikanisch-sowjetische Verhältnis (x156/17-18): >>Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn.

Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches Deutschland steigen.

Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland - den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben - zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann. Das ist eine gewaltige Aufgabe für die Amerikaner. Aber sie läßt sich nicht umgehen; und hierüber, nicht über undurchführbare Pläne für eine gemeinsame Militärregierung, sollten wir uns Gedanken machen.

Zugegeben, daß das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neiße-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellblock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorläßt.

... Wenn wir auch unsere übernommenen Verpflichtungen bei der Kontrollkommission loyal erfüllen sollten, so dürfen wir uns doch über die Möglichkeiten einer Dreimächtekontrolle keine Illusionen machen. ... Im Grunde sind wir in Deutschland Konkurrenten der Russen. Wo es in unserer Zone um wirklich wichtige Dinge geht, sollten wir in der Kontrollkommission keinerlei Zugeständnisse machen.

Es versteht sich - bei solchen Überzeugungen, daß ich die Arbeit der Konferenz von Potsdam mit Skepsis und Entsetzen verfolgte. Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, daß mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wußte, daß die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei.

Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie "demokratisch", "friedlich", "gerecht" in einem Abkommen mit den Russen lief allem zuwider, was 17 Jahre Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandeln mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten. Die Behauptung z.B., wir würden zusammen mit den Russen das deutsche Erziehungssystem "nach demokratischen Richtlinien" umformen, ließ Rückschlüsse zu, die nach allem, was wir von der Geisteshaltung der sowjetischen Führer und den damaligen russischen Erziehungsgrundsätzen wußten, völlig ungerechtfertigt waren.

Noch erschreckender las sich die von uns verkündete Absicht, in Zusammenarbeit mit den Russen das deutsche Rechtswesen so umzugestalten, daß es "den Prinzipien der Demokratie", der Urteilsfindung nach Recht und Gesetz und der gleichen Behandlung aller Bürger ohne Ansehen von Rasse, Nationalität oder Religion" entspräche. Für die weitere Behauptung, man werde die politische Tätigkeit "demokratischer Parteien und die dazugehörige Versammlungsfreiheit und öffentliche Diskussion" nicht nur gestatten, sondern "ermutigen", würden mildernde Umstände schwer zu finden sein.

Jeder Mensch in Moskau hätte unsern Unterhändlern sagen können, was die sowjetische Führung unter "demokratischen Parteien" verstand. Die Irreführung der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen durch die Verwendung eines solchen Ausdrucks in einem Dokument, das außer von Stalin auch von den Herren Truman und Attlee unterzeichnet war, ließ sich selbst mit allergrößter Naivität nicht entschuldigen.

Was die Reparationen betraf, so schienen mir die Potsdamer Beschlüsse zu diesem Thema nichts als eine weitere Fortsetzung der in Teheran eingeleiteten Politik des Wunschdenkens, die nicht anders als mit einem völligen Fehlschlag enden konnte, daß sie das schließlich tat, zeigt General Clays Befehl vom 3. Mai 1946, alle Lieferungen von Reparationsgütern aus der Amerikanischen Zone in den Osten zu stoppen.

Ein paar Monate davor hatte ich schon einmal in einem Privatbrief geschrieben, es wäre albern, sich einzubilden, daß wir ein solches Vorhaben gemeinsam mit den Russen verwirklichen könnten. Es würde in den einzelnen Zonen einfach auf ein Catch-as-catch-can hinauslaufen. Wir würden an Reparationen gerade so viel erhalten, wie wir in unserer Zone nehmen könnten und wollten, und sonst nichts. Bei den Russen könne man unterstellen, daß sie in ihrem Besatzungsgebiet ganz nach eigenem Belieben verfahren würden, ohne Rücksichten auf irgendwelche Abkommen mit uns. Da ich diese Meinung schon seit 1944 vertreten hatte und die Ereignisse der Zwischenzeit mich immer wieder darin bestärkten, ist leicht zu verstehen, warum ich die hinhaltende Behandlung des Reparationsproblems ohne Begeisterung registrierte. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat Robert Murphy berichtete später über die französische Politik nach dem Potsdamer Abkommen (x156/34): >>Da Frankreich nicht in Potsdam vertreten war, hatte die französische Regierung das Protokoll auch nicht unterschrieben und war infolgedessen an keine seiner Bestimmungen gebunden. So begann die Viermächte-Besatzung ihre Arbeit mit einer verärgerten französischen Regierung, die sich in der Position befand, sämtliche Pläne über Deutschland blockieren zu können.

In den nächsten drei Jahren machten die französischen Regierungsvertreter denn auch regen Gebrauch von diesem ihrem einzigartigen Veto. Verschiedene anglo-amerikanische Vorschläge wurden von den Franzosen niedergestimmt, und die Folge davon war, daß die Sowjetunion

ihre eigenen Vorstellungen über Europa verwirklichte. Es ist die Ironie des Schicksals, daß Stalin, der immer eine französische Beteiligung an der Deutschlandbesetzung bedauert hat, dann der Hauptnutznießer der französischen Politik in den ersten Nachkriegsjahren geworden ist. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die völkerrechtswidrigen Vereinbarungen und die "humane Durchführung" des Potsdamer Abkommens (x044/190-191, x309/125-126): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte und Eigentum der Zivilbevölkerung.

Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vornimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.

... Grundsätzlich ist kein Staat verpflichtet, seine Grenzen für unerwünschte Einwanderer zu öffnen. Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig.

... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". ...<<

>>... Im März 1950 urteilte die Walter-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses in einem ausführlichen Bericht über die Vertreibung der Deutschen, daß keine Phase der Vertreibung als human bezeichnet werden könne.

Die Behauptung, die Vertreibungen seien in 'geregelter und humaner Weise' durchgeführt worden, wird seit jeher durch Zehntausende Erlebnisberichte der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs sowie durch amerikanische und britische Berichte der Jahre 1945 bis 1948 vollkommen widerlegt.

Seit 1989 bestätigen Dokumente aus russischen, tschechischen, polnischen und serbischen Archiven die Grausamkeit der Vertreibung.<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 8. März 1996 über das Potsdamer Abkommen:

>>**Der Vertrag, der keiner war**

... Anfang August 1945 konnten die Deutschen in den vier Besatzungszonen eine "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz in Berlin" lesen, die aus vierzehn Abschnitten bestand. Im Cecilienhof in Potsdam, dem ehemaligen Schloß des deutschen Kronprinzen, hatten sich Mitte Juli die Staatsmänner der drei Siegermächte getroffen, um über die Nachkriegsordnung in Europa, den Krieg in Ostasien und andere Weltprobleme zu beraten. Als offizielles Dokument der Gipfelkonferenz gilt ein Verhandlungsprotokoll, das noch um sieben Abschnitte länger ausfällt als das Abschlußkommuniqué.

Das Ganze ist ein Sammelsurium von unverbindlichen Absichtserklärungen und zweideutigen Empfehlungen, von Meinungen, Übereinkünften und ein paar gemeinsamen Beschlüssen (so wird ein Rat der Außenminister beauftragt, Friedensverträge mit Deutschlands ehemaligen Verbündeten vorzubereiten). Keineswegs handelt es sich um einen formvollendeten Vertrag, der feierlich unterschrieben und dann ratifiziert wird, auch nicht um ein "Verwaltungsabkommen", das zwar die Staatsmänner allein abschließen, das aber ebenso verbindlich ist wie ein regulärer Vertrag.

Sogar die Unterschriften fehlen unter dem Potsdamer Konferenzbericht vom 2. August 1945.

...

Amerikanische oder englische Politiker haben denn auch nie von einem Potsdamer Vertrag oder Abkommen gesprochen. Anders die Russen: Für sie und ihre Marionetten in der DDR

existierte ein völkerrechtlich verbindliches "Potsdamer Abkommen", auf dem die neue europäische Ordnung aufbauen sollte. 25 Jahre lang gebrauchte es die Sowjetunion als Waffe im Kalten Krieg. Die DDR betrachtete die Potsdamer Erklärung eine Zeitlang als Ersatzfriedensvertrag.

In Bonn hat man sich diesen Schuh nie angezogen. Am 9. August 1968 erklärte die Regierung der Großen Koalition in einer Note an die Sowjetunion, es sei "nicht ihre Sache, sich über Gültigkeit, Auslegung und Geltungsbereich von Vereinbarungen zu äußern, an denen sie nicht beteiligt ist". Außenminister Kinkel hat lediglich diese Ansicht wiederholt: Eine Abmachung unter Dritten ist für Deutschland völkerrechtlich unverbindlich. Dennoch muß niemand fürchten, die Bundesrepublik wolle die europäische Nachkriegsordnung destabilisieren. Im Gegenteil: Von 1949 bis 1992 hat sie in vielen internationalen Verträgen diese Friedensordnung mit aufgebaut und garantiert, zum Beispiel auch die Tschechische Republik in den Grenzen von 1937 respektiert.

Gegenstand des Streites zwischen Prag und Bonn ist nun das berüchtigte Kapitel XIII der Potsdamer Beschlüsse. Darin heißt es, die drei Regierungen erkennen an, "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen deutschen Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß". Schon dieser Satz ist ein Beispiel für die Schludrigkeit der westlichen Politiker am Potsdamer Runden Tisch. Während sie an anderer Stelle die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze von einem Friedensvertrag abhängig machten, wurden hier wie selbstverständlich deutsche Gebiete bereits als "Polen" bezeichnet. ...

Die Tschechen brauchten damals nicht das Potsdamer Einverständnis, um ihre ehemaligen sudetendeutschen Mitbürger "abzuschieben". Mehr als fünfzig Jahre danach klammern sie sich an den Artikel XIII, um, was Vertreibung, also "schweres Unrecht" war, weiterhin als "zwangsweise Aussiedlung" ausgeben zu können.

Leichtfertig haben sich Präsident Truman und der britische Premierminister Attlee in Potsdam mit den hoffnungsvollen Vokabeln "geordnet und menschlich" zufriedengegeben. Es stand nicht in ihrer Macht, die Vertreibung zu stoppen. Eher hilflos bedeuteten ihre Vertreter im Unterausschuß dem russischen Kollegen, "daß sie für den Gedanken von Massenausweisungen eigentlich nichts übrig hätten".

Andererseits war den Westmächten die Einigung mit den Russen in Potsdam - die Konferenz drohte mehrmals zu platzen - wichtiger als das Leid Millionen Deutscher. Das Konferenzprotokoll läßt daran gar keinen Zweifel, heißt es doch im Kapitel III - "Über Deutschland" - gleich am Anfang: "Das deutsche Volk beginnt, für die furchtbaren Verbrechen zu büßen." << Der deutsche Historiker Werner Maser schrieb später in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 5. Oktober 2002 über die "Berliner Konferenz" (x887/...): >> **Berliner Konferenz 1945: Als Deutschland "verramscht" wurde**

Nach dem Zweiten Weltkrieg entschieden die Alliierten über das besiegte Deutschland. Doch wieso haben die Briten und Amerikaner, die ihre Zonen noch vergleichsweise gut verwalteten, zugelassen, daß Stalin seine besetzten Gebiete ausbeutete? Wer hatte unter den Alliierten Macht über wen? Ein Blick auf die Rahmenbedingungen schafft Licht ins Dunkel.

Als historische Tatsache wurde und wird in Ost und West nach wie vor wahrheitswidrig die "Berliner Konferenz" vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im "Cecilienhof" in Potsdam als "Potsdamer Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Vereinbarungen, Konsequenzen und Vorgaben der Siegermächte dargestellt. An diesem Ort hatte auch Hitler vor der "Machtübernahme" zusammen mit Göring, Röhm und einigen weiteren Funktionsträgern der NSDAP den einstigen deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen besucht und ihm in der durchsichtigen Hoffnung auf dessen Sympathiebekundung erklärt: "Ich sehe als Krönung meines Werkes die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums unter Beseitigung der Bun-

desstaaten. Ich denke mir, daß dann ein Hohenzoller an der Spitze steht."

78 Tage nach seinem Tod konferierten andere im einstigen Hohenzollern-Schloß: die sogenannten "Großen Drei" ... Truman für die USA, Stalin für die UdSSR und zunächst Churchill und nach dessen Ablösung Attlee für Großbritannien. Ihre Konferenz hat infolge der sowjetischen Propaganda und politischen Entscheidungen als "Potsdamer Abkommen" nicht nur in der geschriebenen Geschichte ihren Platz gefunden.

Sie erscheint - auch durch Mitverschulden der Westmächte - nicht nur in Rußland und den einstigen anderen Staaten des 1955 geschlossenen Warschauer Paktes nicht tatsächengerecht als Konferenz der Siegermächte, die völkerrechtswidrige gemeinsame Entscheidungen und Maßnahmen gegen den geschlagenen Gegner diskutierten und planten, sondern als "Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Konsequenzen für die Sowjetunion, Deutschland und Polen, dem Stalin unter Mißachtung der Absprachen mit den Westalliierten von sich aus kurzerhand deutsche Ostterritorien übertragen hatte.

Keine zeitgeschichtliche Konferenz wurde in der Sowjetunion, in der "Sowjetisch besetzten Zone" und später in der DDR so oft als Legitimation für völkerrechtswidrige und andere unrechtmäßige sowjetische und eigene politische Maßnahmen mißbräuchlich strapaziert wie die zum "Potsdamer Abkommen" umfunktionierte "Berliner Konferenz", die mit dem Abschluß des Zwei-plus-vier-Abkommens von 1990 offiziell ihre Wirksamkeit verlor, ohne jedoch revidiert zu werden. Bis zum Zusammenbruch des Sowjetimperiums wurde der Bundesrepublik Deutschland und den Westmächten, immer mit dem Hinweis auf das "Potsdamer Abkommen", der Vorwurf gemacht, die Bestimmungen und Vorgaben des "Abkommens" ignoriert zu haben. ...<<

Schlußbemerkungen

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren. Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte. Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden.

Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

Der deutsche Publizist und Herausgeber des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel", Rudolf Augstein, berichtete am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1985) über das Potsdamer Abkommen: >>"Auf die schiefe Ebene zur Republik"

... Zwar stimmt es, daß Europa, und mit ihm das Deutsche Reich, von einer unsäglichen Schreckensherrschaft befreit worden war. Aber nur ein Teil von Europa, ein Teil auch des Deutschen Reiches.

Ein nicht kleiner Teil wurde überhaupt nicht befreit, sondern nur einer neuen Schreckensherrschaft unterworfen.

Hitler und Stalin im Bösen zu vergleichen macht wenig Sinn, es sei denn, daß Hitler wahnhafter war. Polen, Esten, Letten und Litauer, soweit Stalin sie nicht schon umgebracht hatte, wurden nicht befreit. Auch nicht die Tschechen, Polen, Slowaken, Rumänen, Ungarn und Bulgaren. Ob man jene zehn bis fünfzehn Millionen Deutschen, die gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, als "Befreite" bezeichnen kann, mag dahinstehen. Zwei

Millionen starben während dieser Umsiedlung, die gemäß dem Potsdamer Abkommen auf "eine geregelte und menschliche Weise" abgewickelt werden sollte. ...

Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechengericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt, Truman für die überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon von Hiroshima, und Churchill zumindest als Ober-Bomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war.

Alle drei hatten "Bevölkerungsumsiedlungen" verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wußten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen. Gemessen am Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel, der Hitler die Arbeitskräfte zutreiben mußte, hätten sie alle drei hängen müssen. Denn sie haben sowohl angeordnet wie gewußt, was man von dem Tölpel Sauckel nicht unbedingt sagen kann. Auch gemessen an Generaloberst Jodl wäre ihr Schicksal der Strick gewesen. ...<<

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften
bis zum letzten Atemzug verteidigen,
denn wir sind es unseren Vorfahren und
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.01.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 19 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band I/1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung.</u> Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen.</u> Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung.</u> Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges.</u> Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ " <u>Geschichte der Weltkriege.</u> " Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x080	Conquest, Robert: <u>Stalin.</u> Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.

x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder.</u> München 1990.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland.</u> Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete.</u> Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x118	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Die Schwarzmarktzeit.</u> Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1997
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage.</u> Frankfurt/Main 1980.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte.</u> 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Forum für Kultur und Politik. Heft 15.</u> Bonn 1996.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten.</u> Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x250	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): <u>DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN A-Gn 1.</u> Leipzig 2006.
x251	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): <u>DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Go-Pah 2.</u> Leipzig 2006.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): <u>DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3.</u> Leipzig 2006.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE.</u> Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x338	Fritze, Lothar: <u>Die Moral des Bombenterrors.</u> Alliierte Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg. München 2007.

Internet

x867	http://potsdamer-konferenz.de/geschichte.php#plenarsitzungen – Juli 2016
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x973	https://www.konrad-adenauer.de/quellen/erklaerungen/1949-09-20-regierungs-erklaerung – April 2020